Juden in Nürnberg



Geschichte der
jüdischen Mitbürger vom Mittelalter
bis zur Gegenwart

Juden in Nürnberg

Geschichte der jüdischen Mitbürger vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Herausgeber: Stadt Nürnberg, Presse- und Informationsamt, 1993



DS
135
.64
N8
J8
1993

Inhalt:

Dr. Herbert Lehnert
Juden in Nürnberg

Die Juden in der Reichsstadt Nürnberg	Seite 4
Die Pogrome von 1298 bis 1349	Seite 6
Die Judengemeinde bis zur Vertreibung 1499	Seite 13
Die Juden im bayerischen Nürnberg	Seite 20
Der Aufstieg während der Gründerzeit	Seite 29
Zunehmende Anfeindungen in der Weimarer Republik	Seite 36
Die Machtergreifung	Seite 40
Die Nürnberger Gesetze	Seite 43
Der Pogrom 9. November 1938	Seite 44
Die Arisierungen	Seite 49
Die Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg	Seite 50
Chronik des Schreckens	Seite 54

Arno Hamburger
Die israelitische Kultusgemeinde Nürnberg nach 1945 Seite 56

Liane Zettl
Freundschaftsvertrag mit Hadera Seite 71

Elie Wiesel
Erinnere dich und halte das Gedenken lebendig Seite 75

Impressum Seite 76



Die kunstvolle Kalligraphie stammt aus der Mischne Thora, die 1389 von Simcha ben Rabbi Schemarja geschrieben wurde. Landeskirchliches Archiv, Nürnberg. (Fen. V. 58.2°)

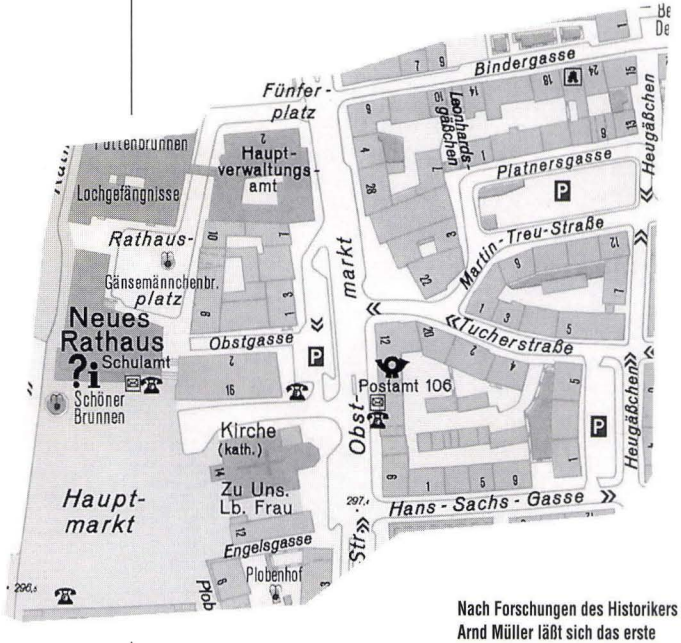
Juden in Nürnberg

„Und wenn man sagt: Sieh', wir wußten nichts davon! Glaubst Du nicht, daß er, der das Herz der Menschen kennt, ihn durchschaut? Er vergilt dem Menschen nach seinen Taten." (Sprüche 24, 12). Dieses Zitat aus den Sprüchen Salomons ist als deutsche und hebräische Inschrift an der neuen Gedenkstätte zu lesen, die am 7. August 1988 neben der Spitalbrücke in einer stillen Feier eingeweiht wurde. Bei der Neugestaltung wurde der alte Gedenkstein wiederverwendet, der bereits 1970 aufgestellt worden war und der an die 1874 eröffnete und 1938 zerstörte jüdische Hauptsynagoge erinnert. Auf ihm steht geschrieben: „Wer unter Euch ist noch übrig, der dieses Haus in seiner Herrlichkeit gesehen hat." (Hagai 2, 3).

Fünfzig Jahre vorher, am 10. August 1938, hatte der „Frankenführer" Julius Streicher auf dem gegenüberliegenden Hans-Sachs-Platz in einer seiner berüchtigten Massenversammlungen dazu aufgerufen, den beginnenden Abbruch des jüdischen Gotteshauses zu feiern. In seiner Rede beschimpfte er den früheren Ersten Bürgermeister Otto Freiherr von Stromer, der bei der Weihe der Synagoge im Jahr 1874 den seit 1349 „eingetretenen Fortschritt der Gesittung" gelobt hatte. Nach Streichers Willen sollten die Juden jetzt wieder wie beim Pogrom des Jahres 1349 verfolgt werden.

Die Jahre 1349, 1874 und 1938 sind die entscheidenden Marksteine in der Geschichte der Nürnberger Juden. Daneben gibt es natürlich noch viele andere Ereignisse, über die in diesem Zusammenhang zu berichten ist. Es geht in dieser Broschüre darum, einen kurzen Abriß der Schicksale der jüdischen Mitbürger vor dem Hintergrund der Nürnberger Stadtgeschichte zu zeichnen. Dabei wird sich zeigen, daß die nichtjüdischen Zeitgenossen der Judenverfolgungen immer gelogen haben, wenn sie behaupteten: „Sieh', wir wußten nichts davon".

Die Juden in der Reichsstadt Nürnberg



Nach Forschungen des Historikers Arnd Müller läßt sich das erste Juden-Ghetto, das bis 1349 bestand, auf diesen Teil der heutigen Altstadt festlegen.

Im 10. und 11. Jahrhundert wohnten viele Juden in den rheinischen Bischofsstädten. In diesen frühen Gemeinden lebten sie ursprünglich in relativer Gleichberechtigung neben ihren christlichen Mitbürgern. Sie konnten noch alle Handwerke ausüben, wohnten aber wahrscheinlich schon damals in besonderen Stadtvierteln, die aber noch keinerlei Ghetto-Charakter hatten. Außerdem waren sie auch wehrpflichtig – so hatten die Juden beispielsweise in Köln und in Worms je ein Stadttor und das anliegende Mauerstück zu verteidigen. Später verloren sie, neben vielen anderen Rechten, auch das Waffenrecht.

Im Jahre 1236 dehnte Friedrich II. ein Privileg, das Friedrich I. schon den Juden von Worms erteilt hatte, auf alle Juden des ganzen Reiches aus. In dieser Urkunde erschien erstmals der Begriff der sogenannten „Kammerknechtschaft", der für die Beziehungen zwischen Juden und dem Reich in den nächsten Jahrhunderten beherrschend werden sollte. Der bekannte Judenhistoriker Guido Kisch wertete diesen Vorgang folgendermaßen: „Jetzt werden die Juden offiziell als eine Sonderklasse der Bevölkerung deklariert, für die mit dem einen Worte ‚servi camerae' ein umfassendes Sonderrecht festgestellt wird."

Dieses Prinzip, die Juden fiskalisch und rechtlich als Kammerknechte des Reiches zu betrachten, deren oberster Schutzherr damit der Kaiser war, hatte natürlich recht zwiespältige Auswirkungen. Es war nur dann vorteilhaft, wenn das Reichsoberhaupt judenfreundlich oder wenigstens nicht judenfeindlich eingestellt war. Sobald aber ein Kaiser gegenüber seinen Juden andere Interessen vertrat, konnte sich deren Kammerknechtschaft in furchtbares Unheil verwandeln.

Der Anlaß für die Schutzbedürftigkeit der Juden waren die Verfolgungen, die sie im Zusammenhang mit der Aufbruchsbegeisterung zum ersten Kreuzzug im Jahre 1096 erlitten. Es scheint zwar, daß die Bischöfe von Worms, Speyer und Mainz und auch die Bürgerschaften der rheinischen Städte ihre Juden zu schützen versuchten, doch konnten sie sich gegen die landfremden Kreuzfahrerhorden nicht durchsetzen. So kam es zur ersten Pogromwelle des christlichen Mittelalters – und im Anschluß daran erfolgte die Abwanderung zahlreicher Juden in die jüngeren Städte im Osten des Reiches.

Die älteste gesicherte Nachricht über die Existenz von Juden in Nürnberg stammt aus dem Jahr 1146. Damals berichtet Otto von Freising, daß eine größere Zahl von Juden in Nürnberg aufgenommen worden wäre, die wegen einer Verfolgung aus dem Rheinland geflohen seien. Zugrunde lag wieder einmal ein Kreuzzug: Ein Mönch Radulf hetzte am Rhein zur Tötung der Juden auf, wobei er besonders in Mainz, Worms, Speyer, Straßburg und Frankfurt Erfolg hatte. Die jüdische Flucht aus dem Rheinland dürfte durch diese Vorgänge verstärkt worden sein, und außer in Nürnberg erschienen um diese Zeit die ersten Juden z.B. auch in Würzburg, Aschaffenburg, Landshut, Kelheim, Freising und München.

Die Lage der ersten Nürnberger Judensiedlung ergab sich fast zwangsläufig aus der frühen Topographie der Stadt. Sie sollte sich im Verlauf der späteren Entwicklung als äußerst verhängnisvoll herausstellen. Hierzu muß man wissen, daß Nürnberg aus zwei verschiedenen Kernen zusammengewachsen ist. Ursprünglich lag der Siedlung unterhalb der Burg um die Sebalduskirche eine Ansiedlung auf dem anderen Pegnitzufer gegenüber, die wahrscheinlich um einen Königshof in der Gegend der heutigen Jakobskirche herum entstanden ist. Im 12. Jahrhundert waren die beiden Stadtteile jeder für sich und unabhängig voneinander selbständig befestigt. Im dazwischenliegenden Pegnitzsumpf ließen sich nun Juden nieder.

Dieses erste Nürnberger Ghetto lag nördlich der heutigen Museumsbrücke, seine Mittelachse war wohl die heutige Plobenhofstraße. Es dehnte sich zu einem Umfang von etwa 240 mal 200 Metern aus; im Westen dürfte es bis zur heutigen Fleischbrücke, im Osten bis zum Hans-Sachs-Platz gereicht haben. Seine nördliche Begrenzung umfaßte noch den heutigen Hauptmarkt, auf dessen Einrichtung wir noch zu sprechen kommen werden. Die Synagoge lag an der Stelle der heutigen Frauenkirche; wie es der rituellen Vorschrift entsprach, befand sich der Friedhof außerhalb der Siedlung im Bereich der Wunderburggasse, die deshalb bis ins 18. Jahrhundert „Judenkirchhof" genannt wurde.

Die zunächst äußerst ungüngstige Lage im Überschwemmungsgebiet der Pegnitz wurde dann – freilich ohne Zutun der Juden – durch die städtebauliche Entwicklung Nürnbergs wesentlich verbessert. Als nämlich im frühen 13. Jahrhundert durch die Errichtung der Pegnitz-Befestigungsanlagen in der Gegend des Henkerstegs im Westen und der Türme Männereisen und Weibereisen im Osten die beiden Stadthälften mit durchgehenden Maueranlagen einheitlich befestigt wurden, lag plötzlich die Judensiedlung mitten im Herzen der zusammengewachsenen Stadt – und noch dazu an der wichtigsten Verbindungsstraße zwischen Rathaus und Lorenzkirche.

Es ist wahrscheinlich, daß in dieser ersten Judensiedlung nicht ausschließlich Juden gelebt haben. Erst nach dem Laterankonzil von 1215 wurde die Trennung von christlichem und jüdischem Wohn-

gebiet durchgeführt, so daß man erst von dieser Zeit an von einem eigentlichen Ghetto sprechen kann. Im Gefolge der weiteren Bestimmungen des Konzils ergaben sich dann jene Zustände, die für das jüdische Wirtschaftsleben des Mittelalters bezeichnend waren.

Eine der bekanntesten Anordnungen des Laterankonzils war das Verbot des Zinsnehmens für alle Christen – wobei man allerdings davon ausging, daß das in Frankreich und Italien schon längst in Blüte stehende Geldgeschäft der christlichen Bankfirmen hiervon nicht betroffen wurde. In Deutschland wirkte sich das päpstliche Zinsverbot freilich dahingehend aus, daß das für die Wirtschaftsentwicklung lebensnotwendige Geldgeschäft den Juden überlassen wurde. Es war ohnehin deren einzige Erwerbsmöglichkeit, nachdem ihnen durch das gleiche Laterankonzil beinahe jede Handwerksausübung verboten worden war.

Wie sämtliche übrigen Bereiche des öffentlichen Lebens regelte der Nürnberger Rat auch das Darlehensgeschäft der Juden durch exakte Verordnungen. Dadurch, daß die in Nürnberg gültige Juden-Pfandordnung 1288 in einer Urkunde an die Stadt Weißenburg mitgeteilt wurde, ist sie besonders zuverlässig überliefert. Dort war die Pfandleihe genau geregelt, für die im Streitfall das Schöffengericht zuständig war. Beispielsweise war vorgeschrieben, daß der Jude den Schaden tragen mußte, wenn einem beliehenen Pferd zwischen Krippe und Tränke ein Schaden zustieß, und außerdem durften Juden auf nasse oder gar blutige Gewänder nichts leihen. Bedingt durch die im germanischen Recht übliche Form des Parteienprozesses spielte natürlich die Eidesleistung der Juden eine wichtige Rolle.

Die Pogrome von 1298 und 1349

Das Aufblühen der Nürnberger Judengemeinde wurde jäh unterbrochen durch den sogenannten Rindfleisch-Pogrom von 1298. Nachdem das ganze 13. Jahrhundert hindurch immer wieder Juden beschuldigt worden waren, geweihte Hostien durchschnitten zu haben, brachen in diesem Unheilsjahr in ganz Süddeutschland wilde Judenverfolgungen aus. Begünstigt wurden die schrecklichen Ereignisse durch die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit der strittigen Königswahl Adolfs von Nassau. Ausgangspunkt war das Städtchen Röttingen an der Tauber, wo den Juden wieder einmal der verleumderische Vorwurf des Hostienfrevels gemacht worden war.

In kurzer Zeit breitete sich die Pogromwelle in Franken aus, wobei Tausende von Juden ermordet wurden. In Nürnberg sollen sich einige der Opfer auf die Burg geflüchtet haben – wohl in der trügerischen Hoffnung, daß sie hier, im Gebäude ihres königlichen Kammerherrn, Schutz finden könnten. Trotz dieses Fluchtversuches wurden aber mindestens 628 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet. Ihre Namen sind alle im Memorbuch der Nürnberger Synagoge aufgeschrieben worden.

Diese jüdischen Grabsteine stammen aus dem 1349 zerstörten Friedhof, und wurden später als Treppenstufen in den Südturm der Lorenzkirche eingebaut. Heute befinden sie sich in der Aussegnungshalle des neuen jüdischen Friedhofes an der Schnieglinger Straße.



Dieses Memorbuch ist eine der wichtigsten und gleichzeitig auch erschütterndsten Quellen zur deutschen Judengeschichte. Es wurde 1296 wahrscheinlich von einem Nürnberger Rabbiner als Nekrologium angelegt, d.h. es wurden hier die Namen der verstorbenen Gemeindeglieder eingetragen, damit man ihrer beim Gottesdienst gedenken konnte. Als dann zwei Jahre später 1298 die große Verfolgungswelle ausbrach, wurde das Buch unversehens zum Martyrologium, weil nun die Opfer des Pogroms eingeschrieben wurden. Besonders bedeutsam ist, daß hier nicht nur die Nürnberger, sondern auch die Toten der anderen deutschen Judengemeinden – natürlich durch verschiedene Bearbeiter – erfaßt wurden.

Auch im 14. Jahrhundert wurde das Memorbuch zunächst noch fortgesetzt, wobei dann allerdings für die Zeit Karls IV. nur noch die Nürnberger Ermordeten eingeschrieben wurden. Danach kam es wahrscheinlich noch im 14. Jahrhundert in den Besitz der Mainzer Gemeinde, die es in die Neuzeit herüberrettete. 1898 gab es Siegmund Salfeld unter dem Titel „Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches“ in Deutsch und Hebräisch im Druck heraus. Wir werden später noch aus ihm zitieren.

Anders als in späteren Zeiten scheint es tatsächlich, daß dieses Judenmassaker von 1298 nicht im Einklang mit den Wünschen der Obrigkeit ablief. Nachdem sich König Albrecht in der Regierung durchgesetzt hatte, nahm er seine Pflicht als Kammerherr der Juden ernst und ahndete die Mordtaten als Rechtsbruch. Am 28. September 1298 erschien er in Nürnberg, um gegen die Schuldigen vorzugehen. Dabei wurden 25 Personen verurteilt, weil sie einen Aufruhr verübt und einen Aufstand des Volkes hervorgerufen hatten. Es mag auffallen, daß im Vergleich zu der außerordentlichen Schwere der begangenen Verbrechen die Ächtung von nur 24 Landfriedensbrechern als eine recht milde Strafe erscheinen muß – wichtig ist aber die Feststellung, daß 1298 der Judenmord noch als offiziell von König und Reichsstadt zu ahndendes Verbrechen behandelt wurde.

Nicht einmal zwei Menschenalter später wiederholte sich für die deutschen Juden das fürchterliche Schicksal von 1298. Äußerer Anlaß war die aus dem Orient eingeschleppte Pest. Sie trat zuerst in Südfrankreich auf, wobei der Vorwurf gegen die Juden erhoben wurde, sie hätten die Brunnen vergiftet und dadurch die Seuche verschuldet. In Deutschland kam es darauf 1348 in 60 größeren und 150 kleineren Gemeinden zu Verfolgungen. In Nürnberg und auch in Böhmen trat übrigens die Pest in jenen Jahren nicht auf.

Die 1348 aufgeflammten Pogrome standen gelegentlich auch im Zusammenhang mit Aspekten der das ganze 14. Jahrhundert durchziehenden Zunftkämpfe, bei denen es darum ging, daß die Handwerker eine Teilhabe an den Ratsregimenten der vorher meist nur von ihren patrizischen Geschlechtern regierten Städte anstrebten. So verbrannten etwa die siegreichen Handwerker von Straßburg nach dem Sturz des patrizischen Rats die dortigen Juden und übergaben das bei dieser Gelegenheit geraubte Geld den Zünften. Ähnliche Vorgänge soll es auch in Konstanz und Basel gegeben haben. Diese Auslösung von Judenverfolgungen durch die Zünfte dürften freilich Ausnahmen gewesen sein. Es ist wahrscheinlich, daß die Handwerker durch das Zinsnehmen der Juden weniger gelitten haben als die städtischen Oberschichten.

Der Nürnberger Handwerkeraufstand von 1348 war kein reiner Zunftkampf. Der Luxemburger Karl IV. war 1346 als Gegenkönig zu dem gebannten Wit-

telsbacher Ludwig dem Bayern gewählt worden, und nach anfänglichem Zögern öffnete der Nürnberger Rat – nach dem Tod Ludwigs – seine Tore für Karl. Weite Teile der Bevölkerung – zu denen auch Angehörige patrizischer Geschlechter gehörten – waren mit dieser Abkehr von der wittelsbachischen Partei nicht einverstanden. Im Mai 1348 stürmten deshalb Handwerker das Rathaus und vertrieben den alten Rat. Im Anschluß daran bildeten sie einen neuen Rat, in dem freilich außer Handwerkern auch wittelsbachisch gesinnte Patrizier saßen. Nach dem Vorbild anderer Städte bildeten sie jetzt auch Zünfte, die dann nach der Niederwerfung im Herbst 1349 für immer verboten wurden.

Der Nürnberger Handwerkerrat verhielt sich nicht nur neutral gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern, sondern er beschützte sie sogar. Interessant sind in diesem Zusammenhang etwa zwei Einträge im zuständigen Achtbuch vom Oktober 1348:

„Romer Schneider ist die Stat verboten 5 Jahr 9 Meil hintan bei der Hant darum, daß er gern einen Auflauf hätt gemacht an die Juden."
„Amboz Meister ist die Stat 1 Jahr auf Gnade verboten darum, daß er von den Juden übel geredt hat."

Es ist wohl nicht überzogen, wenn man aus diesen beiden Zitaten eine deutlich erkennbare Wachsamkeit zugunsten der Juden herausliest. Der aufrührerische Rat war sich demnach der erhöhten Gefahr bewußt, in der sich die Nürnberger Judengemeinde in jenen Tagen befand – und man war offensichtlich bereit, den Ausbruch eines Pogroms nach Kräften zu verhindern.

Das Unheil kam dann von der anderen Seite. Im Mai 1349 versöhnte sich der Anführer der wittelsbachischen Gegenpartei mit Karl IV. und setzte anschließend durch, daß der König auch seine Anhänger – also die wittelsbachischen Parteigänger aus dem Patriziat – wieder in Gnaden annahm. Die Fürsten und die vorher zerstrittenen Teile des Patriziats waren somit wieder miteinander ausgesöhnt – übrig blieben nur die zünftischen Handwerker und die Juden. Ende September 1349 zog Karl IV. in Nürnberg ein, und am 1. Oktober konstituierte sich wieder der alte, ausschließlich patrizische Rat. Eine seiner ersten Amtshandlungen war, die Anführer des Aufruhrs unter den Handwerkern für ewige Zeiten aus der Stadt zu vertreiben. Der Judenpogrom brach allerdings erst fünf Wochen später aus.

Anders als seine sämtlichen Vorgänger auf dem deutschen Königsthron betrachtete Karl IV. den Judenschutz unter rein finanziellen Gesichtspunkten. Mit kaum vorstellbarer Brutalität verwendete er das Vermögen der Juden zur Bezahlung seiner Parteigänger. So ermächtigte er beispielsweise am 15. Februar 1349 den Erzbischof Balduin von Trier, alle Personen, die sich „bei der Juden-Schlacht" als Mörder beteiligt hatten, wieder in die Gnade des Reiches aufzunehmen. Zwei Tage später überschrieb er dem Gottesmann das Gut der Juden im Elsaß, die „erschlagen sind oder noch erschlagen werden".

In gleicher Weise stiftete Karl IV. die Städte zum Judenmord an. Zu nennen sind hier etwa Augsburg, Basel, Straßburg, Speyer, Worms, Mainz, Köln, Reutlingen, Rothenburg, Mühlhausen, Nordhausen, Würzburg, Trier, Eger, Breslau und Frankfurt. Daß er sich gelegentlich in seinen eigenen Stammländern Luxemburg, Böhmen und Schlesien schützend vor seine Juden stellte, will nicht viel besagen – es bedeutet doch nur, daß hier kein anderer Fürst vorhanden war, dem er seine jüdischen Kammerknechte hätte überlassen können.

Unter diesen Voraussetzungen war die Lage der Nürnberger Judengemeinde hoffnungslos. Bezeichnend ist hierzu eine Urkunde vom 27. Juni 1349, in der der König seinem bisherigen Hauptwidersacher Ludwig von Brandenburg – um diesen für das Aufgeben seines Widerstands zu belohnen – drei der besten Judenhäuser in Nürnberg schenkte:

„Wir Karel, von Gottes Gnaden Römischer König, zu allen Zeiten Mehrer des Reiches und König zu Böhmen, verjehen und tun kund offenlich mit diesem Briefe, daß wir dem hochgebornen Fürsten Ludowigen, Markkgrafen zu Brandenburg und zu Lausitz, des Heiligen Römischen Reiches oberstem Kammerer, Herzogen zu Bayern und zu Kärnten ..., unserem Fürsten und Oheim, geben haben und geben mit diesem Brief: Der besten Judenhäuser drei in der Stadt zu Nürnberg, die er auswählt, wann die Juden daselbst nun nächst werden geschlagen; also daß er und seine Erben, oder welchem seiner Diener er die gibt, die selben drei Häuser mit allen ihren Zugehörungen nießen und innehaben sollen nach ihrem Willen ...“

Diese Urkunde sagte tatsächlich nichts anderes aus, als daß der König mit ihr das Erbe von Leuten verteilte, die nur ein halbes Jahr später ermordet wurden. Und bereits zwei Tage vorher hatte er die Jahresabgaben der Nürnberger Juden in Höhe von elfhundert Pfund Heller an den Nürnberger Burggrafen und den Bischof von Bamberg übertragen – natürlich ebenfalls, um sich deren politische Unterstützung zu erkaufen. Sicherheitshalber setzte er hier den Passus ein, daß diese Abgaben auf jeden Fall zu zahlen seien – „wäre es auch, daß die vorgenannten Juden zu Nürnberg abgingen oder vertrieben würden“.

Die Situation war demnach so, daß Karl IV. längst über das Schicksal der Nürnberger Juden entschieden hatte – zu einem Zeitpunkt, an dem der zünftische und wittelsbachisch gesinnte, aufrührerische Rat der Reichsstadt noch nach Kräften um deren Schutz bemüht war. Der Pogrom konnte also erst ausbrechen, nachdem der König den Aufstand niedergeworfen und den patrizischen Rat wieder eingesetzt hatte. Damit dann aber auch jeder begriff, daß die Juden jetzt der Vernichtung preisgegeben waren, erteilte der König dem neuen alten Rat am 2. Oktober, nur zwei Tage nach seiner Wiedereinsetzung, ein entsprechendes Privileg:

„Auch wollen wir, wanne die Juden zu Nürnberg, unsere Kammerknecht, itzt und sitzend in mancherlei Vehe des gemeinen Volkes, und auch die Bürger in der Stat ihres Leib und Guts, dieweil die Juden in der seint, nicht sicher seint, ob das wäre, daß an den Juden daselbst etwas geschehe, also, daß sie beschädigt würden wider der Bürger von dem Rat willen, daß sie dessen wider uns und unser Nachkommen an dem Reich nicht entgelten sollen in keinerlei Weise.“

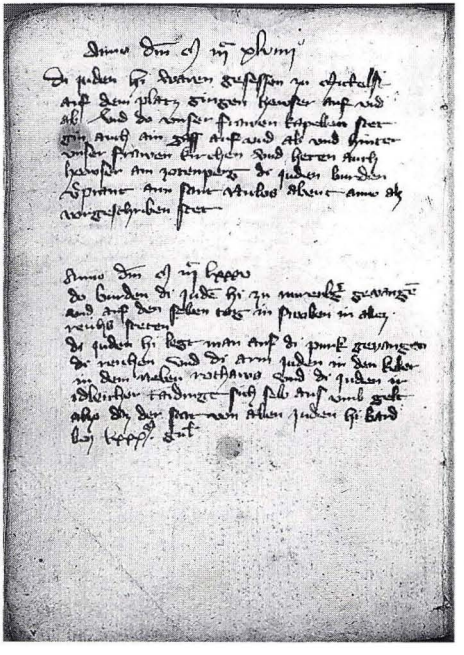
Neben anderen Informationen liefert die soeben zitierte Urkunde sehr interessantes Anschauungsmaterial zur Technik des Ausbruchs von Pogromen. In fast allen alten Chroniken und auch in vielen neueren Geschichtsdarstellungen werden diese Vorgänge gerne so dargestellt, daß Judenverfolgungen immer nur dann ausbrachen, wenn das gemeine Volk – eben der sogenannte Pöbel – trotz aller gegenläufigen Bemühungen einer auf Ruhe und Ordnung bedachten Obrigkeit nicht mehr gebremst werden konnte. Hier sehen wir nun, daß Karl IV. durchaus geneigt war, sich diesen Mechanismus zu Nutze zu machen. Ausdrücklich hatte er ja dem gemeinen Volk unterstellt und bestätigt, daß es Grund zur Judenverfolgung habe – und er sicherte

sogar Straffreiheit für den Fall, falls der Pogrom „wider der Bürger von dem Rat Willen" ausbrechen sollte. Trotz dieser königlichen Aufforderung brach das Massaker aber immer noch nicht aus.

An dieser Stelle betritt der Nürnberger Rat die Szene. Wir werden sehen, daß nur er – und eben nicht das gemeine Volk – für die Durchführung des Judenmords verantwortlich war. In des Heiligen Römischen Reiches Stadt Nürnberg passierte nichts ohne Genehmigung der „Bürger von dem Rat" – schon gar nicht nach der Niederwerfung des Handwerkeraufstands von 1348. Der Rat konnte aber den Pogrom noch nicht beginnen lassen, weil er beschlossen hatte, die Ermordung der Juden mit den Interessen der Stadtplanung zu verbinden.

Wie berichtet, hatte sich die Nürnberger Judensiedlung seit ihrer Errichtung vor 200 Jahren zu einem Fremdkörper innerhalb des Stadtgebiets entwickelt. Ursprünglich im sumpfigen Überschwemmungsgebiet der Pegnitz zwischen den beiden selbständig befestigten Stadtteilen gelegen, befand es sich nun mitten im besten Verkehrsgebiet der inzwischen zusammengewachsenen Stadt. Besonders störend war, daß es die Ausweitung des für den stets wachsenden Handel dringend benötigten Marktplatzes behinderte. Der Rat wollte deshalb die Genehmigung, das ganze Ghetto abreißen zu dürfen. Zu diesem Zweck schickte er dem mittlerweile wieder abgereisten König einen Gesandten nach Prag hinterher.

Dieser Botschafter, der Patrizier Ulrich Stromer, war einer der erstaunlichsten Nürnberger des 14. Jahrhunderts. Er gehörte dem Rat vor, während und nach dem Aufruhr von 1348 an, und er muß der immerwährenden Gnade des Königs derart sicher gewesen sein, daß man ihn jetzt auch zu dieser heiklen Mission aussandte. Tatsächlich erreichte Ulrich Stromer in Prag, daß ihm Karl IV. in einer Urkunde vom 16. November 1349 das sogenannte Marktprivileg für Nürnberg erteilte. Es räumte dem Rat unter anderem das Recht ein, das Ghetto abzureißen und dafür zwei Marktplätze – nämlich den heutigen Hauptmarkt und den Obstmarkt – anzulegen, zwischen denen an der Stelle der Synagoge eine Marienkirche gebaut werden sollte. Ulrich Stromer selbst nutzte die Gelegenheit, um sich die beiden Anwesen der Juden Isaak von Scheßlitz und Gottschalk von Stein zuschreiben zu lassen.



Der Patrizier und Ratsherr Ulrich Stromer berichtet in seinem Tagebuch über den Pogrom von 1349.

(Ulrich Stromer, Püchel von mein Geslecht und von Abentewr um 1390, GNM, Bibl. HS 6146, Bl. 26)

In den ersten Dezembertagen kehrte Stromer aus Prag zurück, und erst jetzt durfte der Pogrom ausbrechen. Es geschah am 5. Dezember 1349. Wir können uns nicht vorstellen, in welch entsetzlicher

Angst, Not und Verzweiflung die Nürnberger Juden in den Monaten vor diesem Datum gelebt haben müssen. Wie schon beim Pogrom von 1298 werden wir wieder durch das schon erwähnte Memorbuch über die Namen und die Anzahl der Opfer unterrichtet. Nach dieser Quelle wurden damals mindestens 562 Juden in Nürnberg ermordet.

Das Märtyrerverzeichnis von 1349 beginnt mit der liturgischen Einleitung „Gott möge der Seelen der Märtyrer, welche in Nürnberg erschlagen und verbrannt wurden, gedenken!"

Darauf folgen die Namen der Opfer. Die ersten Einträge lauten: „Rabbi Joseph, Sohn Rabbi Jechiels hakohen, seine Frau Chandlin und seine Tochter; – Rabbi Jechiel hakohen, seine Frau Jutta und seine drei Kinder; – Rabbi Isaak, Sohn Rabbi Baruchs hakohen, seine Frau Jachnet, sein Sohn, der junge Rabbi Baruch, seine Schwiegermutter, die alte Frau Hanna, seine Tochter Frau Minna, deren Sohn, der Knabe Koplin, und deren übrige sechs Kinder."

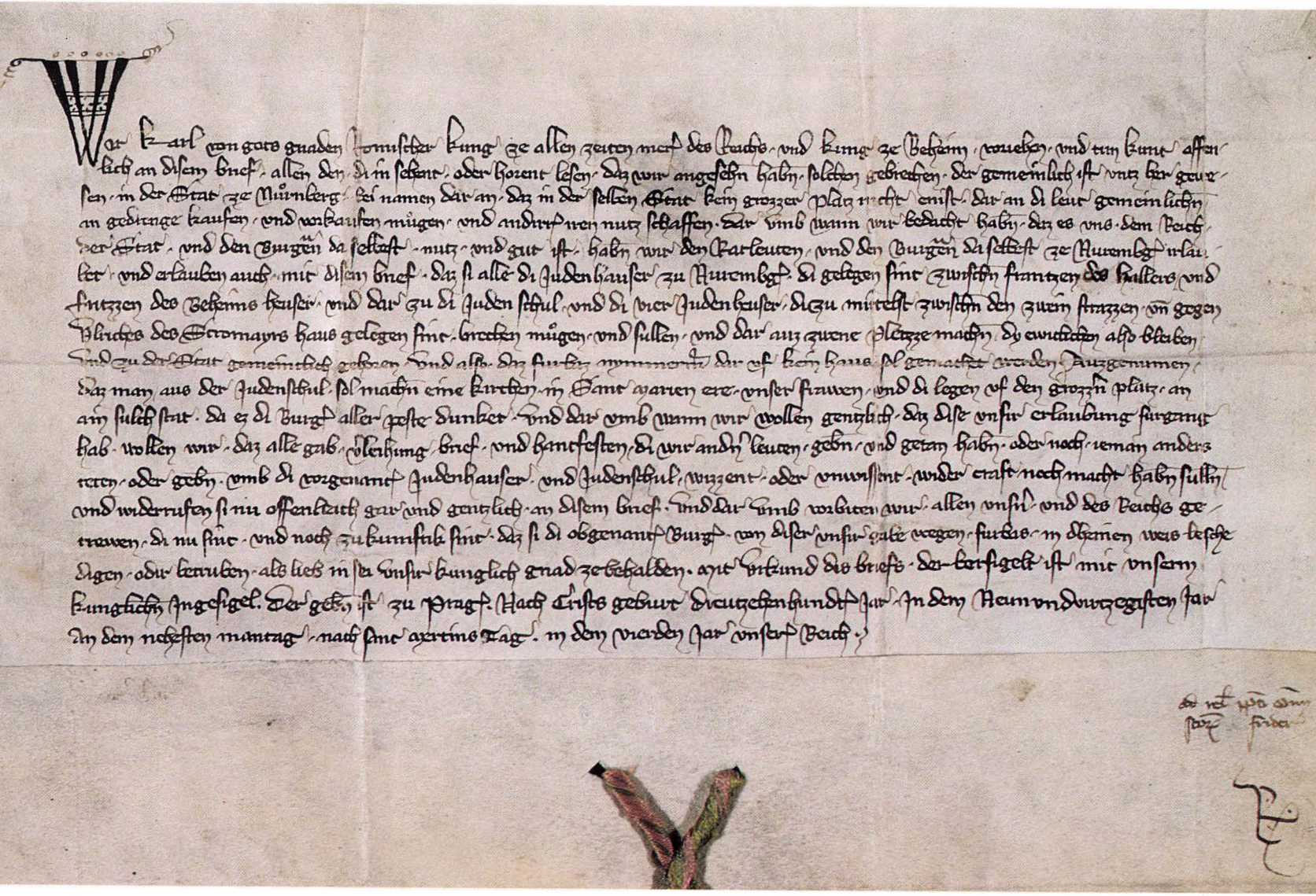
Am Ende jeder Einzelgruppe steht wieder ein liturgischer Text: „Gott möge ihrer gedenken, weil sie ihr Leben für die Heiligung des göttlichen Namens hingegeben haben. Wegen dieses Verdienstes möge ihre Seele in den Bund des ewigen Lebens aufgenommen werden mit der Seele Abrahams, Isaaks, Jakobs, Saras, Rebekkas, Rahels und Leas im Paradies. Darauf sprechen wir: Amen."

Der Judenhistoriker Arnd Müller schätzte die Zahl der Nürnberg-Juden für die Zeit vor dem Pogrom von 1349 auf rund 1500 Seelen in etwa 250 Familien. Bei einer geschätzten Gesamtzahl von fünfzehn- bis höchstens zwanzigtausend Einwohnern hätten die Juden damals fast zehn Prozent aller Nürnberger ausgemacht. Mehr als ein Drittel von ihnen war nun ermordet worden. Nach einer späteren Überlieferung sollen sie auf dem heutigen Maxfeld, das ja bis ins 19. Jahrhundert hinein „Judenbühl" geheißen hat, verbrannt worden sein.

Durch die Ermordung der Juden waren natürlich auch die bei ihnen gemachten Schulden hinfällig. Nutznießer waren die reichen Bürger des Patriziats oder andere hochgestellte Herren – wie beispielsweise die Burggrafen, das Kloster Waldsassen oder der Deutsche Orden. Bevorzugte Bürger erhielten Judenhäuser; wahrscheinlich, weil sie dem König vorher mit Geld ausgeholfen hatten. Ulrich Stromer haben wir in diesem Zusammenhang bereits genannt. Weitere Patrizier, die jüdische Anwesen erhielten, waren etwa Gottfried Scheffein, Friedrich Schopper oder auch Konrad Groß, der Stifter des Heilig-Geist-Spitals.

Von den Gütern des ersten Nürnberger Ghettos sind nur einige Grabsteine des 1349 ebenfalls zerstörten Friedhofs übriggeblieben. Vier von ihnen waren als Treppenstufen in dem ab 1352 erbauten südlichen Turm der Lorenzkirche verwendet worden. Erst vor einigen Jahren hat man sie herausgenommen; sie befinden sich heute in der Aussegnungshalle des jüdischen Friedhofs.

An der Stelle der zerstörten Synagoge wurde die Frauenkirche errichtet. Parallelen zu diesem Vorgang – nämlich, daß Marienkirchen an den Plätzen abgerissener Synagogen gebaut wurden – gibt es auch in Köln, Würzburg oder Regensburg. Es wird immer wieder behauptet, diese Gotteshäuser seien zur „Entsühnung" für die Verbrechen der Judenverfolgung gestiftet worden. Ein zeitgenössischer Beweis, daß die Stifter der betreffenden Frauenkirche wirklich an ihre eigene „Entsühnung" gedacht hätten, konnte aber noch nirgends gefunden werden.

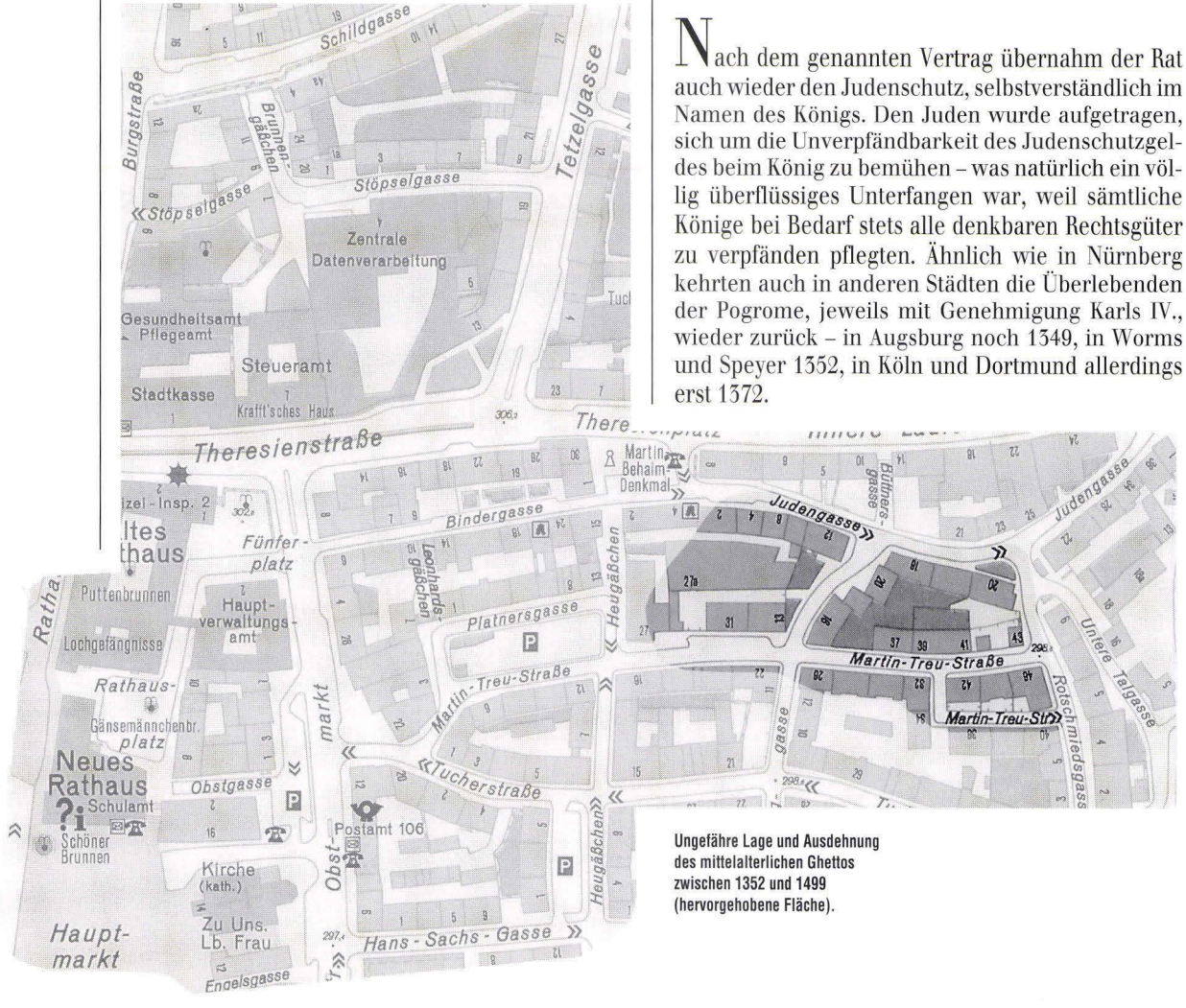


In dieser Urkunde erlaubte
Kaiser Karl IV. dem Nürnberger Rat
das Judenghetto abzubrechen.
(RStN/MA 1992 Urkunde 760)

Die Judengemeinde bis zur Vertreibung von 1499

Mit dem Pogrom von 1349 und der Zerstörung des Ghettos war die mittelalterliche Geschichte der Juden in Nürnberg noch nicht beendet. Ein Teil der Überlebenden kehrte ziemlich rasch in die Stadt zurück – da sie auch anderswo Verfolgungen, Entrechtungen und Ausplünderungen ausgesetzt waren. 1352 schloß die Reichsstadt einen förmlichen Vertrag mit den zurückkommenden Juden vor dem Landgericht ab. Die Israeliten wurden dabei von ihren fünf Gemeindeältesten vertreten. Sie wurden bei dieser Gelegenheit unter anderem gezwungen, der Aufhebung aller Judenschulden durch den Nürnberger Rat zuzustimmen.

Nach dem genannten Vertrag übernahm der Rat auch wieder den Judenschutz, selbstverständlich im Namen des Königs. Den Juden wurde aufgetragen, sich um die Unverpfändbarkeit des Judenschutzgeldes beim König zu bemühen – was natürlich ein völlig überflüssiges Unterfangen war, weil sämtliche Könige bei Bedarf stets alle denkbaren Rechtsgüter zu verpfänden pflegten. Ähnlich wie in Nürnberg kehrten auch in anderen Städten die Überlebenden der Pogrome, jeweils mit Genehmigung Karls IV., wieder zurück – in Augsburg noch 1349, in Worms und Speyer 1352, in Köln und Dortmund allerdings erst 1372.



Ungefähre Lage und Ausdehnung des mittelalterlichen Ghettos zwischen 1352 und 1499 (hervorgehobene Fläche).



1601 zeichnet Wolff Neubauer d.J. in seiner Chronik diese Darstellung eines Judenpogroms. (Stadt AN F1)



In Nürnberg wurde den Juden nun ein neues Siedlungsgebiet zugewiesen, das östlich des alten Ghettos lag. Es wurde von den heutigen Straßenzügen Judengasse, Wunderburggasse, Martin-Treu-Straße und Rotschmiedsgasse begrenzt, und es war nicht – wie die alte Judensiedlung – von einer Mauer umgeben. Im Bereich des Hauses Wunderburggasse 8 befand sich die Synagoge. Als einziges Bauteil dieses Gotteshauses überstand der aus einem Sandstein gemeißelte spätgotische Thoraschrein die Zeiten. Er war in der Außenwand eines Bürgerhauses eingemauert und trug wahrscheinlich schon im 16. Jahrhundert die folgende Beschriftung: „Dieser Stein ist nach den Juden blieben,/ Als sie wurden von Nürnberg vertrieben. O von Haus, Trauf und Gassen fürwahr/ im Tausend Vierhundertneunundneunzigsten Jahr."

Der Stein war zuletzt in der 1938 von den Nazis zerstörten neuen Synagoge am Hans-Sachs-Platz eingemauert. Er konnte damals gerettet werden und befindet sich heute in der neuen jüdischen Synagoge.

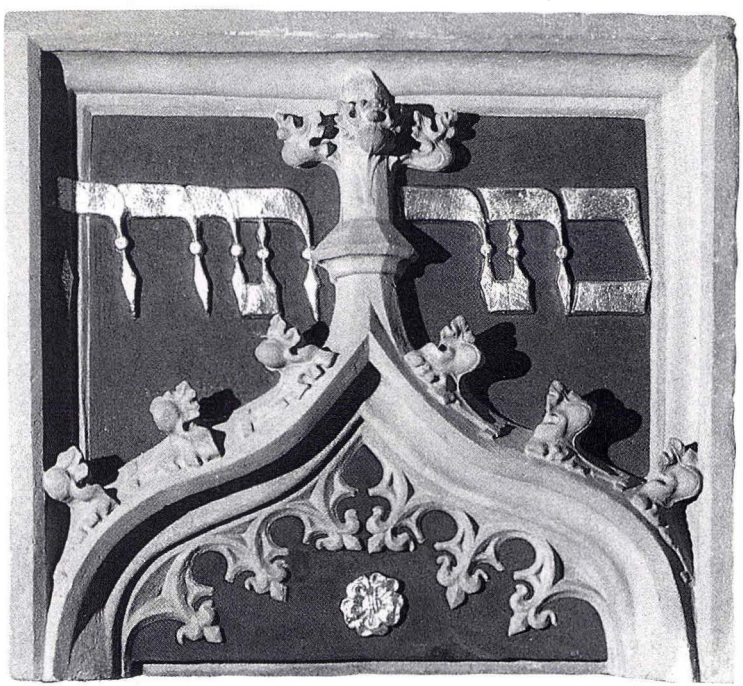
Dieses zweite Nürnberger Ghetto war wesentlich kleiner als das erste. Der Rat war streng darauf bedacht, die Zahl seiner Bewohner möglichst niedrig zu halten. Aus einer Zählung von 1489 läßt sich schließen, daß es damals kaum mehr als 200 Juden in Nürnberg gegeben haben kann, bei einer gleichzeitigen Gesamteinwohnerschaft von rund 28 000 Menschen. Gegenüber der Einwohnerschaft des ersten Ghettos war demnach die Zahl der Nürnberger Juden auf höchstens ein Zehntel abgesunken.

Nicht unbedeutend war aber zunächst noch die Finanzkraft der Juden – die ja überhaupt der Grund dafür war, daß die Städte die Juden noch in ihren Mauern duldeten. Das zeigte sich beispielsweise bei

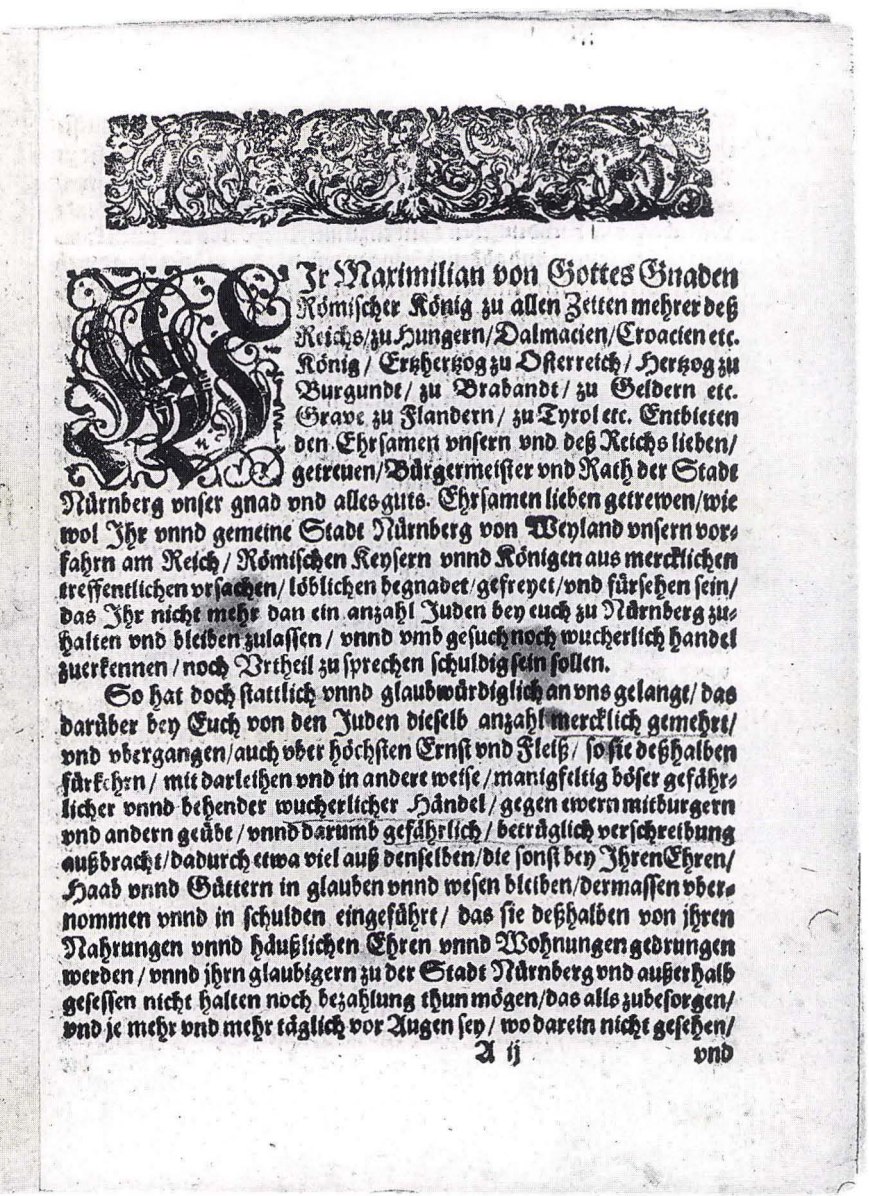
den großen, das ganze Reich umgreifenden Judenschuldentilgungen von 1385 und 1390, zu denen sich König Wenzel und der deutsche Städtebund damals zusammengefunden hatten. Schon 1383 waren Pläne zur Einziehung des Judenvermögens besprochen worden, und ein Jahr später war es darauf in Nördlingen, Weißenburg und Windsheim wieder zu blutigen Pogromen gekommen. Es ist zu vermuten, daß der Städtebund es diesmal nicht auf das Leben, sondern nur auf das Geld der Juden abgesehen hatte. Deshalb ließ er die Anstifter dieser Verfolgungen nicht bestrafen.

Gleichzeitig überlegte man im Städtebund, wie es möglich sein könnte, den Profit einer allgemeinen Judenschuldentilgung ausschließlich den Städten und dem König – und nicht den ebenfalls bei den Juden verschuldeten Adeligen – zukommen zu lassen. Der Städtebund bot deshalb Wenzel an, ihm für ein entsprechendes Privileg 40 000 Gulden zu zahlen, wobei auf Nürnberg 8 000 Gulden entfallen sollten. Der König nahm das Angebot an, und am 16. Juni 1385 wurden darauf in den beteiligten Städten die Juden gefangengesetzt. In Nürnberg brachte man die reichen Juden auf die Burg, die ärmeren ins Lochgefängnis. Alle Schuldscheine und Pfänder wurden beschlagnahmt. Die Gesamtsumme der jüdischen Außenstände betrug damals 80 986 Gulden, von denen der Stadt ein Reingewinn von 60 000 Gulden verblieb.

Schon 1390 erlitten die Juden ihre nächste Verfolgung. Bei einer erneuten Judenschuldentilgung regelte der Rat die entsprechenden Geschäfte und ließ sich dafür 30 Prozent von den Schuldnern bezahlen. Darüber steht in der Stadtrechnung: „Item, wir erhalten von unsern Burgern, die den Juden schuldig waren und unser Herre der römisch König Gnade tät, daß sie des Hauptguts mitsamt dem Gesuche ledig wurden; und was das kostet gegen



Dieser spätgotische, in Sandstein gemeißelte „Judenstain" stammt aus der 1499 zerstörten Synagoge in der Wunderburggasse.
Der Thoraaufsatz war auch in der Synagoge am Hans-Sachs-Platz eingemauert gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg fand sich der „Judenstain" im Keller des Polizeipräsidiums wieder. 1987 kehrte er restauriert in die israelitische Kultusgemeinde zurück, und wurde in die Wand der neuen Synagoge eingemauert.



Wir Maximilian von Gottes Gnaden Römischer König zu allen Zeiten mehrer deß Reichs/zu Hungern/Dalmacien/Croacien etc. König/ Ertzhertzog zu Osterreich/ Hertzog zu Burgunde/ zu Brabandt/ zu Geldern etc. Grave zu Flandern/ zu Tyrol etc. Entbieten den Ehrsamen vnsern vnd deß Reichs lieben/ getreuen/Bürgermeister vnd Rath der Stadt Nürnberg vnser gnad vnd alles guts. Ehrsamen lieben getrewen/wie wol Ihr vnnd gemeine Stadt Nürnberg von Weyland vnsern vorfahrn am Reich/ Römischen Keysern vnnd Königen aus mercklichen treffentlichen vrsachen/ löblichen begnadet/gefreyet/vnd fürsehen sein/ das Ihr nicht mehr dan ein anzahl Juden bey euch zu Nürnberg zuhalten vnd bleiben zulassen/ vnnd vmb gesuch noch wucherlich handel zuerkennen/noch Vrtheil zu sprechen schuldig sein sollen.

So hat doch stattlich vnnd glaubwürdiglich an vns gelangt/ das darüber bey Euch von den Juden dieselb anzahl mercklich gemehret/ vnd vbergangen/auch vber höchsten Ernst vnd Fleiß/ so sie deßhalben fürkehrn/ mit darleihen vnd in andere weise/mantgfeltig böser gefährlicher vnnd behender wucherlicher Händel/ gegen ewern mitburgern vnd andern geübe/vnnd darumb gefährlich/ beträglich verschreibung außbracht/dadurch etwa viel auß denselben/die sonst bey Ihren Ehren/ Haab vnnd Güttern in glauben vnnd wesen bleiben/dermassen vbernommen vnnd in schulden eingeführt/ das sie deßhalben von ihren Nahrungen vnnd häußlichen Ehren vnnd Wohnungen gedrungen werden/vnnd jhrn glaubigern zu der Stadt Nürnberg vnd außerhalb gesessen nicht halten noch bezahlung thun mögen/das alls zubesorgen/ vnd je mehr vnd mehr täglich vor Augen sey/ wo darein nicht gesehen/

A ij vnd

denselben unsern Herrn König, das hat man auf dieselben geschlagen, die den Juden schuldig waren, also daß jedes hundert Gulden 30 Gulden geben sollt nach Markzahl ... Und davon haben wir eingenommen bis auf diesen heutigen Tag 6 760 Gulden und 328 Pfund und 4 Schilling neuer Haller ...“

Es scheint, daß sich die Juden von den schweren Schlägen von 1385 und 1390 nicht mehr erholen konnten. Dazu kam, daß im Lauf des 15. Jahrhunderts das Geldgeschäft der Juden erheblich abnahm, und außerdem machte das Steigen der Warenpreise und das Sinken des Geldwerts das Leihgeschäft allmählich entbehrlicher. Unter den Königen Sigesmund und Friedrich III. waren den Nürnberger Juden noch tausende von Gulden an Sondersteuern abgepreßt worden; als jedoch Maximilian 1497 zum letzten Mal eine derartige Abgabe von der Nürnberger Judengemeinde verlangte, konnte sie nur noch ganze 340 Gulden aufbringen. Auch in den anderen Reichsstädten waren die Juden kaum mehr zu größeren Leistungen fähig.

Kurz vorher war noch der letzte Grund zum Verbleib der Juden ausgeräumt worden. Im Juli 1498 hatte Maximilian dem Rat ein Privileg erteilt, in dem er zur Errichtung von Wechselbanken ermächtigt wurde. In diesen Banken sollten auch Darlehensgeschäfte abgewickelt werden dürfen. Damit konnte die städtische Wirtschaft nun endgültig auf die Mitwirkung der Juden verzichten.

Am 31. Oktober 1498 ließ der Rat den 16 Vorstehern der Nürnberger Judenschaft das Austreibungsmandat Maximilians eröffnen. Als Termin wurde zuerst der 2. Februar 1499 gesetzt, später verlängerte man diese Frist noch bis zum 10. März. Wie schon unzählige Male vorher verloren die Juden auch bei dieser Gelegenheit wieder ihr Hab und Gut.

Von den großen Judengemeinden des Mittelalters konnten sich nur diejenigen von Worms, Frankfurt und Prag in die Neuzeit retten. Die nach der Vertreibung von 1499 in Fürth entstandene bedeutende Judenansiedlung hatte keinen direkten historischen Zusammenhang mit den mittelalterlichen Nürnberger Juden. Ihr erstes Mitglied war ein gewisser Perman, den der Ansbacher Markgraf Georg der Fromme 1528 gegen den scharfen Protest der Reichsstadt als Untertan zuließ. Nur zehn Jahre später gestattete auch die Dompropstei Bamberg – ebenfalls gegen starken Nürnberger Widerstand – die erstmalige Ansiedlung eines Juden im Bereich ihrer Grundherrschaft in Fürth. Um 1580 zählte die dortige Judengemeinde bereits an die 200 Angehörige.

Weil durch das gültige Reichsgesetz ein totales Eintrittsverbot nicht durchzusetzen war, entwickelte der Rat ein System von Schikanen, das den Juden den Aufenthalt in Nürnberg erschweren sollte. So durften sie etwa die Stadt nur durch das Spittlertor und das Tiergärtnertor betreten und verlassen, mußten doppelte Zölle zahlen und die sehr kostenträchtige Zwangsbegleitung durch „Kriegsaufbieter" dulden. Dadurch wurde lediglich erreicht, daß sich der Judenhandel – auf den die Nürnberger offensichtlich nicht verzichten wollten – nach Gostenhof verlagerte. In mehreren Mandaten versuchte der Rat, auch dagegen einzuschreiten. Die schärfste einschlägige Verordnung erließ er 1693. Sie führte u.a. dazu, daß die Gostenhofer Wirte und Händler wegen Geschäftsschädigung protestierten.



Abb. linke Seite:
Kaiser Maximilian I. ordnete 1498 die Ausweisung der Juden aus Nürnberg an und „gebietet, sie niemals wieder hereinzulassen". (Stadtarchiv A6/1498)

Diese Darstellung des jüdischen Versöhnungsfestes (Jom Kippur) ist in dem 1724 in Nürnberg erschienenen Buch „Paul Christian Kirchner, Jüdisches Ceremoniel" abgebildet.

Die Juden im bayerischen Nürnberg



1755 erschienen die „Historischen Nachrichten von der Juden-Gemeinde welche ehehin in der Reichsstadt Nürnberg engericht gewesen aber Ao. 1499 ausgeschaffet worden". Abbildungen zeigen die Kleidung der Nürnberger Juden. (Stadtarchiv AV 8533.8°)

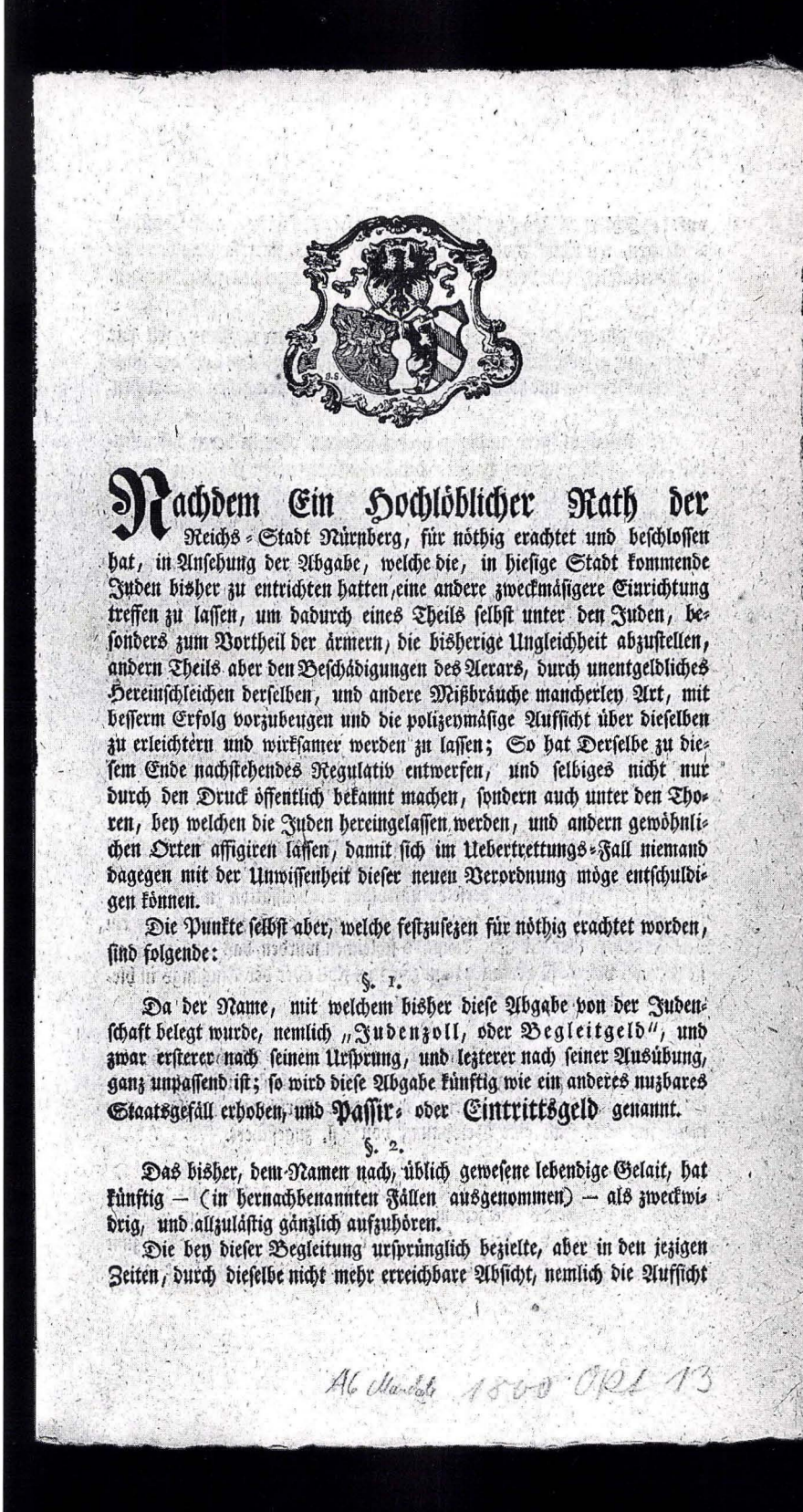
Die gleiche Situation wie im 18. Jahrhundert bestand auch noch beim Übergang Nürnbergs an Bayern im Jahre 1806. 1808 wurde dann wenigstens das „Eintrittsgeld" aufgehoben – aber nach dem neuen bayerischen Judenedikt von 1813 durften sich Juden nur in solchen Orten niederlassen, in denen ihre Glaubensbrüder schon vorher gelebt hatten. Die Emanzipation der Juden konnte demnach in Nürnberg noch nicht beginnen. Ein gewisser Fortschritt lag aber darin, daß ihnen jetzt häufiger das Recht zum „temporären Aufenthalt" zugestanden wurde. In diesem gesetzlichen Rahmen wohnte beispielsweise der aus Brüssel emigrierte Victor Coremans in Nürnberg, der hier von 1829 bis 1832 seinen sehr kritischen „Zuschauer an der Pegnitz" herausgab. Und noch vor 1850 lassen sich drei weitere jüdische Journalisten in Nürnberg belegen. Bei Kaufleuten war man aber wesentlich zurückhaltender. Es kam sogar zu mehreren Prozessen gegen jüdische Geschäftsleute aus Fürth, denen unberechtigte Tätigkeit in Nürnberg vorgeworfen wurde.

Erst die Ereignisse des Revolutionsjahres 1848 führten in ganz Deutschland zu einem Wandel. So kam es am 24. Mai 1850 zur Ansiedlung des ersten Juden in Nürnberg seit 1499. An diesem Tag genehmigte der Nürnberger Magistrat mit neun zu acht Stimmen den Antrag auf Bürgerrechtsverleihung des aus Markt Erlbach stammenden, jüdischen Großhändlers Josef Kohn. Vorher hatte sich bereits das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten mit 22 zu zehn Stimmen für die Aufnahme ausgesprochen. Am 21. Juli des gleichen Jahres stimmte auch das Bayerische Innenministerium dem Vorgang zu. Damit hatte die Staatsregierung das Gesetz zur Gleichberechtigung der Juden in Bayern vorweggenommen. Erlassen wurde es erst am 19. Februar 1851.

Josef Kohn hatte bereits 1845 um „temporären Aufenthalt auf unbestimmte Zeit“ gebeten, der ihm und seinen Kindern aber immer nur jeweils für ein Jahr erlaubt worden war. Der Armenpflegschaftsrat wollte seine Niederlassung mit zehn (darunter die Stimmen des ersten Bürgermeisters und eines Geistlichen) gegen elf Stimmen (darunter sieben Pfarrer) verhindern. Doch jetzt war endlich das Eis gebrochen. Mit dem Bürgerrecht für Kohn war der Präzedenzfall geschaffen worden, der dann in rascher Folge zur Einbürgerung weiterer Juden führte. Die meisten von ihnen kamen aus den kleineren Landgemeinden Frankens und aus Fürth.

Nach verschiedenen Anläufen konnte schon 1862 die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg gegründet werden. Sie wurde zunächst von dem Fürther Rabbiner Dr. Löwi mitbetreut. Zwei Jahre später eröffnete die Kultusgemeinde den Friedhof an der Bärenschanzstraße. 1869 erhielt sie die Erlaubnis, den israelitischen Religionsunterricht an den Nürnberger Schulen in selbständiger Verwaltung zu erteilen. Bereits ab 1866 wurde die Berufung eines eigenen Rabbiners für Nürnberg betrieben. Nach längeren Auseinandersetzungen innerhalb der Gemeinde endeten die einschlägigen Verhandlungen 1872 mit der Wahl von Dr. Moritz Levin, der seit 1870 das neueingerichtete Rabbinat in Zürich geleitet hatte. Und am 8. September 1874 – die Kultusgemeinde zählte gerade rund 2000 Seelen – wurde die Synagoge am Hans-Sachs-Platz fertiggestellt.

In dieser Verordnung wird der sogenannte „Judenzoll“ für Nürnberg neu geordnet. (Stadtarchiv A6 1800 Oktober 13.)



Nachdem Ein Hochlöblicher Rath der Reichs-Stadt Nürnberg, für nöthig erachtet und beschlossen hat, in Ansehung der Abgabe, welche die, in hiesige Stadt kommende Juden bisher zu entrichten hatten, eine andere zweckmäsigere Einrichtung treffen zu lassen, um dadurch eines Theils selbst unter den Juden, besonders zum Vortheil der ärmern, die bisherige Ungleichheit abzustellen, andern Theils aber den Beschädigungen des Aerars, durch unentgeldliches Hereinschleichen derselben, und andere Mißbräuche mancherley Art, mit besserm Erfolg vorzubeugen und die polizeymäsige Aufsicht über dieselben zu erleichtern und wirksamer werden zu lassen; So hat Derselbe zu diesem Ende nachstehendes Regulativ entwerfen, und selbiges nicht nur durch den Druck öffentlich bekannt machen, sondern auch unter den Thoren, bey welchen die Juden hereingelassen werden, und andern gewöhnlichen Orten affigiren lassen, damit sich im Uebertrettungs-Fall niemand dagegen mit der Unwissenheit dieser neuen Verordnung möge entschuldigen können.

Die Punkte selbst aber, welche festzusezen für nöthig erachtet worden, sind folgende:

§. 1.

Da der Name, mit welchem bisher diese Abgabe von der Judenschaft belegt wurde, nemlich „Judenzoll, oder Begleitgeld“, und zwar ersterer nach seinem Ursprung, und lezterer nach seiner Ausübung, ganz unpassend ist; so wird diese Abgabe künftig wie ein anderes nuzbares Staatsgefäll erhoben, und Passir- oder Eintrittsgeld genannt.

§. 2.

Das bisher, dem Namen nach, üblich gewesene lebendige Gelait, hat künftig – (in hernachbenannten Fällen ausgenommen) – als zweckwidrig, und allzulästig gänzlich aufzuhören.

Die bey dieser Begleitung ursprünglich bezielte, aber in den jezigen Zeiten, durch dieselbe nicht mehr erreichbare Absicht, nemlich die Aufsicht

A6 Mandat 1800 ORI 13



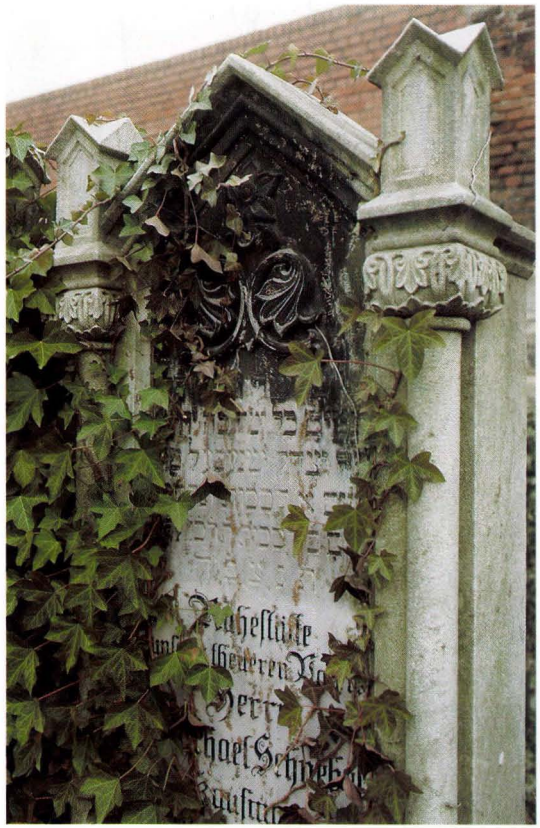


Zur Weihe des neuen Gotteshauses waren führende Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der evangelischen Kirche und des Militärs erschienen, um den neuzugezogenen jüdischen Mitbürgern ihre Reverenz zu erweisen. Der Gemeindevorsteher, Rechtsanwalt Dr. Josephtal, wies darauf hin, daß die Juden ihren Stolz einsetzen würden, „die staatsbürgerlichen und gemeindlichen Pflichten in vollstem Maße zu erfüllen", und er dankte der Stadt, die „den Israeliten in so freundlicher Weise eine Heimstätte geboten" habe. Rabbiner Dr. Levin ließ seine Weihepredigt in Schillers „Oder an die Freude" gipfeln „Diesen Kuß der Ganzen Welt / Brüder, über'm Sternenzelt / Muß ein lieber Vater wohnen".

Wie ernsthaft die damalige Gesellschaft bestrebt war, die jahrhundertelange Unterdrückung der Juden nun endlich im Zeichen der Aufklärung und der Menschlichkeit zu überwinden, zeigte die Festrede des Ersten Bürgermeisters Otto Freiherr von Stromer. Er scheute sich nicht, die dunklen Seiten seiner eigenen Familiengeschichte anzusprechen, indem er an seinen Vorfahren Ulrich Stromer erinnerte, der – wie berichtet – eine entscheidende Rolle in dem Pogrom von 1349 gespielt hatte. Gerade deshalb habe er sich besonders gefreut, die Pforten der neu zu weihenden Synagoge eröffnen zu dürfen: „Gegenüber der mittelalterlichen Anschauung ist man jetzt allgemein zu der Erkenntnis gekommen, daß die Lösung der sogenannten Judenfrage gleichen Schritt mit der Entwicklung und Vermehrung der Gesittung und Humanität bei Nationen und Einzelnen hält."

Fotografien der 1874 eingeweihten jüdischen Synagoge am Hans-Sachs-Platz.

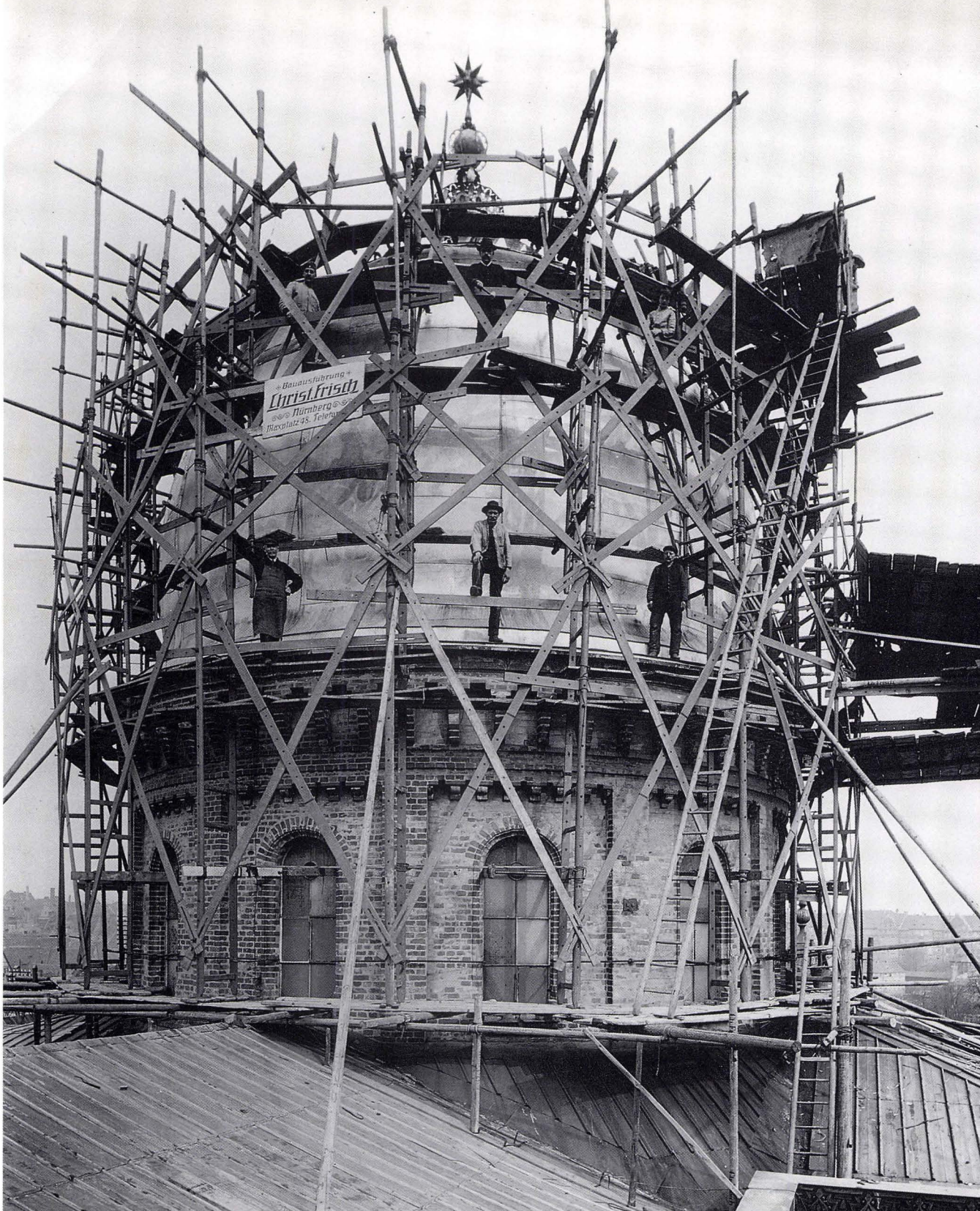






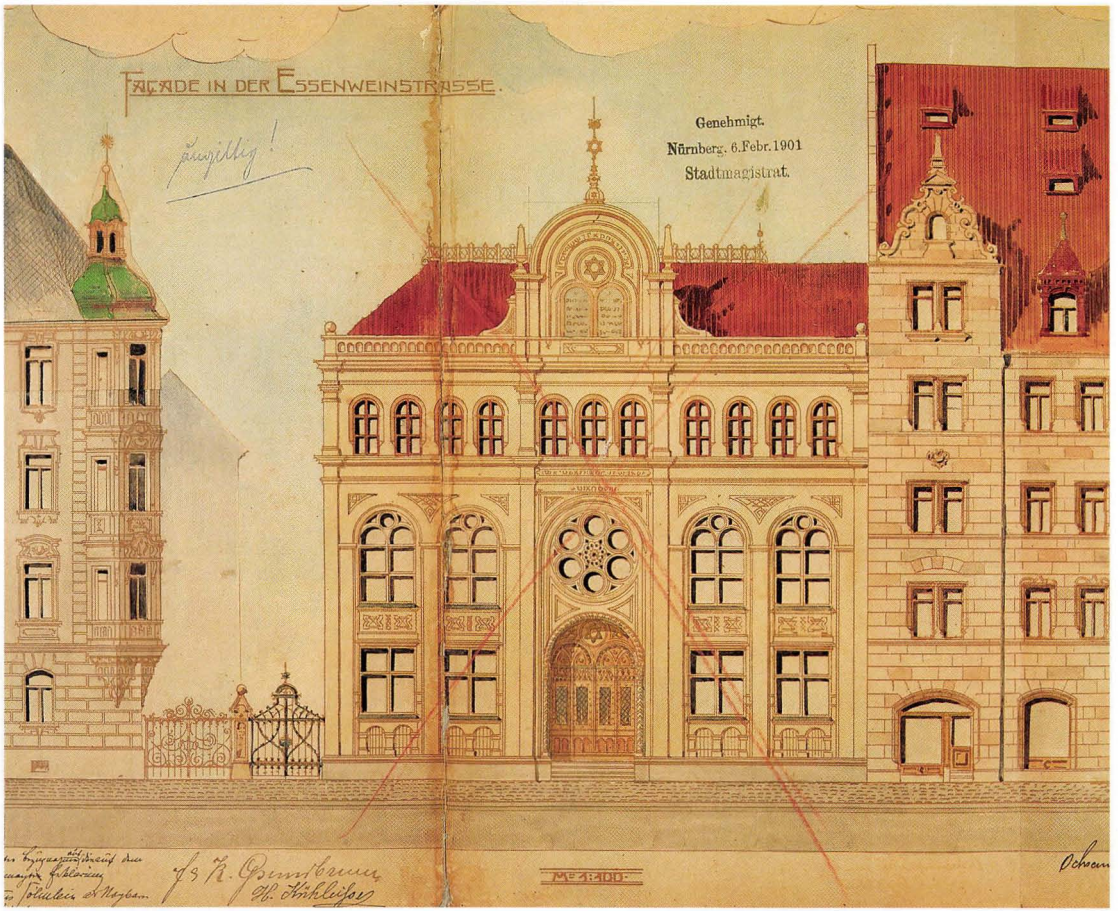
Grabsteine auf dem alten israelitischen Friedhof an der Bärenschanzstraße.





Zur Beschaffung knapp gewordener Rohstoffe für die Rüstungsindustrie nahmen Handwerker im März 1918 das Kupferdach der Synagoge ab.

Freilich gab es auch damals antisemitische Regungen, an denen aber Nürnberg nur mittelbar beteiligt war. So protestierte 1874 die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ in Leipzig gegen die Synagogenweihe und behauptete, daß in Nürnberg „die schönsten und stattlichsten Häuser bereits in den Händen der Juden“ seien. Und als kurz vor der Eröffnung des Gotteshauses das Hans-Sachs-Denkmal enthüllt wurde, wofür die Kultusgemeinde die Freitreppe der Synagoge zur Verfügung gestellt hatte, polemisierte Richard Wagner gegen dieses Nebeneinander. Es könnte aber zutreffen, daß in Nürnberg der allgemeine Antisemitismus schwächer ausgeprägt war als im Reichsdurchschnitt: Jedenfalls existierte der nach dem Vorbild der Berliner „Antisemiten-Liga“ 1893 gegründete „Antisemiten-Verein für Nürnberg“ nur bis zum Jahr 1901.



**Bauzeichnung der Synagoge des Vereins „Adas Israel“ in der Essenweinstraße.
(Stadt AN C20/V Nr. 2548)**



Der Aufstieg während der Gründerzeit

Die Anzahl der Juden in Nürnberg blieb immer ziemlich klein. Mit 3,25 Prozent erreichte ihr relativer Anteil an der Gesamtbevölkerung schon 1885 den Höhepunkt (3738 Mitglieder der Kultusgemeinde). Obwohl die Gemeinde bis 1925 auf 8603 Angehörige anwuchs, sank ihr Prozentsatz an der Einwohnerschaft auf 2,2 ab. Bis 1933 blieb die Nürnberger Judenschaft ungefähr in dieser Stärke bestehen. Die Mehrheit der Mitglieder der Nürnberger Kultusgemeinde gehörte der liberalen Richtung des Judentums an, eine Minderheit der Orthodoxie. 1874 betrug das Verhältnis 521 liberale zu 32 orthodoxen Familien. Ein Jahr später gründeten die konservativen Juden den Verein „Adas Israel", der nach langen Auseinandersetzungen 1902 eine eigene Synagoge in der Essenweinstraße bauen ließ. Der 1910 geweihte, neue israelitische Friedhof an der Schnieglinger Straße, wurde von beiden Gruppierungen gemeinsam benutzt.

Vor dem Hintergrund ihres kleinen Anteils ist der Nutzen, den das öffentliche und wirtschaftliche Leben Nürnbergs seinerzeit aus seinen jüdischen Bürgern zog, um so höher zu bewerten. So vertrat etwa der erste jüdische Abgeordnete im Bayerischen Landtag, Dr. David Morgenstern, zunächst seinen Heimatwahlkreis Fürth und danach, von 1849 bis 1855, Nürnberg. Von 1869 bis 1889 besaß das Mitglied der Fortschrittspartei, Wolf Frankenburger, das gleiche Mandat; von 1874 bis 1878 saß er auch im Reichstag. Auch in der frühen Arbeiterbewegung waren Juden von Anfang an tätig: Zu nennen ist hier etwa Gabriel Löwenstein, der 1868 gemeinsam mit August Bebel den Vorsitz auf dem berühmten Arbeitervereinstag in Nürnberg führte. Unter dem Sozialistengesetz wurde er mehrmals verfolgt, von 1893 bis 1905 wirkte er im Landtag. Sein Parteifreund Dr. Max Süßheim, ein Enkel David Morgensterns, vertrat Nürnberg von 1907 bis 1920 ebenfalls im Landtag, danach spielte er eine wichtige Rolle im Stadtrat.

Abb. linke Seite:
Fabrikant und
Nürnberger Ehrenbürger:
Ludwig Ritter von Gerngros.
Gemälde von Ludwig Kühn.



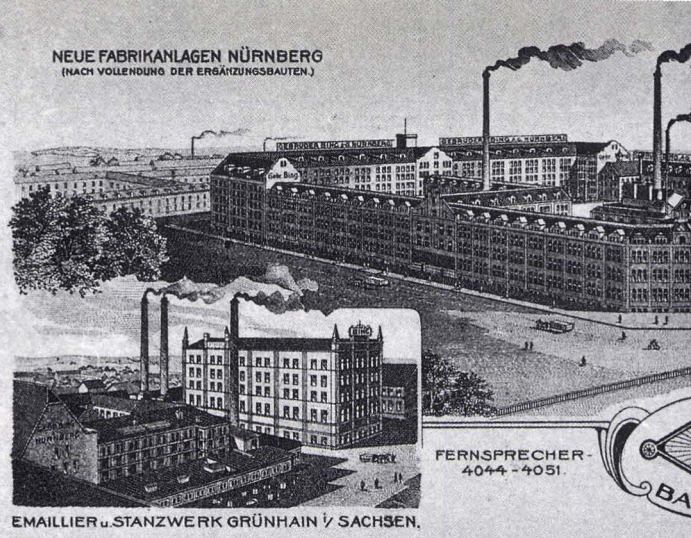
Das von der Stadt gestiftete Grabmal des kunstsinnigen Mäzenaten auf dem jüdischen Friedhof an der Schnieglinger Straße.



Ein ungewohntes Bild:
Die Kopie des Neptunbrunnens vor der Frauenkirche auf dem Hauptmarkt. Stolz präsentieren sich 1902 der Stifter Ludwig von Gerngros (Mitte), Prof. Heß (links) und Bürgermeister Ritter von Schuh (rechts).



Der Nürnberger Hopfenmarkt



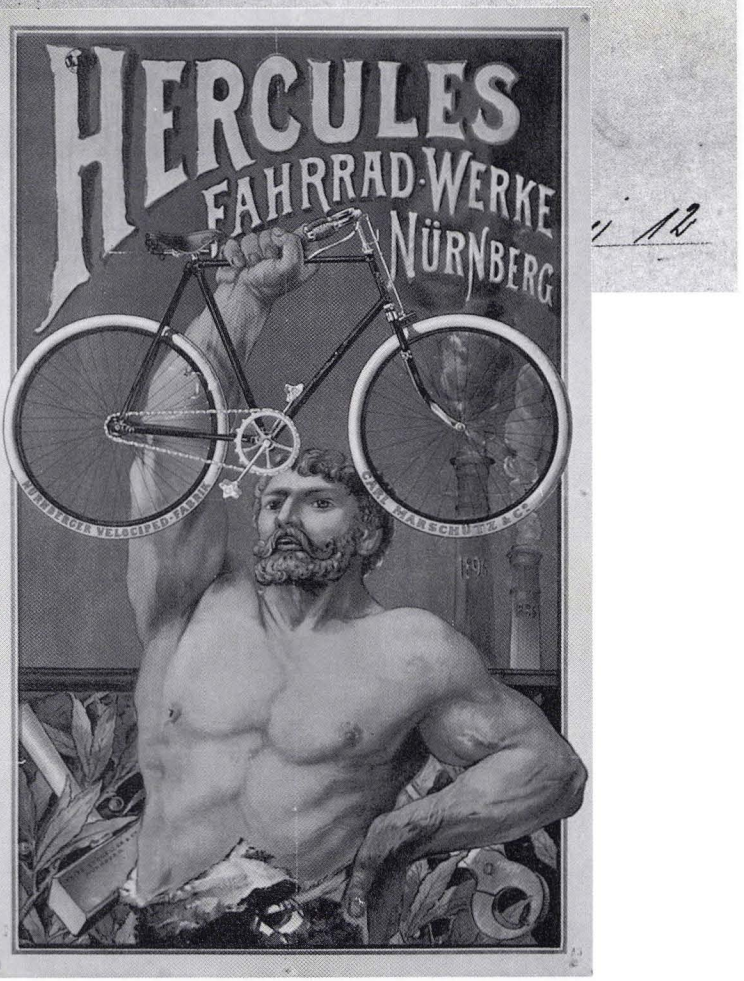










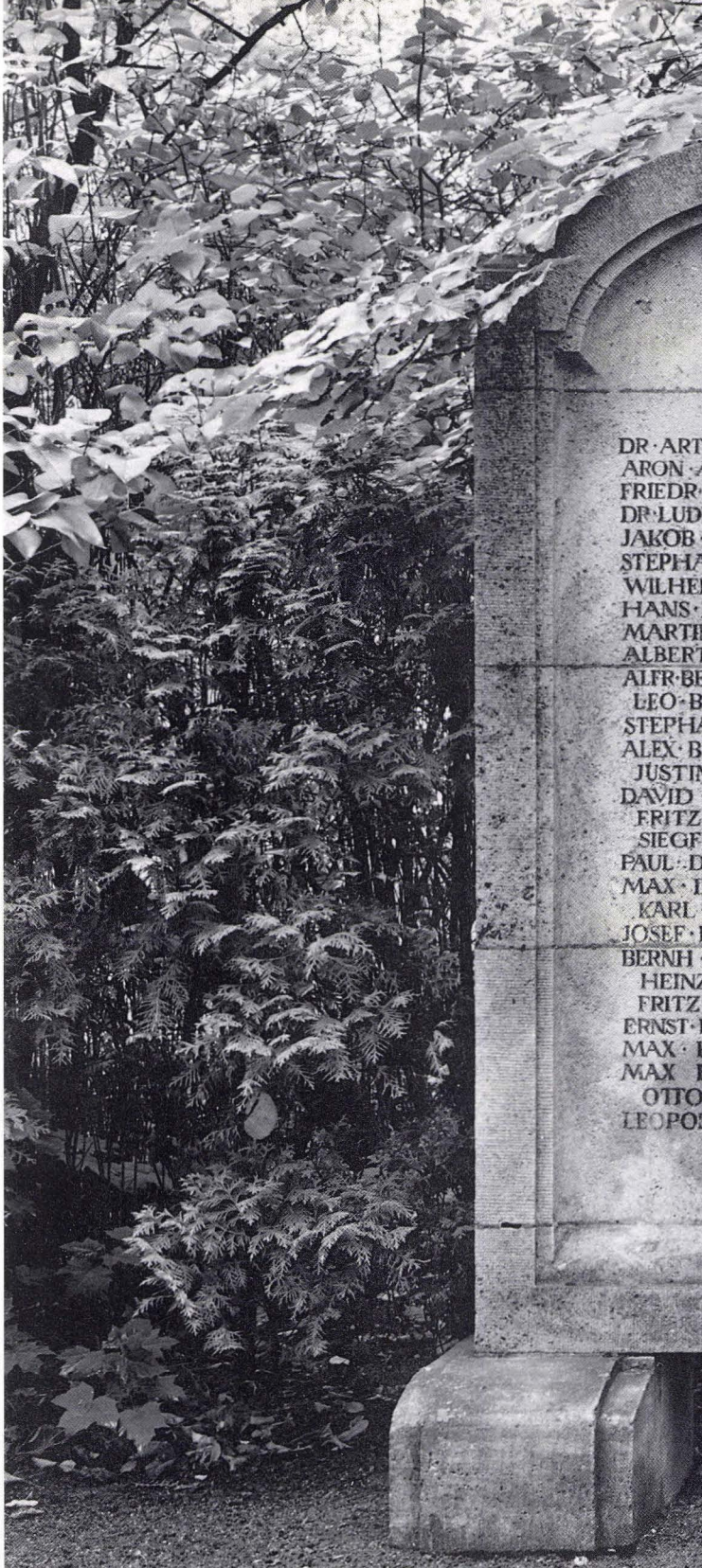


Leider gibt es noch keine Untersuchung, in der wirtschaftliche Leistungen der Juden im Zusammenhang mit der einschlägigen Entwicklung Nürnbergs im 19. Jahrhundert dargestellt sind. Wie es ihrer historischen Rolle entsprach, waren sie z.B. bei den Privatbanken stark vertreten. Auch der Hopfenhandel war eine jüdische Domäne – und Nürnberg besaß um 1890 die größte Hopfenbörse der Welt! Im bedeutendsten Nürnberger Gewerbezweig, der Metallindustrie, waren gleichfalls Juden als führende Gründer tätig: beispielsweise Karl Marschütz, der 1886 die Herculeswerke ins Leben rief, oder die Gebrüder Bing, deren Nürnberger Spielwarenfabrik die ganze Welt belieferte. Aber auch die Camelia-Werke, die Medicus-Schuhfabrik, die Lederwerke Cromwell oder das Warenhaus Tietz waren jüdische Gründungen. Viele Juden wirkten als Juristen oder Ärzte. Die Rechtsanwälte Gustaph Josephstal und Sigmund Held, nacheinander Vorstände der Kultusgemeinde, waren erste Vorsitzende der Anwaltkskammer. Der erste jüdische Berufsrichter in Bayern, Max Berlin, wurde Oberlandesgerichtsrat in Nürnberg. Der Oberschularzt Dr. Mainzer richtete einen Sonderkindergarten für psychisch geschädigte Kinder ein. Dr. Alexander Frankenburger gründete 1913 die Beobachungsstelle für Lungenkranke, die er bis 1933 leitete. Wilhelm von Gerngros war Mitbegründer der Lungenheilstätte Engelthal, und Dr. Goldschmidt forderte Ferienkolonien für Großstadtkinder.

Zeugen jüdischen Fleißes und wirtschaftlichen Strebens.

1901 wurde der Jude Ludwig von Gerngros Nürnberger Ehrenbürger. Er hatte die Nachbildung des 1791 nach Rußland verkauften Neptunbrunnens anfertigen und auf dem Hauptmarkt aufstellen lassen, die dann von den Nazis wieder abgebrochen wurde und heute im Stadtpark steht. Außerdem war er an der Finanzierung mehrerer Kunststiftungen beteiligt. Mit dem Bleistiftindustriellen Heinrich Berolzheimer wurde 1905 eine weitere jüdische Stifterpersönlichkeit zum Ehrenbürger ernannt.

1914 zogen 1543 jüdische Nürnberger in den Ersten Weltkrieg. 178 von ihnen fielen, 593 wurden mit Orden ausgezeichnet. Gleichzeitig flackerte jedoch der Antisemitismus auch in Nürnberg stärker auf. Der Erste Bürgermeister Dr. Geßler hatte sechs jüdische Juristen zu ehrenamtlichen Leitern der Kriegsfürsorge ernannt, gegen die nun eine üble Hetze einsetzte. Geßler wies diese Angriffe entrüstet zurück. Gegen Kriegsende wurde verschiedenen jüdischen Händlern Lebensmittelwucher vorgeworfen.



Dieser Gedenkstein erinnert an die Gefallenen jüdischen Glaubens im I. Weltkrieg.


UTNANT·
ER·GEFR
INFANT·
UNT·OFF
FANTER
JTNANT
ZFLDW
ROFFIZ·
Z·INSP·
ANTER·
EFLDW·
NONIER·
EFLDW·
LERIST·
EFREIT·
NFANT·
IFANT·
FANT·
T·OFFIZ·
UNT·OFF·
NFANT·
UNT·OFF·
·LEUTN·
EUTN·
NFANT·
·PION·
·INFANT·
·INFANT·
EFREIT·
LDWLIT·
SIGMUND · FREIMANN · GEFR·
WILHELM · FRIED · GEFREIT·
HERMANN · FRIEDMANN · INF·
RICHARD · FRIEDMANN · LEUTN·
JUSTIN · GERNGROSS · INF·
DAVID · THEOD · GOLDREICH · INF·
BRUNO · GOLDSCHMIDT · INF·
DR · FR · GOLDSCHMIDT · O·ARZT·
LUDW · GOLDSCHMIDT · LEUTN·
LUDW · J · GOLDSCHMIDT · TRAINSLDT·
MORITZ · GOLDSCHMIDT · GEFR·
MART · GOLDSTEIN · INFANT·
RICHARD · GOSSER · GEFREIT·
JUSTIN · GOTTLIEB · INFANT·
FRANZ · GUNZENHÄUSER · U·OFF·
ADOLF · GRÜBEL · INFANT·
DR · JOSEF · GUTMANN · LTT·
SIEGFR · HABERMANN · GEFR·
FRITZ · HÄUTEMANN · INFANT·
FRITZ · HAHN · UNT · OFF·
SIEGFRIED · HAHN · VIZEFLDW·
SIEGFRIED · HAHN · VIZEFLDW·
JUL · HALLHEIMER · GEFREIT·
JOSEF · HECHINGER · INFANT·
ERICH · HEILBRUN · LEUTN·
BENNI · HEIMANN · INFANT·
WALTER · HEINRICH · KAVALL·
JUL · HELLMANN · GEFREIT·
FRITZ · HERSCHMANN · INFANT·
EUGEN · HESSDÖRFER · INFANT·
ALFR · HEYMANN · KRAFTWAGENF·
LUDWIG · HIRSCH · UNT·OFF·
MAX · HIRSCHKIND · UNTEROFF·
DR · FRITZ · HOPF · VIZEWACHTM·
LOTH · HOPFENMAIER · U·OFF·
ALBERT · HORWITZ · INFANT·
ADOLF · HÜPER · GEFREIT·
ROBERT · JONDORF · FUNKER
JOSEPH · THAL · U·OFF·
· KAHN · LEUTNANT·
MAX · KARPF · INFANTERIST·
SCHULIM · KATZ · INFANTER·
JAKOB · FRIEDR · KLEIN · U·OFF·
MAX · KLEIN · INFANTER·
LEO · KÖHLER · INFANTER·
FRITZ · KOHLER · GEFREITER·
AUGUST · KOLB · INFANTER·
SIEGFRIED · KOLB · UNT·OFF·
STEPHAN · KOLB · INFANT·
MORITZ · E · KROMWELL · ART·
DR · JUSTIN · KUHN · LTT·
JAKOB · KULKA · INFANT·
LUDWIG · LEDERER · INFANT·
SIEGFR · LEDERER · INFANT·
DR · JOSEF · LEHMANN · LTT·
DR · LORENZ · LEHMANN · O·ARZT·
PAUL · LEHMANN · INFANT·
HEINRICH · LEHRBERGER · GEFR·
OTTO · LEOPOLD · GEFR·
MARTIN · LESSING · GEFREIT·

Zunehmende Anfeindungen in der Weimarer Republik

Die Revolution vom November 1918 rief bei den Nürnberger Juden wohl eher gemischte Reaktionen hervor. Rabbiner Dr. Max Freudenthal schrieb 1925: „Die freiheitlich Gesinnten begrüßten sie aus ehrlicher Überzeugung, in den monarchisch und politisch konservativ Gerichteten dagegen erweckte sie keine erhebenden Gefühle." Am ersten Sabbath nach der Revolution hatte er erklärt, daß die Mitglieder der Kultusgemeinde hier keine einheitliche Haltung haben könnten: „Was sie alle als Juden einigt, ist der echt jüdisch-prophetische Wunsch nach Frieden und Gerechtigkeit im Vaterlande und auf Erden sowie die Sehnsucht, daß auch den Bekennern Israels endlich einmal voller Anteil daran in jedem Lande werde."

Bei den Revolutions-Versammlungen war in Nürnberg nur ein prominenter Jude beteiligt: Der Mehrheitssozialist und Gemeindebevollmächtigte Dr. Max Süßheim. Am 18. November 1918 führte er im Luitpoldhain aus: „Wir, die wir seit Jahrzehnten unter der Knechtung zu leiden hatten, wollen nicht kurzsichtige Vergeltung an unseren Gegnern üben, sondern wollen die Überzeugungen anderer auch dann achten, wenn sie nicht die unsrige ist." Zwei Tage später wurde er unter die drei Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt, in dem er eine sehr verdienstvolle Rolle spielte. Von 1919 bis 1933 gehörte er dem Stadtrat an.

Das friedliche Dasein der Juden war in Nürnberg schon 1918 beendet. Einer der Hauptgründe war die Wirksamkeit des späteren „Frankenführers" Julius Streicher, der hier seit 1909 als Volksschullehrer arbeitete. Bereits in den letzten Kriegsmonaten hatte er judenfeindliche Hetzreden auf Offiziersversammlungen gehalten. Nachdem er bei verschiedenen deutsch-völkischen Gruppen aufgetreten war, fand er bald zu Hitler. Am 20. Oktober 1922 gründe-

te er die Nürnberger Ortsgruppe der NSDAP. Sein Judenhaß trug krankhaft manische Züge.

Schon Anfang 1919 sah sich die Nürnberger Ortsgruppe des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" – dem auch viele Nichtjuden angehörten – zu folgender Presseerklärung gezwungen: „Unsere jüdischen Mitbürger haben an der Front und in der Heimat ihre vollste Pflicht und Schuldigkeit getan, wie sie auch in Friedenszeiten auf allen Gebieten werktätiger Menschenliebe wetteiferten, wo immer sich ihnen Gelegenheit geboten hat. Mitbürger, laßt Euch durch dieses jeden rechtlich denkenden Menschen beschämende Treiben nicht beeinflussen: wahrt Eure Menschenwürde: Denkt an die hohe Kulturstufe, auf der bisher das deutsche Volk gestanden!"

Weil Ausschreitungen an den jüdischen Feiertagen befürchtet werden mußten, bat die Kultusgemeinde im September des gleichen Jahres ihre Mitglieder, jedes Aufsehen und besonders Gruppenbildungen vor der Synagoge zu vermeiden. Gleichzeitig begann eine Diskussion innerhalb der Gemeinde, ob es nicht angebracht sei, sich von allen die Grenzen der Kultusgemeinde überschreitenden Aktivitäten zurückzuziehen und die Kräfte ausschließlich innerjüdischen Aufgaben zuzuwenden.

Mit dem Erstarken der rechtsradikalen Kräfte nahmen die Angriffe auf die Nürnberger Juden zu. Am 2. November 1922 wurde der israelitische Friedhof geschändet. Am „Deutschen Tag" im September 1923, an dem Nürnberg zum ersten Mal ein Treffen von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und anderen völkischen Gruppierungen erleben mußte, gab es außer Ausschreitungen gegen Angehörige linker Parteien auch wieder antisemitische Hetzkundgebungen. Schon damals zeigte sich die besondere Tragik der Nürnberger Verhältnisse: Der mehrheitlich von Sozialdemokraten gebildete Stadtrat unter Führung des der Deutschen Demokratischen Partei zugehörigen Oberbürgermeisters Dr. Luppe konnte sich gegen die Übergriffe der Nazis nur sehr unzureichend wehren, weil diese von den staatlichen Behörden unterstützt wurden. Dabei taten sich besonders der Leiter der staatlichen Polizeistelle, Heinrich Gareis, und der Reichswehrhauptmann Adolf Heiß hervor – sie hatten die SA schon im Mai des gleichen Jahres illegal mit Waffen versorgt! Als dann die Stadtpolizei im November verstaatlicht werden mußte, wurde ausgerechnet Gareis Polizeipräsident.

Seit 1920 gab Streicher ein Wochenblatt heraus, das zunächst „Deutscher Sozialist", dann „Deutscher Volkswille" und seit August 1923 „Der Stürmer" hieß. Es war eines der übelsten Erzeugnisse, die jemals eine Druckerpresse verließen. In unsäglich primitiver Weise hetzte der „Stürmer" gegen die Juden, wobei er sich häufig – der sexualpathologischen Veranlagung Streichers entsprechend – pornographischer Mittel bediente. Großflächig und plakativ aufgemacht – damit es in den später überall im Land aufgestellten „Stürmerkästen" besser wirken konnte – überschwemmte das Blatt seine Leser mit Beiträgen über die „Rassenschande", über Vergewaltigungen und „Ritualmorde", über Selbstmorde von Mädchen, die angeblich von Juden mißbraucht worden waren, oder über die „Verschwörung des internationalen Finanzjudentums". Als Unterzeile jedes Titelblatts diente die von Treitschke zitierte Aussage von 1880: „Die Juden sind unser Unglück."

Daneben polemisierte Streicher gegen linke Stadträte und ganz besonders gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe. Wegen der Rechtslastigkeit der damaligen Justiz gelang es den Angegriffenen nur selten – und wenn dann meist sehr unzulänglich –



Der Stürmer

Deutsches Wochenblatt zum Kampfe um die Wahrheit

HERAUSGEBER: JULIUS STREICHER

Nummer 16 | Nürnberg, 15. April 1943 | 21. Jahr 1943

Der Segen der Judengesetze

Als Deutschland im Jahre 1918 kapitulierte, war es nicht die Front gewesen, die den Kampf aufgab und sich dem Diktat der Feindmächte unterwarf, sondern die Heimat hatte die Kraft verloren, sich zu behaupten und durchzuhalten bis zum Siege. Die Geschichte hat durch unanfechtbare Beweise klargestellt, daß Deutschland damals ausgeraubt in dem Augenblick die Waffen streckte, als die Lage bei unseren Feinden eine verzweifelte und die Aussicht auf den Endsieg Deutschlands eine greifbare war. Selbst unsere Gegner bekannten es später freimütig, daß ihnen damals „das Wasser bis zum Halse stand" und ihnen der Zusammenbruch Deutschlands so unerwartet kam, daß sie dieses „Wunder" unmöglich genug zu fassen vermochten.

Unsere Gegner haben aber auch genau gewußt, wer ihr geheimer Verbündeter war, dessen Wühlerarbeit das deutsche Volk schließlich erlag. Es war der Jude gewesen. Der Jude hatte es verstanden, durch eine niederträchtige Spionage und die allen durch Verhetzung und Verbreitung zügellosester Gerüchte die Widerstandskraft des deutschen Volkes immer mehr zu lähmen. Der Jude war es gewesen, der dem deutschen Volke vorgaukelte, daß ein Verständigungsfriede mit unseren Gegnern durch Waffenstreckung ohne weiteres zu erreichen sei und eine Zeit des Glückes und der Versöhnung damit ihren Anfang nähme. Der Jude war schuld daran, daß wir den ersten Weltkrieg verloren.

Als das wiedererstarkte nationalsozialistische Deutschland im Jahre 1933 daranging, den Einfluß der Juden Zug um Zug auszuschalten, da sie im deutschen Volke noch Millionen von Männern und Frauen, die die Machthaben der Regierung nicht verstanden. Sie hatten ja keine Ahnung von der ungeheuren Bedeutung jener Gesetze, die die jüdische Gefahr auf ein Minimum herabsetzen. Wie groß die jüdische Gefahr nun erst recht in diesem Kriege geworden wäre, können sich wohl die Allerwenigsten vorstellen. Was wäre geschehen und wie würde es heute bei uns aussehen, wenn die Juden in Deutschland noch die gleiche Macht in Händen hätten, die sie vor zehn Jahren besaßen?

Würden die Juden heute noch „gleichwertige Staatsbürger" und hätten sie noch Gelegenheit, nach ihren talmudischen Rezepten zu arbeiten, so wäre die Lage des Reiches heute eine katastrophale. Rieschuden würden das Landvolk aufstänkern. Jüdische Ärzte würden sich in Hunderttausenden von Fällen am lebenden Leben versündigen und die Volkskraft brechen. Jüdische Anwälte und Richter würden die übelsten Verbrecherbande und Volksschädlinge dem Zugriff einer strafenden Gerechtigkeit entziehen und jüdische Rassenschänder die Ehre der Frauen und der Frontsoldaten in den Schmutz ziehen. Jüdische Gewerkschaftler und Politiker würden zum Streik aufrufen und dafür sorgen, daß unsere Soldaten ohne Waffen und Munition dem Gemetzelhagel des Feindes ausgesetzt wären. Jüdische Bankiers würden durch eine Inflation die Sparguthaben der arbeitenden Volkes in ihre Taschen lenken.

Aus dem Inhalt

Wozu den Juden die Arbeiter gut genug sind — Von Adam bis Churchill
Der rote Adler-Orden für Juden — Menschen in Ketten: Dividenden und Soldatenblut
W. B. Luft — Was wir dazu sagen
Wer regiert in England? — Fips-Bastelspiegel Nr. 16

Krankheitserreger

Mit seinem Gift zersetzt der Jud
Der schwachen Völker trägen Blut,
So daß ein Krankheitsbild entsteht,
Bei dem es rasend abwärts geht.
Doch bei uns lautet der Befund:
Das Blut ist rein, Wir sind gesund!

Die Juden sind unser Unglück!

gerichtliche Schritte gegen den „Stürmer" und seinen Herausgeber einzuleiten. Eines der übelsten Beispiele war der Prozeß des Oberbürgermeisters gegen Streicher, der sich in mehreren Instanzen von 1924 bis 1926 hinzog. Streicher hatte Luppe mit schlimmsten Vorwürfen verleumdet und wurde am Ende tatsächlich zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, doch der Oberbürgermeister wurde vom Gericht empörend behandelt. Und anschließend strengte die Staatsanwaltschaft wegen einer falschen Zeugenaussage ein Meineidsverfahren gegen Luppe an. Der Oberbürgermeister wurde am 2. Januar 1926 vom Dienst suspendiert, und erst das Oberste Landesgericht in München stellte am 1. März 1926 Luppes Unschuld fest und schlug das Verfahren nieder.

Bei der Wahl im Herbst 1924 hatte die NSDAP sechs von 50 Stadtratssitzen errungen. Schon die erste Sitzung mußte Luppe wegen Streichers Querelen vorzeitig schließen lassen, in der zweiten schloß er Streicher und seine Genossen Holz und Gradl nach Radauszenen aus. Jetzt nahm plötzlich Nürnbergs führende bürgerliche Tageszeitung, der „Fränkische Kurier", für die Nazis Stellung: „Dr. Luppe erntet also jetzt, was er gesät hat." Auch später blieb der Kurier seiner pronazistischen Haltung treu. So berichtete er etwa am 5. Dezember 1928 positiv über eine Hitlerrede, unterschlug aber die doch unüberhörbaren Haßtiraden gegen die Juden mit der Umschreibung, daß der Redner „in längeren Ausführungen seine Stellung zum Judentum" umrissen habe.

Bei den ersten Reichsparteitagen der NSDAP von 1927 und 1929 wiederholten sich die Szenen des Deutschen Tages von 1923. 1929 wurden Polizisten verletzt, das Gewerkschaftshaus gestürmt und Passanten terrorisiert. Einige Nazis versuchten, jüdische Fahrgäste aus einer Straßenbahn zu vertrei-

ben, was aber am Widerstand des Schaffners scheiterte. In einen anderen Straßenbahnwagen wurde eine brennende Fackel geworfen. Der „Fränkische Kurier" berichtete trotzdem wohlwollend über die Veranstaltungen und verzichtete vornehm auf jede Berichterstattung über die Ausschreitungen. Zur Ehre der übrigen Nürnberger Journalisten muß aber festgestellt werden, daß die anderen hier erscheinenden Tageszeitungen den Antisemitismus überwiegend verurteilten.

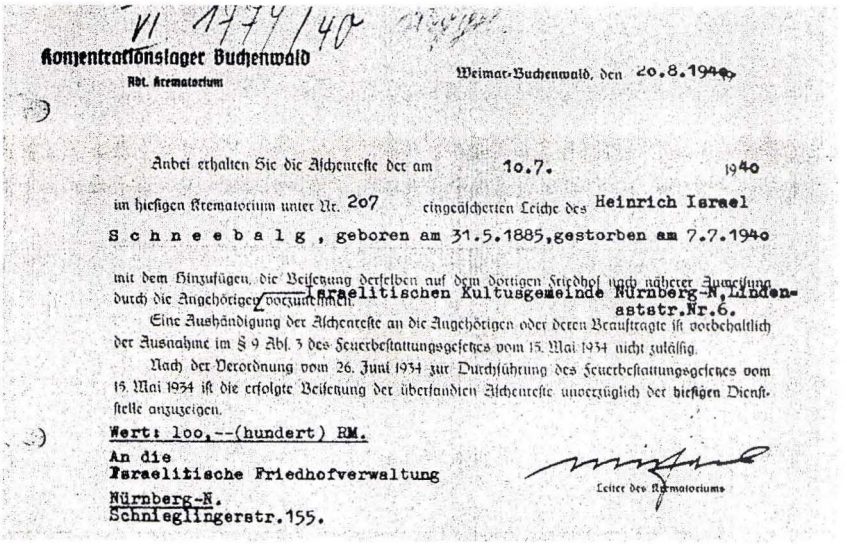
Keineswegs einhellig ablehnend verhielt sich dagegen die evangelische Kirche. So schrieb Hans Meiser, der damalige Direktor des Predigerseminars in Nürnberg – 1933 wurde er Landesbischof – schon 1926 im „Evangelischen Gemeindeblatt Nürnberg": „Es ist etwas durchaus Ungesundes, wenn immer mehr Volksgenossen den wenigen Juden tribut- und zinspflichtig werden (...). Es liegt etwas durchaus Berechtigtes in der Forderung nach Reinhaltung des Blutes. So wenig wir Mischehen etwa mit naturalisierten Slawen gutheißen, so wenig können wir Mischehen zwischen Deutschstämmigen und Juden billigen (...). Darum können wir uns mit den völkischen Idealen weithin einverstanden erklären und halten es für einen Gewinn, wenn unser Volk durch die völkische Bewegung wieder an seine Pflicht gegen die eigene Art und das eigene Blut erinnert wird."

So völkisch Meiser hier auch argumentiert hatte, lehnte er doch die aus diesem Denken resultierenden Ausschreitungen ab: „Vor allem können wir denen keine Gefolgschaft leisten, die den Juden bloß um ihrer Rasse willen von vornherein und ohne Ausnahme als minderwertigen Menschen ansehen." Meiser stand mit dieser Einstellung in der evangelischen Kirche nicht allein, so daß neutrale Pfarrer als Ausnahmen auffielen. Zu ihnen gehörte der Hauptprediger der Sebalduskirche, Dr. Christian Geyer. Zu seinem 25jährigen Amtsjubiläum schrieb deshalb die Luppe nahestehende „Nürnberg-Fürther-Morgenpost" am 25. August 1927: „In einer Kirche, in der man nicht selten glaubt, echtes Christentum und Antisemitismus gehören zusammen und es gebe nur eine bestimmte patentierte Vaterlandsliebe, ist darum eine Erscheinung wie Dr. Geyer in seiner großzügigen gegensätzlichen Auffassung doppelt erfreulich und notwendig."

Gegen Ende der Weimarer Republik waren schon erhebliche Teile des Bürgertums dem Antisemitismus verfallen. Jüdische Familien hatten bereits Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, die Kultusgemeinde mußte um die Verwendung öffentlicher Gebäude für Veranstaltungen kämpfen. Durch die Verteilung von Listen mit „arischen" Geschäften versuchten die Nazis, jüdische Firmen zu boykottieren. Immer wieder wurden Juden auf den Straßen mißhandelt, so z.B. im Juli 1932 ein aus Jerusalem stammender Rabbiner, der in Nürnberg zu Gast weilte.

Die jüdischen Schulkinder wurden längst – in den staatlichen Schulen – terrorisiert. Das „Israelitische Gemeindeblatt" schrieb 1932: „Der größte Teil unserer Mitschüler dagegen ist, bis herab zu den Jüngsten, vom Nationalsozialismus ergriffen und behandelt die Juden als Menschen zweiter Klasse, gegen die man mit Sticheleien oder bestenfalls geistigen Auseinandersetzungen vorgeht. Dieser Kampf, der sich täglich erneut und um jede Kleinigkeit wieder entbrennt, diese Gehässigkeit, die in jeder Lebensäußerung des Juden Stoff zum Angriff sieht, bedeutet für Menschen zwischen 12 und 17 Jahren eine kaum zu ertragende seelische Belastung. Die ständigen Anfechtungen drohen den moralischen Widerstand des jungen Juden zu brechen, ihn haltloser Verzweiflung preiszugeben."

Die Machtergreifung



VI 1774/40

Konzentrationslager Buchenwald
Abt. Krematorium

Weimar-Buchenwald, den 20.8.1940

Anbei erhalten Sie die Aschenreste der am 10.7. 1940
im hiesigen Krematorium unter Nr. 207 eingeäscherten Leiche des Heinrich Israel
Schneebalg, geboren am 31.5.1885, gestorben am 7.7.1940
mit dem Hinzufügen, die Beisetzung derselben auf dem dortigen Friedhof nach näherer Anmeldung durch die Angehörigen vorzunehmen. Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg-N, Lindenaststr. Nr. 6.

Eine Aushändigung der Aschenreste an die Angehörigen oder deren Beauftragte ist vorbehaltlich der Ausnahme im § 9 Abs. 3 des Feuerbestattungsgesetzes vom 15. Mai 1934 nicht zulässig.

Nach der Verordnung vom 26. Juni 1934 zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes vom 15. Mai 1934 ist die erfolgte Beisetzung der übersandten Aschenreste unverzüglich der hiesigen Dienststelle anzuzeigen.

Wert: 100.--(hundert) RM.

An die
Israelitische Friedhofverwaltung
Nürnberg-N.
Schnieglingerstr. 155.

Leiter des Krematoriums

Benachrichtigung an die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg über einen „Todesfall" im Konzentrationslager Buchenwald.

Am 9. März 1933 wurde General Ritter von Epp in München als Reichskommissar für Bayern eingesetzt. Analog vollzog sich die Machtergreifung in Nürnberg. Nach inszenierten Massenaufläufen erzwang Streicher das Aufziehen von Hakenkreuzfahnen auf dem Rathaus und dem Polizeipräsidium, wozu die Glocken von St. Lorenz und St. Sebald läuteten. Oberbürgermeister Luppe ließ sich am 12. März beurlauben. Am 18. März wurde er verhaftet und bis zum 23. April in „Schutzhaft" gehalten. Am 16. März war der Fraktionsführer der NSDAP, Willy Liebel, den Luppe noch am 1. März durch die Polizei hatte aus dem Stadtrat entfernen lassen, von der Regierung zum „kommissarischen" Oberbürgermeister ernannt worden. Das demokratische Nürnberg war am Ende.

Für die Nürnberger Juden war nun die Zeit brutaler Verfolgung angebrochen. Bernhard Kolb, der Sekretär der Israelitischen Kultusgemeinde, berichtete: „Schon im März 1933 wurde eine große Anzahl der Gegner Streichers verhaftet. Ich erinnere mich besonders an den Fall des Nürnberger Rechtsanwalts Rosenfelder, der wiederholt in Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen gegen Streicher aufgetreten war. Bald nach seiner Verhaftung wurde Rosenfelder nach Dachau überführt und dort umgebracht. Außer Rosenfelder wurde im gleichen Monat auch eine Anzahl jüngerer Juden verhaftet und nach Dachau gebracht. Unter ihnen war ein gewisser Benario, Arthur Kahn, Dr. Theodor Katz von Nürnberg, Goldmann von Fürth und Kahn von München. Auch diese wurden im Lager später getötet. Ich wurde in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde stets davon verständigt, daß die Leichen der Getöteten im Lager Dachau abgeholt werden könnten. Ich habe auf solche Mitteilungen hin den Leichenwagen nach Dachau geschickt und die Leichen auf den hiesigen jüdischen Friedhof bringen lassen. Obwohl die Särge verschlossen waren, habe ich sie öffnen lassen. Ich habe die Leichen identifiziert und außerdem festgestellt, daß die Verstorbenen durch Schüsse getötet worden waren."

Wie Kolb weiter bezeugt, mußte er 1933 und danach noch öfter ermordete Juden aus Dachau abholen. Etwa 1935 sei dann in Dachau ein Krematorium eingerichtet worden. Danach wurden nur noch die Urnen mit der Asche der Getöteten an die Kultusgemeinde geschickt. Kolbs Angaben wurden von anderen Häftlingen bestätigt. So war der praktische Arzt Dr. Theodor Katz vom Untersuchungsgefängnis aus nach Dachau verschleppt worden, hatte dort zunächst als Lagerarzt gearbeitet und war dann grausam erschlagen worden. Auch von den anderen von Kolb genannten Juden überlebte kein einziger das Dritte Reich.



Rosalie Sara Arnold starb
im Konzentrationslager.

In Dachau wurden die Juden häufig gefoltert. Üblich war Aufspannen auf einen Bock mit Auspeitschungen. Manche Juden mußten ihren Kot essen und Urin trinken, viele wurden totgeprügelt. Dabei beschränkten sich die Nazis mit diesen für die Menschheit des 20. Jahrhunderts unvorstellbaren Praktiken nicht einmal auf die Abgeschlossenheit der Konzentrationslager. Kolb berichtete dazu: „Am 20. Juli 1933 wurden ungefähr 300 Juden, meistens Mitglieder der Loge B'ne B'rith, aus den Häusern geholt und verhaftet. Sie wurden durch die Straßen geführt, geschlagen und schließlich nach einem SA-Sportplatz im Süden Nürnbergs gebracht. Unter ihnen mehrere mit 70 Jahren und mehr. Sie wurden zu erniedrigendsten Arbeiten gezwungen und schließlich mußte eine Anzahl mit den Zähnen Gras ausrupfen. Es wurde den Juden verboten, etwas darüber zu sagen."

Außer diesen entsetzlichen Verfolgungen schritten die Nazis bald auch zu „legalen" Maßnahmen. Die erste reichseinheitliche Großaktion war der am 1. April durchgeführte „Boykottag" gegen jüdische Geschäfte. Anlaß boten einige Proteste, die bereits im März im Ausland gegen die antisemitischen Ausschreitungen im Reich laut geworden waren. In völliger Verdrehung der Tatsachen wurden ein „Zentralkomittee zur Abwehr jüdischer Greuel- und Boykottpropaganda" gebildet, das nun den wirklichen Boykott organisierte. Ab zehn Uhr vormittags wurden vor jedes jüdische Geschäft „Wachen" von SA- oder SS-Männern gestellt, die sich in der bekannt üblen Weise aufführten. Nichtjüdische Geschäfte waren mit Hakenkreuz oder Reichsfahnen versehen. In Nürnberg wurde die Kultusgemeinde nach dem Boykott sogar gezwungen, die Aufwendungen der Wachmänner zu bezahlen.

Es folgte die Ausschaltung der jüdischen Beamten, die mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 erreicht wurde. Als städtische Beamte waren in Nürnberg fast nur Ärzte betroffen, die übrigens schon am 1. April vorläufig entlassen worden waren. Die bekanntesten unter ihnen waren Prof. Dr. Nathan, der Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Krankenhauses, und der Stadtschularzt Dr. Mainzer. Am gleichen 7. April wurde auch das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft" erlassen, das den meisten Juden – mit einigen Ausnahmen – die Anwaltspraxis verbot. Ab 1. Juli mußte die kassenärztliche Vereinigung die Zulassung „nichtarischer" Ärzte und Zahnärzte als beendet erklären lassen. Die Nürnberger Ärzteschaft war hier der Reichsentwicklung insofern vorausgeeilt, als schon am 26. März alle jüdischen Ärzte im Ärztlichen Bezirksverein gezwungen wurden, ihre Ämter niederzulegen. Auch aus dem übrigen öffentlichen Leben wurden die Juden schon damals verbannt. Unter diesen Umständen blieb den Juden nichts anderes übrig, als ihr Heil in der Auswanderung zu suchen.

Am 1. Februar 1933 wohnten in Nürnberg 8266 Juden, bei der Volkszählung vom 16. Juni 1933 waren es nur noch 7502. Demnach hatte die erste Auswanderungswelle schon damals eingesetzt. Den Angaben des Statistischen Amtes aus dem Jahr 1940 nach, setzte sich diese Entwicklung wie folgt fort: Bis März 1934 zogen 1476 Juden weg, bis März 1935 837, bis März 1936 352, bis März 1937 409, bis März 1938 298, bis März 1939 1409, bis Dezember 1939 857. Am 1. Januar 1940 lebten noch 2628 Juden in Nürnberg. Im gleichen Bericht finden sich auch Angaben über die Länder, in die Nürnberger Juden auswanderten. 81 Prozent emigrierten in die folgenden fünf Staaten: 1030 in die USA, 572 nach England, 226 nach Palästina und je 118 nach Holland und Frankreich.

Die Nürnberger Gesetze

Am 15. September 1935 wurden – auf einer Sondersitzung des Deutschen Reichstags während des gleichzeitig stattfindenden Reichsparteitags – die „Nürnberger Gesetze" erlassen, die seither den Namen unserer Stadt belasten. Es handelte sich um zwei Gesetze: Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" und das „Reichsbürgergesetz". Das Blutschutzgesetz legte den Judenbegriff bis hin zum Viertel- und Achteljuden juristisch fest, verbot Ehen und den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und „Ariern" und bedrohte „Blutschänder" mit schweren Strafen bis hin zur Sterilisation und zur Todesstrafe. Das zweite Gesetzeswerk erfand die Eigenschaft des „Reichsbürgers", die den Juden natürlich verwehrt wurde. Jetzt waren die Juden auch kraft Gesetzes als Einwohner minderen Rechts deklariert.

Die „Nürnberger Gesetze" sind übrigens auch ein Beispiel für die nahezu unvorstellbare Inkompetenz, mit der die Spitzen des Dritten Reiches ihre Gesetzgebung erledigen ließen. Nur zwei Tage vor der Reichstagssitzung war dem Ministerialrat Lösener mitgeteilt worden, daß er zusammen mit dem Staatssekretär Stuckart ein Judengesetz zu entwerfen habe. Das ebenfalls auf dem Reichsparteitag zu verabschiedende „Reichsflaggengesetz" sei Hitler für die festliche Reichstagssitzung zu mager, er wolle ein Gesetz, das Ehen zwischen Juden und „Ariern", den außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Juden und die Beschäftigung von Dienstmädchen durch Juden verbiete. Das Reichsbürgergesetz war Hitler erst einen Tag vor dem Erlaß eingefallen, sein Entwurf mußte innerhalb einer einzigen Stunde zusammengeschustert werden. Nach den Nürnberger Gesetzen berichtete der Rechtsanwalt Dr. Blum, Reichsbankpräsident Schacht habe dem Nürnberger Bankier Dr. Kohn und anderen mit ihm befreundeten Juden vorher stets zum Aushalten geraten. Jetzt habe er dagegen empfohlen, „zu retten, was noch zu retten war und auszuwandern". Blum weiter: „Leider war ich selbst noch der Meinung, daß die Juden nur mit legalen Mitteln ausgeschaltet würden. Ich glaubte nicht an die Möglichkeit von Pogromen". Für die Rechtsverhältnisse in Nürnberg war es besonders abträglich, daß hier der Richter und Streicherfreund Rothaug als Vorsitzender des Sondergerichtes tätig war. Nach vielen schlimmen Urteilen seit 1935, in denen er fast immer die Höchststrafen verhängt hatte, verurteilte er 1943 den 68-jährigen Vorsitzenden der Kultusgemeinde, Leo Katzenberger, u.a. wegen Rassenschande zum Tod. Wegen seiner verbrecherischen Prozeßführung wurde er 1947 im „Nürnberger Juristenprozeß" zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt aber bald darauf begnadigt. Seine beiden Beisitzer wurden 1968 mit drei bzw. zwei Jahren Gefängnis bestraft. 1940, ein Jahr nach seiner geglückten Auswanderung nach Palästina, beschrieb der Nürnberger Rechtsanwalt Rudolf Bing ebenfalls die Verhältnisse nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze. Dabei erwähnte er auch die Tätigkeit Rothaugs: „Das Unglück und das Leid, das die Schaffung der Rassengesetze und die Bluturteile wegen Rassenschande erzeugt haben, ist unbeschreibbar. Anfangs sträubte sich bei vielen Richtern das natürliche Empfinden und sie sprachen nicht allzu hohe Gefängnisstrafen aus, mit der Folge, daß nach Verbüßung der Strafe die Unglücklichen ins Konzentrationslager kamen. In Nürnberg amtiert ein hoher Richter, der sich bei einer Urteilsverkündung den Satz leistete: ‚Rassenschande ist schlimmer als Mord.' Das Sondergericht, dessen Vorsitzender er war, verhängte in diesen Fällen niemals eine Strafe unter fünf Jahren Zuchthaus".

Der Pogrom 9. November 1938



Antisemitischer Wagen bei einem Faschingsumzug 1938 in Nürnberg.

Rechte Seite:
Die in der Reichskristallnacht am 9. November 1938 zerstörte Synagoge in der Essenweinstraße 7.

1938 fühlten sich Hitler und die anderen Machthaber des Dritten Reiches stark genug, den nächsten Schritt auf ihrem verbrecherischen Weg zur Vernichtung der Juden zu gehen. Viele Juden dachten damals noch, daß sich ihr Los nach Erlaß der Nürnberger Gesetze nicht mehr verschlimmern könnte. Sie mußten jetzt erkennen, daß sie sich getäuscht hatten. Erstes Ziel der neuen „Politik" war die endgültige Ausschaltung der Juden aus der Öffentlichkeit und die Beschlagnahmung ihrer Vermögen. Als Vorbereitung für eine reichseinheitliche „Zwangsarisierung" wurde bereits am 26. April 1938 die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden" erlassen. In diesem Zusammenhang war offensichtlich auch eine weitere Verschärfung der Terrormaßnahmen geplant, die dann in dem Pogrom vom 9. November gipfelten.

Die Tatsache, daß die „Reichskristallnacht" schon Monate vor dem Anschlag Herschel Grünspans auf Ernst vom Rath am 7. November vorbereitet worden war, wird gerade durch die Ereignisse in Nürnberg verdeutlicht. Bereits am 18. Juni 1938 wurde der Kultusgemeinde von der Stadtverwaltung mitgeteilt, sie habe sofort freiwillig dem Abbruch der Synagoge zuzustimmen. Bernhard Kolb berichtet: „Nach einer langen Aussprache wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß keine jüdische Verwaltung freiwillig ihr Gotteshaus aufgeben werde und man nur der Gewalt weichen würde. Dieser Entschluß der Verwaltung wurde der Stadtverwaltung schriftlich mitgeteilt. Die nächsten Tage waren alle Beteiligten von schwerer Sorge erfüllt, denn man müßte gegebenenfalls mit der Festnahme aller Verwaltungsmitglieder rechnen."

Die Stadt wollte aber diesmal offenbar den Eindruck von Gewalt vermeiden. Deshalb versuchte sie noch mehrmals, die Kultusgemeinde umzustimmen. Erst am 3. August ließ Liebel die Enteignung



beschließen, und in einer Kundgebung am 10. August auf dem Hans-Sachs-Platz wurde mit dem Abbruch begonnen. Es sprachen Liebel und Streicher. Dazu die parteiamtliche „Fränkische Tageszeitung“: „Auf die Frage des Gauleiters, ob das Haus mit seinem orientalischen Stil in diese deutsche Stadt hineinpasse, antwortete ihm ein tausendfaches ‚Nein‘.“ Dann sagte er wörtlich: „Ich prophezeie hier: Es wird niemals der Augenblick kommen, auch nicht in 500 Jahren, an dem jemand, der meinen Namen trägt, den Juden die Pforten zu einer neuen Synagoge öffnen wird, wie es 1874 jener Freiherr von Stromer tat.“

Der Gauleiter spielte dabei auf den oben erwähnten Vorgang anläßlich der Eröffnung der Synagoge an, bei dem der Erste Bürgermeister Otto Freiherr von Stromer auf seinen Vorfahren Ulrich Stromer und dessen Mitschuld an dem Pogrom von 1349 hingewiesen hatte. Während der Bürgermeister 1874 die inzwischen eingetretene „Vermehrung der Gesittung und der Humanität“ begrüßt hatte, brüllte der „Frankenführer“ jetzt seine gegenteilige Auffassung in die aufgehetzte Versammlung. Die Tatsache, daß ihm damals so viele Nürnberger zustimmten, erfüllt uns heute mit Scham und Trauer.

War die Zerstörung der Nürnberger Hauptsynagoge überwiegend ein Werk Streichers und seiner fränkischen Kumpane, so wurde der nun folgende Pogrom in der sogenannten „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 zentral von Reichspropagandaminister Goebbels gesteuert. Zwei Tage nach dem Attentat auf den deutschen Gesandschaftsrat in Paris war die Nachricht von dessen Tod veröffentlicht worden. Jetzt ließ Goebbels die Aktion starten. Dabei sollte der Eindruck erweckt werden, daß es sich um einen spontanen Ausbruch der Volksempörung handle. Die Partei wollte nicht als Organisator erkannt werden. Zwischen 23 und 24 Uhr erhielten die SA-Stellen die Einsatzbefehle, um 1 Uhr gab der Chef des Sicherheitshauptamts, Heydrich, die Order, daß sich die Polizeistellen nach den Weisungen der Propagandaämter zu richten hätten. Demnach führte die Partei den Pogrom durch, die Polizei griff nicht ein.

Einen der umfassendsten Berichte über die Ereignisse in Nürnberg verdanken wir wieder dem Geschäftsführer der Kultusgemeinde, Bernhard Kolb: Die SA versammelte sich um Mitternacht auf dem Hauptmarkt. Zunächst wurden die Läden demoliert. Dann wandten sich die SA-Männer – mit Revolvern und Dolchen, aber auch mit Einbruchswerkzeugen bewaffnet – den Wohnungen zu. Derjenige Bewohner, den sie dort als ersten antrafen, wurde mißhandelt – gleichgültig, ob es sich um Männer, Frauen oder Kinder handelte. Möbel und Kunstgegenstände wurden zerstört, Geldbeträge, Wertpapiere und Sparbücher konfisziert. 160 Personen wurden ins Polizeigefängnis getrieben. Einige dorthin geschleppte Frauen kamen nach Stunden wieder frei, die Männer wurden später in eine Turnhalle gesperrt. Am nächsten Tag brachte die SA alle Männer unter 60 Jahren – darunter auch einige Fürther Juden – nach Dachau.

Kolb fährt fort: „Ich selbst wurde in der Nacht von Gestapo-Beamten verhaftet und von SA-Männern, die vorher gewaltsam in meine Wohnung eingedrungen waren, durch Schläge ins Gesicht und auf den Kopf verletzt und im Kraftwagen in das Büro der Israelitischen Kultusgemeinde gefahren. Ich kam dann mit den anderen Verhafteten ins Zellengefängnis, wo nach und nach andere gefangene Juden eintrafen. Viele trugen Spuren schwerster Mißhandlungen. So sah ich einen Sigmund Oppenheimer aus Nürnberg, einen Mann von über 80 Jahren, der vollkommen mit Blut überströmt war; seine Kopfhaut

war gespalten. Ein gewisser Dingfelder, 77 Jahre alt, wurde auf die Straße ohne Schuhe geführt und mußte, nur mit einer Hose bekleidet, barfuß in der Kälte gehen. Ich sah ferner einen gewissen Albert Heimann und Josef Seemann, welche beide schwer mißhandelt waren. Heimann hatte einen Bluterguß, der durch Schläge auf die Schädeldecke entstanden war; sein Gesicht war schwarz gefärbt. Ebenso habe ich schwer mißhandelte Frauen gesehen."

„Ich erinnere mich weiter eines Fritz Lorch, der am Tage vorher im jüdischen Krankenhaus Fürth operiert worden war, in der Nacht aus dem Bett gezogen und so schwer geschlagen wurde, daß er bald danach verstarb. Ein Paul Astruck aus Nürnberg wurde ebenfalls aus seinem Bett geholt, in einen Wald nahe bei Nürnberg verschleppt und später nahezu tot aufgefunden. Ein Paul Lebrecht, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirckheimerstraße 20, wurde erschlagen; man versuchte, ihn hierauf auf den Hof zu werfen, er blieb aber mit seinen Kleidern an dem eisernen Gitter des Balkons hängen, wo er tot aufgefunden wurde. Nathan Langstadt, in Nürnberg, Rankestraße 47 wohnhaft, wurde mit durchschnittener Kehle im Badezimmer seiner Wohnung aufgefunden. Simon Loeb, wohnhaft in Nürnberg, Mittlere Pirckheimerstraße 22, wurde ebenfalls in seiner Wohnung tot aufgefunden. Jakob Spaeth, Nürnberg, Hochstraße 33, wurde die Treppe hinuntergeworfen, wo er tot liegenblieb."

„So sind am 10. November 1938 eines gewaltsamen Todes gestorben außer den bereits genannten Fritz Lorch, Paul Lebrecht, Simon Loeb, Jakob Spaeth, Nathan Langstadt noch Willi Behrends, Friedrich Katz, Emma Ullmann und Siegfried Selling. Am gleichen Tag wurde vom Leichenbeschauer der Selbstmord der folgenden Juden und Jüdinnen beurkundet: Martin Herrmann, Hedwig Süßheim (Witwe des 1933 verstorbenen Stadtrats), Marie Schloss, Luise Hartner, Isidor Sturm, Geh. Sanitätsrat Dr. Frankenburger, Geh. Justizrat Dr. Frankenburger."

„Alle diese Tatsachen sind mir in meiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Israelitischen Kultusgemeinde bekanntgeworden. Die Leichen der Getöteten wurden auf dem Israelitischen Friedhof in Nürnberg beerdigt."

Die Zahl der Todesopfer läßt sich nicht genau angeben. Liebel soll im Stadtrat gesagt haben, daß 26 Nürnberger Juden den Pogrom nicht überlebt hätten. Im Stadtratsprotokoll wurde diese Passage unterschlagen, doch aus den Standesamtsregistern ist zu entnehmen, daß die Zahl der während und kurz nach dem Pogrom verstorbenen Juden sogar noch höher liegt. Weil aber hier keine Todesursachen angegeben wurden, kann der Zusammenhang der Todesfälle mit der Mord-Aktion der SA nicht exakt festgelegt werden. Todesanzeigen durften die jüdischen Hinterbliebenen nicht veröffentlichen.

Außer den beschriebenen Verbrechen beging die SA in dieser Nacht auch Brandstiftung. Die orthodoxe Synagoge in der Essenweinstraße wurde – wie auch die Fürther und die meisten anderen Synagogen in Deutschland – niedergebrannt. Die schon vorher verständigte Feuerwehr durfte nur das Übergreifen des Brandes auf die anliegenden Häuser verhindern.

Die Pressemeldungen entsprachen der einheitlichen Sprachregelung. Der „Fränkische Kurier" schrieb, die Nachricht vom Tod des Gesandschaftsrats von Rath hätte die stärkste Erregung der Bevölkerung ausgelöst: „Diese Empörung steigerte sich im Lauf des Abends und der Nacht zu Aktionen

gegen die in Nürnberg und Fürth wohnenden Juden. Die Synagoge in der Essenweinstraße und die Synagoge in Fürth ... wurden in Brand gesteckt. Die beiden Synagogen sind im Inneren völlig ausgebrannt; die sofort herbeigeeilte Feuerwehr verhinderte jede Ausdehnung des Brandes. Die Judengeschäfte wurden demoliert, die Scheiben wurden eingeschlagen und der Inhalt der Läden wurde durcheinandergeworfen. Zu Plünderungen ist es nirgends gekommen."

Die Nazis hätten nicht zynischer lügen können. Rudolf Bing, aus dessen 1940 geschriebenem Bericht wir bereits zitiert haben, schilderte die unvorstellbaren Verwüstungen in seiner Wohnung und in seiner Kanzlei und fuhr dann fort: „In der ganzen Stadt boten die meisten jüdischen Wohnungen den gleichen Anblick. Vor allem waren aber die Läden vollständig demoliert. Bald hörte man aber noch viel traurigere Botschaften. Am Nachmittag des Vortages hatte meine Frau drei Jugendfreundinnen bei sich gesehen, mit denen sie sich regelmäßig einmal im Monat traf. Der Ehemann der einen war in dieser Nacht vor den Augen seiner Frau erschlagen worden, sie selbst lag mit schweren Verletzungen im Gesicht im Krankenhaus. Der Ehemann der zweiten war im Gesicht und am Kopf verletzt worden, schwebte monatelang zwischen Leben und Tod und behielt als dauernde Folge eine Lähmung des einen Arms und erhebliche Sprachstörungen. Der Ehemann der dritten aber war aus seiner Wohnung geholt worden und befand sich auf dem Transport nach Dachau ins Konzentrationslager."

Zwei Begebenheiten dürfen nicht verschwiegen werden. Als Intimfeind Streichers setzte der Nürnberger Polizeipräsident, Dr. Benno Martin, ein „Kriminalkommando zur Verfolgung der Roheits- und Eigentumsdelikte" ein, das tatsächlich zur Verurteilung des SA-Sturmführers und Ehrenzeichenträgers Hering zu fünf Jahren Zuchthaus führte. Und einen anderen Protest äußerte Pfarrer Wilhelm Geyer, der am Sonntag nach dem Pogrom in der Lorenzkirche gegen das den Juden angetane Urteil Stellung nahm. Anschließend traten er und die anderen Geistlichen der Lorenzkirche vor den Altar und sprachen die zehn Gebote.



Ausflug der 7. und 8. Klasse der jüdischen Schule in der Oberen Kanalstraße. Ziel dieses Ausfluges im Schuljahr 1937/38 war die Fränkische Schweiz.

Die „Arisierungen“

Wie bereits ausgeführt, war eines der Hauptziele der verstärkten Verfolgung der Juden von 1938 die Einziehung ihrer Vermögenswerte für den Staat. Durch Streicher und seine Genossen war die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben in Franken schon früher als im restlichen Reich betrieben worden. Unter dem Stichwort „Arisierung“ waren die Juden gezwungen worden, ihre Betriebe an Nichtjuden zu verkaufen, wobei sie immer große Verluste erlitten. Eine der zentralen Figuren war dabei der „Gauwirtschaftsberater“ Strobl, der zugleich auch als Präsident der Industrie- und Handelskammer fungierte. Entgegen der Gesetzeslage mußten bei ihm alle Arisierungsanträge eingereicht werden. Die eigentlich zuständige Regierung in Ansbach wurde jeweils nur formell eingeschaltet.

So waren die meisten jüdischen Firmen Nürnbergs schon vor dem November 1938 arisiert worden. Der Stellvertretende Gauleiter Holz kam jetzt auf die Idee, den Juden auch ihre Häuser, Grundstücke und Autos abzunehmen. Die SA richtete deshalb eine „Arisierungsstelle“ ein, in der die Juden unter Mißhandlungen und Drohungen veranlaßt wurden, ihre Besitztümer Käufern zu überlassen, die ihnen von der Gauleitung genannt wurden. Damit kam der „Frankenführer“ aber den Stellen in die Quere, die die Juden zugunsten des Reichs berauben wollten. Deshalb setzte Göring am 10. Februar 1939 eine Kommission ein, von der alle im Machtbereich Streichers vorgenommenen Arisierungen seit dem 9. November 1938 geprüft wurden. Sie stellte fest, daß u.a. mindestens 569 Grundstücke im Gesamtwert von 12 bis 15 Millionen Mark „ungesetzlich“ arisiert worden waren. Den betroffenen Juden half diese Erkenntnis nichts. Die erzwungenen Verkäufe wurden zwar zu 10 Prozent ihres Wertes rückgängig gemacht, doch mußten die rückerstatteten Objekte jetzt „normal“ arisiert werden.

Aus Anlaß des Arisierungs-Skandals geschah Streicher nichts. Sein Stern befand sich damals aber schon wegen vieler anderer Mißgriffe – nicht nur sexueller Natur – im Sinken. Er hatte sich bei fast allen Nazi-Größen verhaßt gemacht, nur nicht bei seinem Duzfreund Hitler. Auf Betreiben Dr. Martins, der dabei sogar von Liebel unterstützt wurde, war er bereits im November 1938 auf einer Gauleitersitzung gemaßregelt worden. Erst als er ein im Herbst 1939 von Hitler erlassenes Redeverbot mißachtete, ließ ihn dieser am 13. Februar 1940 absetzen. Sein „Stürmer“ blieb ihm aber bis Kriegsende erhalten. Vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg wurde er 1946 zum Tod verurteilt und hingerichtet.

An dieser Stelle muß kurz auf das Verhalten des Polizeipräsidenten Dr. Benno Martin eingegangen werden. Viele jüdische Zeugen bestätigten nach dem Krieg, daß er und seine Gestapo öfters versucht hatten, ihnen und ihren Leidensgenossen zu helfen oder wenigstens die Mißgriffe der SA abzumildern. Dabei ist natürlich zu bedenken, daß niemand allein dadurch zum Ehrenmann wird, nur weil er Streichers Feind war. Aber: Wieviele Nürnberger in leitenden Stellen haben sich so weit exponiert wie Dr. Martin? Von 1945 bis 1949 befand er sich zunächst in amerikanischer, dann in deutscher Untersuchungshaft. In dieser Zeit stand er mehrmals vor Gericht und vor der Spruchkammer. Schließlich wurde er freigesprochen.

Die Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg



Ein gelber Tuchfleck, der sogenannte „Judenstern" entschied über Leben oder Tod.

Am 30. Januar 1939 hatte Hitler im Reichstag erklärt: „Ich will heute wieder ein Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Heute wissen wir, daß Hitler seine Drohung mit der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" wörtlich gemeint hat. Er hatte ursprünglich gehofft, einen auf Europa begrenzten Krieg führen zu können. Der Kriegseintritt Amerikas sollte durch die auf die europäischen Juden bezogene Morddrohung verhindert werden – sie wurden damit zu Hitlers „Geiseln". Erst als die US-Marine am 11. September 1941 einen unerklärten Krieg gegen deutsche U-Boote begann, der am 11. Dezember 1941 zur offiziellen Kriegserklärung Hitlers an die USA führte, wurde die endgültige Vernichtung der Juden beschlossen. Die Durchführung des Massenmords regelte dann die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Die eingetretenen historischen Ereignisse bezeugen, daß Hitler sich wirklich durch solche „Gedanken" leiten ließ. Kein sittlich denkender Mensch kann sie ohne Entsetzen nachvollziehen. Hitler hat sie aber nicht nur vor der ganzen Welt im Rundfunk ausgesprochen, er hat sie sogar mehrmals wiederholt. Niemand unter den damals lebenden Deutschen darf deshalb sagen: „Sieh', wir wußten nichts davon."

Die weiteren Schicksale der Nürnberger Juden und ihr tausendfacher Tod vollzogen sich im Rahmen dieser grauenhaften Verhältnisse. Mit dem Kriegsbeginn am 1. September 1939 waren die Schikanen gegen die Juden noch verstärkt worden. Sie erhielten weniger Lebensmittel, die sie nur in

Durchgangslager Nürnberg-Langwasser. Hier wurden ab Ende November 1941 jüdische Bürger aus dem gesamten fränkischen Raum zusammengetrieben, um – wie es in der nationalsozialistischen Sprachregelung hieß – „amtlich präpariert und reisefertig" gemacht zu werden. Das, was zynisch „Reise" genannt wurde, war der direkte Transport in die Konzentrations- und Vernichtungslager im Osten. (Archiv Gortner)


ansportladen
AKT.-G
Uhr-Mö ransport-Lagerung
FERNRUF:
26741

bestimmten Läden kaufen durften. Ab 1940 erhielten sie keine Kleiderkarten mehr. Radiohören war ihnen grundsätzlich verboten worden, Mithören bei Nichtjuden wurde streng bestraft. Abends und in der Nacht durften sie nicht mehr ausgehen. Ab März 1941 wurden sie zu Zwangsarbeiten in den Rüstungsbetrieben verpflichtet. Seit dem 15. September des gleichen Jahres mußten alle über sechs Jahre alten Juden den „Judenstern" auf ihrer Kleidung tragen.

Nach der Zerstörung der Synagogen fanden die Gottesdienste in der Turnhalle des jüdischen Schulhauses, Obere Kanalstraße 25, statt. Der orthodoxen Gemeinde wurde zu diesem Zweck ein Schulzimmer im ersten Stockwerk zugewiesen. Weil das Gebäude schon 1938 zwangsarisiert worden war, versuchte der neue Besitzer, diese Räume selber zu nutzen. Ab Herbst 1941 durfte nur noch die Turnhalle verwendet werden. Jetzt wurden die beiden Gottesdienste nacheinander gehalten. Nach einigen Zwischenlösungen mußte die Heilige Lade in ein Bürozimmer des zweiten Stocks gebracht werden. Schon seit 1939 hatten beide Gemeinden keinen Rabbiner mehr. Deren Aufgaben übernahm nun, neben anderen Gemeindegliedern, der Lehrer Julius Neuberger. Er wurde 1944 in Auschwitz, seine Frau gemeinsam mit ihrem zwei Tage alten Sohn 1945 in Bergen-Belsen ermordet.

Am 1. Januar 1940 lebten in Nürnberg noch 2628 Juden. Bis zum Herbst 1941 gelang es noch rund 800 von ihnen, unter unvorstellbaren Schwierigkeiten ihre Auswanderung zu bewerkstelligen. Die deutschen Seehäfen waren bei Kriegsbeginn sofort geschlossen worden. Nach dem Überfall auf Holland und Belgien blieben nur noch die Wege über Rußland und Japan und über Südfrankreich. Der ehemalige Vorsitzende des Jüdischen Centralvereins, Dr. Walter Berlin, bestätigte nach dem Krieg, daß durch Vermittlung des Polizeipräsidenten Dr. Martin plombierte Züge durch Südfrankreich organisiert wurden, mit denen Angehörige der Nürnberger Kultusgemeinde nach Spanien gelangten. Bald darauf wurde jede Auswanderung verboten. Die „Endlösung der Judenfrage" hatte begonnen.

Der erste Vernichtungstransport verließ Nürnberg am 29. November 1941. Er bestand aus 512 Angehörigen der Kultusgemeinde im Alter unter 65 Jahren. Zusammen mit etwa 500 Juden aus anderen fränkischen Gemeinden wurden sie in das KZ Jungfernhof bei Riga verbracht. Von ihnen überlebten 17. Die restlichen 426 Nürnberger Juden im Alter unter 65 Jahren wurden am 25. März 1942 nach Izbica, Kreis Lublin, deportiert. Sie starben alle, ebenso wie die 23 Nachzügler, die am 23. April 1942 nach Krasnicin, Kreis Lublin, verschickt wurden. 533 über 65 Jahre alte Nürnberger Juden wurden am 10. September 1942 nach Theresienstadt gebracht. Von ihnen kehrten 26 zurück. Am 18. Juni 1943 wurden 16 Nürnberger Juden nach Auschwitz und 14 nach Theresienstadt transportiert, am 17. Januar 1944 noch einmal zehn ebenfalls nach Theresienstadt. Von diesen 40 Deportierten erlebten neun ihre Befreiung. 67 Nürnberger Juden waren in andere Konzentrationslager verbracht worden. Von ihnen kamen zehn zurück. 36 jüdische Nürnberger zogen in verschiedene Orte in Deutschland oder nach Holland und wurden von dort in Lager verschleppt. Von ihnen kehrten ebenfalls nur zehn zurück.

Somit konnten von 1631 aus Nürnberg deportierten Juden nur 72 gerettet werden. Zu den 1559 ermordeten Deportierten sind noch einmal 67 Mitglieder der Kultusgemeinde zu zählen, die ihr Leben bei den anderen Mordaktionen seit 1933 verloren haben. Im Ganzen wurden demnach 1626 Nürnberger Juden im Dritten Reich ermordet.

Diese Zahl ermittelte das Einwohnermelde- und Paßamt in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg. Zum Gedenken an die Ermordeten wurde 1949 eine Tafel am Kriegerdenkmal auf dem jüdischen Friedhof an der Schnieglinger Straße angebracht. Ihre Namen sind auf einer Rolle verzeichnet, die in das Denkmal eingemauert wurde.

Zum Abschluß sollen die Verse eines hebräisch geschriebenen Klageliedes zitiert werden, das nach den Pogromen von 1298 entstanden ist. Es wurde zusammen mit dem Nürnberger Memorbuch in unsere Zeit überliefert:

„Ach, wie ist der zweite Monat, an welchem einst der Tempel erbaut wurde, verwandelt zu Herzeleid, Angst und Schmerz. In der Stadt Röttingen begann unsere Trauer, denn dort wurden die Edelsten des Volkes erschlagen, sie, die den Perlen glichen."

„Wehe, wehe Blutstadt, rufe und schreie ich über Rothenburg, das freventlich von Blut gerötete. Ach, wie sind die Helden gefallen und verloren die Kriegswaffen, ach, wie ward durch ihre Großen und Bedrücker die Stadt so fluchbeladen."

„Der Monat Ab blieb bestimmt für das Unglück. Trauernd werfe ich meinen Schmuck fort und schere kahl mein Haupt wegen des berühmten Würzburg, der fröhlichen Stadt, welche ein Raub der Flammen, des Hohns und der Plünderung ward, so daß keiner übrig blieb in Jakobs Zelten, sondern alle zur Schlachtbank geschleppt wurden."

„Mein Herz zergeht wegen der Märtyrer Nürnbergs, meine Augen fließen von Tränen wie die Rinne am Regentage. Zuviel sind der Opfer, als daß ich sie zählen könnte, denn für Dich, oh Gott, ward voll das Tausend der edelsten Männer und Frauen und zarten Kinder."

„Erhoben und geheiligt wird Dein Name werden, oh Gott, wenn Du Heil aussprießen lässest dem mißachteten, niedergetretenen Volk, und wenn Du die Zerstreuten sammelst, dann singen die ein neues Lied, welche kostbarer und wertvoller sind als Geschmeide."

„Es blieb zum Klagelied meine Harfe und meine Flöte zu Jammertönen."

Literatur (Auswahl):

Hermann Froschauer, Renate Geyer: Quellen des Hasses – Aus dem Archiv des „Stürmer" 1933 – 1945. Ausstellungskataloge des Stadtarchivs Nürnberg, Nr. 2, Nürnberg 1988.

Arnd Müller: Geschichte der Juden in Nürnberg 1146 – 1945. Beiträge zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg, Band 12, Nürnberg 1968.

Siegmund Salfeld (Hrsg.): Das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches, Berlin 1898.

Chronik des Schreckens

April 1933
Boykott jüdischer Unternehmen

April 1933
Gesetz zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"

Mai 1933
Arzneimittel, deren Hersteller Juden sind, sind nur zu verordnen, wenn andere gleichwertige Präparate nicht vorhanden sind.

Sommer 1935
Schilder „Juden unerwünscht" an Ortseingängen, Badeanstalten, Cafés, Geschäften.

August 1934
Jugendlichen der jüdischen Jugendverbände, die am Staatsjugendtag nicht beteiligt sind, ist es gestattet, am Sonntag Wanderungen, aber keinen Geländesport, zu betreiben.

April 1935
Preise dürfen nichtarischen Schülern nicht verliehen werden.

September 1935
Es ist eine Judenkartei anzulegen, die alle Juden in Deutschland umfaßt.

Die Nürnberger Gesetze
September 1935
Reichsbürgergesetz:
Reichsbürger sind nur Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Bluts.

September 1935
Das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre:
Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig.
Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

Dezember 1935
Alle judenfeindlichen Schilder und Anschläge in der Gegend von Garmisch-Partenkirchen sind, um die Olympischen Spiele nicht zu gefährden, zu entfernen.

August 1938
Juden, die keinen Vornamen führen, der in dem vom Innenministerium herausgegebenen Runderlaß als jüdischer Vorname angeführt ist, haben vom 1. 1. 1939 ab als weitere Vornamen den Namen „Israel" oder „Sara" anzunehmen.

12. November 1938
VO zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben.
Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Gewerbebetreibenden sofort zu beseitigen.
Die Kosten der Wiederherstellung tragen die Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.

Februar 1939
Ablieferungspflicht für jüdische Juwelen und Schmuckgegenstände.

September 1939
Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden wird der Besitz von Rundfunkempfängern verboten.

Juli 1940
Juden sind als Fernsprechteilnehmer ausgeschlossen.

April 1941
Lebensmittel, welche Juden in Paketen aus dem Ausland erhalten, sind von ihren Lebensmittelzuteilungen abzuziehen.

September 1941
Ab 15. 9. 1941 ist es Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen. Juden ist es verboten, ohne schriftliche, polizeiliche Erlaubnis ihre Wohngemeinde zu verlassen.

29. November 1941
Erste Deportation von Nürnberger Juden nach Riga-Jungfernhof. Deportierte: 512. Überlebende: 17.

Januar 1942
Wannsee-Konferenz
Angesichts der nahe bevorstehenden Endlösung der Judenfrage wird die Auswanderung von Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenloser Juden aus dem Reich unterbunden ...

Januar 1942
Juden haben bis zum 16. 1. 1942 die in ihrem Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen ... abzuliefern...

26. April 1942
Zweite Deportation von Nürnberger Juden nach Izbica bei Lublin. Deportierte: 426. Überlebende: Keine.

Mai 1942
Juden dürfen keine Hunde, Katzen, Vögel mehr halten.

Juni 1942
Juden haben „alle entbehrlichen Kleidungsstücke" abzuliefern.

10. September 1942
Dritte Deportation von Nürnberger Juden nach Theresienstadt. Deportierte: 533. Überlebende: 26.

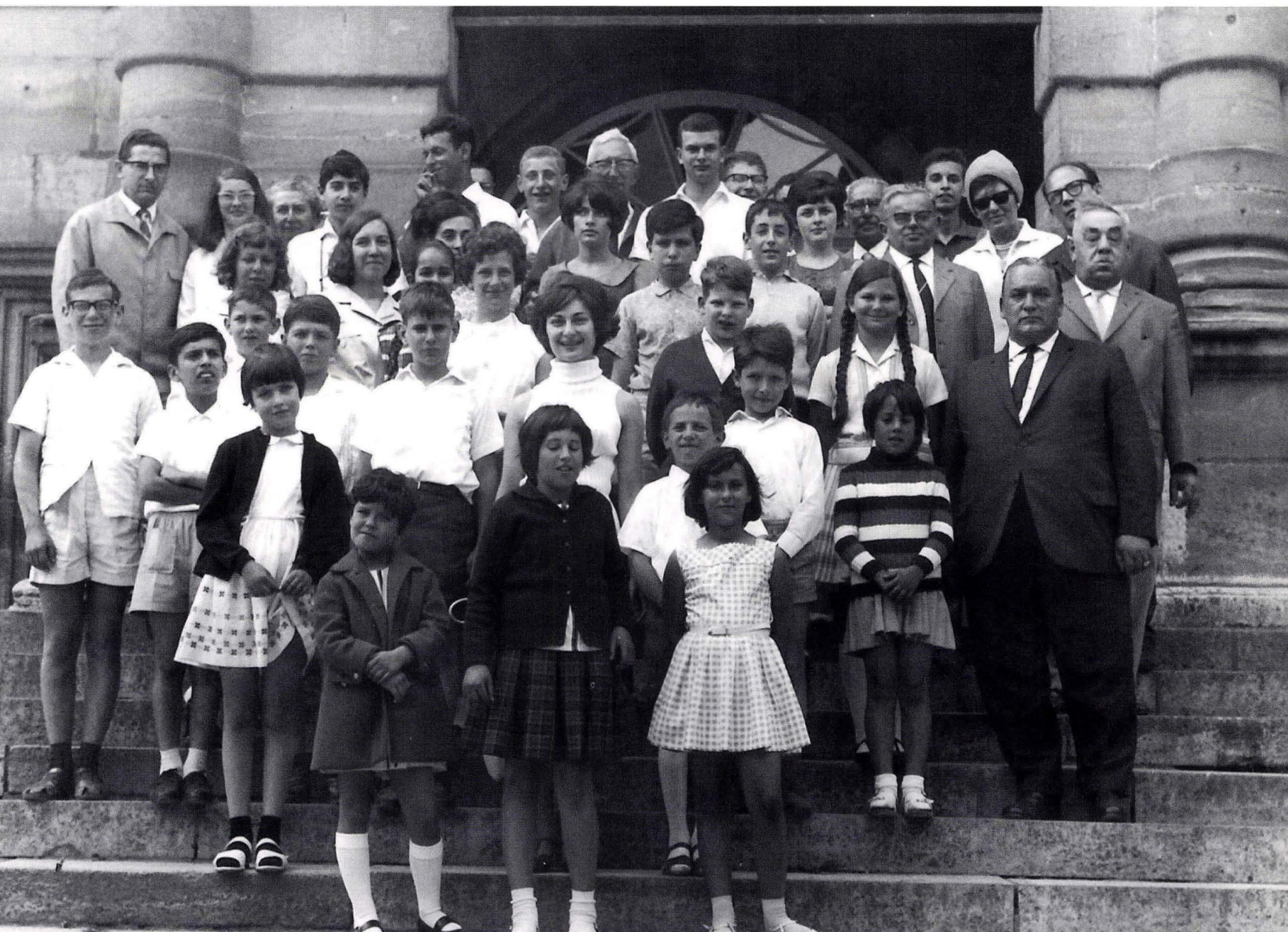
17. Juni 1943
Vierte Deportation von Nürnberger Juden nach Theresienstadt und Auschwitz. 4 Überlebende.

Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg nach 1945

Am 17. Juni 1943 wurden die letzten Angestellten der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, die meistens bereits in Fürth in der Julien Straße (einem Haus der Israelitischen Kultusgemeinde Fürth) konzentriert worden waren, nach dem Osten deportiert. In Nürnberg verblieb nur eine ganz geringe Zahl jüdischer Personen, die entweder in Mischehe lebten oder aber in kriegswichtigen Industrien eingesetzt waren. Diese wenigen Menschen jüdischen Glaubens waren größtenteils in der Aussegnungshalle des jüdischen Friedhofes an der Schnieglinger Straße untergebracht. Sie lebten in ständiger Angst vor Repressalien und vor der Deportation. Jeder politische oder militärische Rückschlag, der in jener Zeit das Dritte Reich traf, wirkte sich verheerend auf die Juden aus. Anfang Februar 1945 wurden dann alle jüdischen Mischehepartner im gesamten Deutschen Reich nach Theresienstadt deportiert. In Nürnberg-Fürth unterblieb diese Aktion. Zum einen waren durch den schweren Fliegerangriff auf Nürnberg am 2. Januar 1945 die Verkehrswege zerstört worden. Zum anderen wurde durch die Zerstörung des Gestapo-Hauptquartiers im Polizeipräsidium durch eben jenen Fliegerangriff das Adressenmaterial im dortigen Judenreferat vernichtet. Dadurch wurde das Leben einiger jüdischer Mitbürger Nürnbergs gerettet.

Am 20. April 1945 rückten die Amerikaner in Nürnberg ein. Dr. Julius Nürnberger, Adolf Hamburger und Paul Baruch versuchten, sofort nach der Befreiung wieder eine Israelitische Kultusgemeinde ins Leben zu rufen. Sie führten erste Besprechungen, mit dem Ziel, eventuell aus KZ-Lagern zurückkommende ehemalige Nürnberger unterbringen und verpflegen zu können. Welche Vermögenswerte der IKG Nürnberg waren noch verwendbar? Das ehemalige jüdische Schwesternhaus war bis April 1945 Sitz des SS-Oberabschnittes Main. Als Besitzer war der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, eingetragen, dem das Haus, das die Deut-

Ausflug der Israelitischen Kultusgemeinde im Jahr 19



sche Arbeitsfront „arisiert" hatte, wie es damals so schön hieß, von dieser zur Verfügung gestellt worden war.

Nürnberger, Hamburger und Baruch führten Verhandlungen mit der Militärregierung, um die Freigabe dieses Anwesens zu erreichen. Dies gelang auch. Nun war ein leeres Haus vorhanden, leicht bombengeschädigt, keine Mittel, kein Material, um es in irgendeiner Form einzurichten. Noch immer wußten die Verantwortlichen nicht, ob sich in einem KZ außerhalb Deutschlands noch Juden befanden, die einst in Nürnberg gewohnt hatten. Es war ein Zufall, daß über den Berliner Rundfunk die Nachricht verbreitet wurde, überlebende Juden, darunter auch ehemalige Nürnberger, seien im KZ-Lager Theresienstadt.

Den drei Verantwortlichen in Nürnberg war klar, daß man sofort etwas unternehmen müßte, um dann bereit zu sein, wenn wirklich Überlebende aus den Lagern nach Nürnberg zurückkehren würden. Man erklärte der Militärregierung die Lage; diese verwies die Antragsteller mit einer Empfehlung an das Amerikanische Rote Kreuz. Dort war man sofort bereit zu helfen. Eine Verfügung der Militärregierung wies eine Möbelfirma in Fürth an, unverzüglich das Haus Wielandstraße 6 mit Schlafzimmern auszustatten und den Speiseraum einzurichten. Andere Firmen wurden beauftragt, Gebrauchsgegenstände zu liefern. Die Bombenschäden wurden beseitigt, das Haus stand zum Empfang von eventuellen Rückkehrern bereit.

Anfang Juni 1945 kamen Herbert Kolb, der Sohn des letzten Sekretärs der IKG Nürnberg und Julius Ceslanski, Überlebende aus dem KZ Theresienstadt, mit dem Fahrrad nach Nürnberg. Zwei Lastwagen der Amerikanischen Armee brachten dann Anfang Juli etwa 50 abgemagerte, kranke Menschen von dort nach Nürnberg. Sie wurden zunächst in den Rummelsberger Anstalten untergebracht.

Am 1. September 1945 konnte das Haus Wielandstraße 6 in Betrieb genommen weren. Lebensmittel waren damals außerordentlich knapp. Trotzdem bemühte man sich, einen würdigen Empfang zu ermöglichen. Alle Bewohner des Heimes waren glücklich, nach mehrjähriger KZ-Haft wieder in Freiheit leben zu können. Die Lebensmittelversorgung der ersten Monate nach Kriegsende war sehr mangelhaft, wenn auch die Verfolgten des Dritten Reiches Sonderrationen bekamen.

In New York rief Frau Dr. Heilbronn, die Gattin des früheren Rabbiners in Nürnberg, und ein ehemaliger jüdischer Bürger der Stadt, Felix Sachs, eine Hilfsaktion für überlebende Nürnberger aus den Konzentrationslagern ins Leben. Sie sandten laufend Lebensmittelpakete in die Stadt, die die Kultusgemeinde an ihre Mitglieder verteilte.

Nicht vergessen werden soll bei dieser Schilderung die kulturelle Arbeit; hier dachte man zunächst an die Durchführung von Gottesdiensten, mit der bald nach Rückgabe des Hauses Wielandstraße begonnen wurde. Als Betsaal nahm man den ehemaligen Speisesaal des Schwesternheimes, der vollkommen leer war. Mit Hilfe der Militärregierung erhielt die Gemeinde eine notdürftige Einrichtung. Aus den Beständen der Nazis waren genügend Thorarollen und andere Kultgegenstände vorhanden.

So begann man mit ständigen Gottesdiensten am Freitag abend und Samstag vormittag. Die ersten ehrenamtlichen Vorbeter waren Julius Ceslanski, der eine wunderbare Stimme hatte, Baruch Auer-



Das neue Gemeindezentrum im Bau.

bach und der heutige 2. Vorsitzende der Gemeinde Albert Ehrhardt. Die ersten Rosch-Haschana und Jom Kippur Gottesdienste im Jahre 1945 wurden im großen Saal der Bieling Schule abgehalten – die Bieling Schule diente der Stadt seinerzeit als Rathaus. Die Mitglieder der Gemeinde waren von jüdischen Soldaten der US Armee dazu eingeladen worden.

Nachdem die Hauptarbeit, die Einrichtung des Altersheimes, beendet war, ging man daran, die IKG Nürnberg auch offiziell wieder zu konstituieren. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 1945 die erste Mitgliederversammlung einberufen. Sie fand im provisorischen Betsaal Wielandstraße 6 statt. Dr. Nürnberger erstattete vor den rund 50 erschienenen Mitgliedern einen Bericht über die vergangenen acht Monate. Da noch keine Satzungen vorhanden waren, wurde von der Versammlung provisorisch ein fünfköpfiger Vorstand gewählt, bestehend aus Dr. Nürnberger als Vorsitzenden, Adolf Krämer und Adolf Hamburger als stellvertretende Vorsitzende; Beisitzer wurden Paul Baruch und Bernhard Kolb. Der Vorstand erhielt unter anderem den Auftrag, bis zur nächsten Mitgliederversammlung Satzungen auszuarbeiten.

Die finanzielle Situation der Gemeinde war bestürzend. Es waren keinerlei Mittel vorhanden, da nach dem Gesetz der Militärregierung die wieder erstandenen Kultusgemeinden in der Amerikanischen Zone nicht Rechtsnachfolger der am 10. Juni 1943 aufgelösten Kultusgemeinden im Deutschen Reich waren. Auf diese Situation wird noch eingegangen.

Große finanzielle Sorgen bereitete das Altersheim. Die Bewohner, die ausnahmslos aus den KZ-Lagern zurückgekehrt waren, hatten keinerlei Mittel. Entschädigungsansprüche konnten nicht

gestellt werden, da es noch kein Gesetz dafür gab. Die Sozialämter kamen für die Bewohner auf, allerdings mit einem sehr niedrigen Satz.

Als nächste große Aufgabe stellte sich die Wiederherstellung der mehr oder weniger zerstörten Friedhöfe an der Schnieglinger- und der Bärenschanzstraße. Im Jahre 1943 war auf Anordnung der Gestapo von den Grabdenkmälern auf beiden Friedhöfen alles entfernt worden, was aus Metall oder Eisen war. Diese „Schandarbeit" mußten jüdische Bürger der Stadt unter Aufsicht der Gestapo ausführen. Es ist verbürgt, daß im Friedhof Schnieglinger Straße Inschriften von 428 Grabdenkmälern, darunter auch von den Gräbern der im Krieg 1914/18 gefallenen jüdischen Soldaten entfernt wurden. Am Friedhof Bärenschanzstraße waren es rund 200 Grabsteine, die von dieser Aktion betroffen worden waren. Im Laufe der Jahre 1943 bis 1945 wurden am Friedhof Schnieglinger Straße etwa 500 Grabsteine umgestürzt; 30 davon gingen zu Bruch. Der Friedhof an der Bärenschanzstraße war durch einen Fliegerangriff im Februar 1945 stark in Mitleidenschaft gezogen worden. 1008 Grabsteine waren entweder vollkommen oder teilweise zerstört. Natürlich konnte die Kultusgemeinde die Kosten für die Beseitigung dieser Schäden nicht aufbringen.

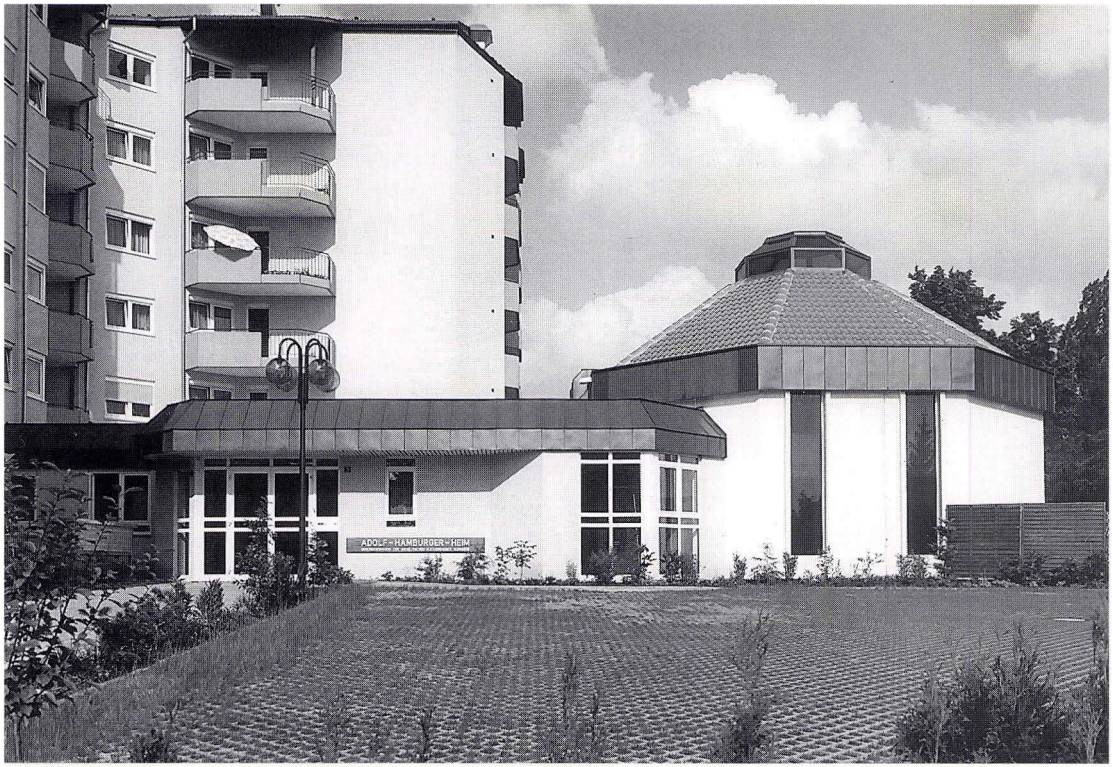
Die Stadt Nürnberg tat ihr möglichstes, um den Friedhof wieder in einen ordentlichen Zustand zu bringen. Auch auf dem alten Friedhof an der Bärenschanzstraße ging man ans Aufräumen. Die Gebäude dort waren dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen.

Da alle Leichenhallen der Städtischen Friedhöfe zerstört waren, die Leichenhalle auf unserem Friedhof an der Schnieglinger Straße aber nur geringe Luftminenschäden aufwies, übernahm die US-Armee unsere Halle, um in ihr ihre Toten zum Transport nach den Vereinigten Staaten zu versorgen.

Im Jahre 1947 beschlossen die Kultusgemeinden in Bayern, einen Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern mit dem Sitz in München zu gründen. Auch die Nürnberger Gemeinde schloß sich diesem Verband an. Der Landesverband hatte zunächst die Aufgabe, die Gemeinden bei den Behörden zu vertreten. Er nahm auch die Verteilung der Gelder an die Verbandsgemeinden vor, die monatlich vom Bayerischen Landesentschädigungsamt zur Verfügung gestellt wurden.

Mit diesen Mitteln, die äußerst knapp waren, mußten die Gemeinden nach der Währungsreform 1948 sehr sparsam wirtschaften, da andere Einkünfte nicht zur Verfügung standen. Die Verbandsgemeinden hatten zwar nach dem Kirchensteuergesetz das Recht, von ihren Mitgliedern Kirchensteuern zu erheben. Da aber zu dieser Zeit nur wenige jüdische Bürger geregelte Einkommen hatten und die Erträge frühestens 1950 erwartet werden konnten, war eiserne Sparsamkeit ehernes Gesetz.
Im Frühjahr 1948, kurz vor der Währungsreform, fand die zweite Generalversammlung der IKG Nürnberg statt. Bei dieser Versammlung wurden die nun ausgearbeiteten Satzungen angenommen, die Wahl nach diesen neuen Satzungen durchgeführt. Dr. Julius Nürnberger wurde zum 1. Vorsitzenden, Adolf Hamburger zum 2. Vorsitzenden gewählt, Beisitzer wurden Martin Jakobowitz, Ernst Dingfelder und Richard Hilb. Paul Baruch erhielt kurz darauf den Auftrag, die Geschäfte der Gemeinde zu führen.

Eine weitere wichtige Aufgabe fiel der neu gegründeten IKG Nürnberg im Bereich der Wieder-



Das neue Altenheim und die Synagoge an der Johann-Priem-Straße.

gutmachung zu. In vielen Fällen mußte die IKG für das Nachlaßgericht Deportationsbescheinigungen ausstellen, oder bestätigen, daß Verschollene in den betreffenden Lagern umgekommen waren. So trug die IKG und ihre Mitarbeiter dazu bei, daß die Opfer oder ihre Nachkommen die ihnen zustehenden Entschädigungsbeträge relativ rasch erhielten.

Die Räume in der Wielandstraße genügten bald nicht den Anforderungen der Mitglieder. An hohen Feiertagen war der Betsaal zu klein, so daß viele Gottesdienstbesucher in den Korridor ausweichen mußten.

Die knappen finanziellen Mittel genügten manchmal fast nicht, das Altersheim zu betreiben. Die Gemeinde, die mit so vielen Problemen zu kämpfen hatte, erlitt einen schweren Verlust, als am 25. Januar 1952 Dr. Nürnberger verstarb. Im Jahre 1952 zählte die Gemeinde bereits 182 Mitglieder, 130 davon lebten in Nürnberg, 52 in der näheren oder weiteren Umgebung der Stadt.

Bei der Generalversammlung am 4. Mai 1952 wurde Adolf Hamburger zum ersten, Martin Jakobowitz zum zweiten Vorsitzenden und Paul Baruch zum Schatzmeister gewählt.



GEMEINDEBLATT
der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Jahrgang 1 / Nr. 7 April 1968 Nisan 5728

פֶּסַח

Der Kantor spricht

DAS JÜDISCHE JAHR
UND SEINE FESTE

PESSACH

von Hermann Herz

Dieser Monat sei euch das Haupt der Monate: der erste sei er euch unter den Monaten des Jahres. Das 2. Buch Moses (12, 2) spricht hier vom Monat Nissan, der für uns der siebente ist. Vom 14. bis zum 21. Nissan wird das Pessachfest begangen, das geschichtlich an den Auszug aus Ägypten erinnert. Pessach zählt aber auch zu den drei Wallfahrtsfesten, zusammen mit Schawuot und Sukkot. Als noch der Tempel in Jerusalem stand, pilgerten die Israeliten dreimal im Jahre nach der Heiligen Stadt, um die Erstlinge des Bodens zu opfern.

Pessach bedeutet "Vorüberschreiten", "Verschonung", weil bei der Tötung der ägyptischen Erstgeborenen der Engel an den Häusern der Israeliten vorüberschritt. Einige Forscher wollten in der von der Bibel berichteten Sitte des Bestreichens der Türpfosten mit Blut einen apotropäischen Akt sehen, der das schonende Vorübergehen einer verderblichen Macht bewirken sollte. Israel hat jedoch sehr früh den

Das Gemeindeblatt berichtet über das Leben der israelitischen Kultusgemeinde nach 1945.

Die in den Jahren 1946 und 1947 geborenen Kinder erreichten nun das schulpflichtige Alter. Deshalb wurde die Einrichtung eines Religionsunterrichts notwendig. Wegen der geringen Anzahl der Kinder und Geldmangel war die Verpflichtung eines Religionslehrers nicht möglich. Der Vorstand beauftragte Arno Hamburger, vorerst den Religionsunterricht zu übernehmen.

Bis in die Mitte der 50er Jahre hinein gab es Auseinandersetzungen mit der Jewish Restitution and Succsessor Organisation kurz: IRSO genannt, der von den Amerikanern festgelegten Rechtsnachfolgerin für erbloses jüdisches Privatvermögen um die Vermögen und Werte aller israelitischen Kultusgemeinden in der US-Zone. Die Gemeinde erhielt lediglich das Haus Wielandstraße 6, das sie ja bereits nutzte, sowie ein Grundstück an der Stromerstraße zurück. Alle anderen Vermögenswerte gingen der Gemeinde verloren. Bei der Generalversammlung am 23. Mai 1954 wurde berichtet, daß die Gemeinde nunmehr 196 Mitglieder zähle. Der 1952 gewählte Vorstand wurde im Amte bestätigt. In den Jahren 1954 und 55 wurden einige bauliche Maßnahmen in der Wielandstraße durchgeführt.

Zu Beginn der 60er Jahre stellte sich heraus, daß der bestehende Saal vergrößert, eine Bühne eingebaut und ein Religionszimmer geschaffen werden mußten. Das 100jährige Bestehen der Gemeinde im Jahre 1962 konnte bereits in den neuen Räumen gefeiert werden. 1966 gab der langjährige Vorsitzende Adolf Hamburger sein Amt ab. Die Generalversammlung wählte ihn zum Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit. Mit dem Ausscheiden von Adolf Hamburger aus der Vorstandschaft wurde ein Generationswechsel vollzogen. Paul Baruch wurde 1. Vorsitzender der Gemeinde, sein Stellvertreter Arno Hamburger, und als Schatzmeister wurde Dr. M. Majngarten gewählt.

Im Oktober 1967 beschloß die Gemeinde, auf Anregung eines Mitgliedes, wieder eine Gemeindezeitung herauszugeben. Die Redaktion übernahm Hugo Burkhard, ein Mann dessen Leben entscheidend geprägt war von den Ereignissen der Nazizeit. Vor dem Krieg wohnte er in Hüttenbach, wurde bereits 1934 in das Konzentrationslager, zuerst nach Dachau, dann Buchenwald eingeliefert. 1938 entließ man ihn mit der Auflage, Deutschland sofort zu verlassen. Er emigrierte nach Schanghai und war in der Zeit seines Aufenthaltes dort vielen Flüchtlingen Hilfe und Stütze.

Aus dem Buch von Arnd Müller „Die Juden in Nürnberg von 1100 bis 1945", das die Stadt Nürnberg herausgegeben hat, erfuhr die Gemeinde, daß im Südturm der Lorenzkirche vier jüdische Grabsteine aus dem 1349 zerstörten Friedhof als Treppenstufen eingelassen waren. In einer Reihe von Gesprächen mit dem evangelischen Dekanat gelang es Arno Hamburger, die Kirchenleitung St. Lorenz davon zu überzeugen, daß die Steine an einen würdigen Platz gebracht werden sollten.

In einem Festakt im Juni 1970 in der Aussegnungshalle des neuen Israelitischen Friedhofes an der Schnieglinger Straße, bei denen der Oberbürgermeister, berufsmäßige und ehrenamtliche Ratsmitglieder, sowie die beiden Kirchen anwesend waren, fand die offizielle Übergabe der Steine, die an der Wand der Aussegnungshalle angebracht wurden, statt.



50 Jahre nach der Reichskristallnacht wurde unter großer Anteilnahme der Nürnberger Bürgerschaft das neue Mahnmal am Pegnitzufer in der Nähe des Hans-Sachs-Platzes eingeweiht. Das Foto zeigt in der ersten Reihe Arno Hamburger (2. v. l.) neben Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein und dessen Frau.

Diese Steine sind das älteste nichtschriftliche Zeugnis der Anwesenheit von Juden in Nürnberg. Zwei dieser Steine sind datierbar: Der eine stammt aus dem Jahre 1333, der andere aus dem Jahre 1330.

Am 10. Mai 1970 fand die turnusmäßige Generalversammlung der Gemeinde statt. Diese war inzwischen auf 270 Mitglieder angewachsen. Auch bei dieser Versammlung wurde der alte Vorstand im Amt bestätigt. Als Folge des Prager Frühlings kam eine ganze Reihe von Personen jüdischen Glaubens aus der CSSR über Nürnberg in die Bundesrepublik. Ein Teil davon nahm seinen Wohnsitz in Nürnberg, so daß die Gemeinde nunmehr etwas über 300 Mitglieder zählte. Die finanzielle Situation der Gemeinde war nach wie vor prekär. Nach langen Überlegungen beschloß der Vorstand, der sich in einer Mitgliederversammlung das Placet der Gemeinde dafür geben ließ, ein rund 15.000 qm großes Grundstück zwischen dem West- und dem jüdischen Friedhof, das im Besitz der Gemeinde war, an die Stadt Nürnberg zu verkaufen. Mit dem Erlös sollte eine finanzielle Absicherung der Gemeinde erreicht werden.

Die Gemeinde erwarb dafür ein rund 2.500 qm großes Baugrundstück an der Oedenberger Straße und beschloß, dort 2 Wohnhäuser zu errichten, um mit den Mieteinnahmen die finanziellen Probleme zumindest teilweise zu lösen.

Im Jahre 1971 beging die Stadt Nürnberg das Dürerjahr. Aus diesem Anlaß wurde erstmals in der Nachkriegszeit eine Einladung an ehemalige jüdische Mitbürger der Stadt ausgesprochen. Fünf Familien aus aller Welt nahmen diese Einladung an und verbrachten als Gäste der Stadt, eine Woche in ihrer alten Heimatstadt Diese Tradition wird bis zum heutigen Tag fortgeführt.

Am 11. Juni 1971 wurde zur Erinnerung an die große Hauptsynagoge in Nürnberg am Hans-Sachs-Platz ein Gedenkstein eingeweiht.

Im November 1971 verließ uns der langjährige Kantor der Gemeinde, Hermann Herz, der sich große Verdienste um die Gestaltung unseres Gottesdienstes, des Religionsunterrichtes und der Jugendarbeit erworben hatte. Sein Nachfolger wurde Kantor Baruch Grabowski, der seitdem mit seiner herrlichen Stimme und seinem großen Einfühlungsvermögen das religiöse Leben in unserer Gemeinde entscheidend beeinflußt hat.

Im Mai 1972 konnten die beiden Wohnhäuser, die die Gemeinde an der Oedenberger Straße errichtet hatte, bezogen werden. In einer kleinen Feier wurde dieses für die Gemeinde so wichtige Ereignis gefeiert. Ebenfalls im Mai 1972 wurde der 2. Vorsitzende der Gemeinde, Arno Hamburger, in den Nürnberger Stadtrat gewählt. Damit war die Gemeinde nach über 39 Jahren wieder im Stadtparlament vertreten.

Bei der Generalversammlung am 18. Juni 1972 vollzog sich wiederum ein Generationswechsel. Paul Baruch, der sich schon vor 1933 und erst recht nach 1945 sehr um die Gemeinde verdient gemacht hatte, kandidierte nicht mehr als 1. Vorsitzender. Er wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig zum Ehrenmitglied der Gemeinde ernannt. Bei dieser GV wurde Arno Hamburger zum ersten, Dr. M. Majngarten zum zweiten und Schlomo Lewin zum dritten Vorsitzenden gewählt. Dieser Vorstand wurde auch bei der nächsten Generalversammlung im Jahre 1974 in seinem Amte bestätigt.

Im September 1974 starb der langjährige 1. Vorsitzende und Ehrenvorsitzende der Gemeinde Adolf Hamburger.

Die Raumnot und die sanitären Verhältnisse im Hause Wielandstraße 6 führten zu ernsthaften Überlegungen, ob das Haus mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand saniert oder ob an die Errichtung eines neuen Gemeindezentrums gedacht werden sollte. Die Vorstandschaft bemühte sich, einen geeigneten Platz in Nürnberg für ein solches Zentrum ausfindig zu machen. Mitte 1980 machte die Stadt der Gemeinde ein konkretes Angebot, ein ca. 4.000 qm großes Grundstück an der Kilian-/Johann-Priemstraße zu erwerben. Auf einer Generalversammlung, wurde beschlossen, mit der endgültigen Entscheidung über den Bau ein Jahr zu warten. Im April 1982 erhielt dann der Vorstand den Auftrag, das Grundstück an der Kilian-/Johann-Priemstraße zu erwerben und mit dem Bau zu beginnen.

Am 21. Oktober 1982 wurde in Nürnberg ein Straßenzug nach David Ben Gurion benannt. Es war für die IKG Nürnberg eine große Genugtuung, daß in der ehemaligen Stadt der Reichsparteitage, in der ein Gauleiter, ein Frankenführer, ein besonders grausames Regime gegen die jüdischen Bürger geführt hatte, eine solche Ehrung für den ersten Ministerpräsidenten des Staates Israel vollzogen wurde.

Im April 1983 war es dann soweit. Die Bagger rückten an und begannen mit den Ausschachtungsarbeiten für das wohl wichtigste Vorhaben der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg seit dem Bau der großen Synagoge am Hans-Sachs-Platz in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts.
Der Vorstand der Gemeinde hatte sich viel vorgenommen. Zu den hohen Feiertagen im Jahre 1984, also in nur knapp eineinhalbjähriger Bauzeit, wollte man das Werk vollenden. Es gab nicht wenige, die bezweifelten, ob dies in der sehr kurzen Zeit auch möglich sein würde.

Doch bereits im Juli 1984 lud die Gemeinde voll Optimismus Ehrengäste – darunter auch Nürnbergs damaligen Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter – und Freunde zur Einweihung des neuen Gemeindezentrums und der Synagoge ein. Wir wollten die Einweihung unbedingt am 8. September 1984 durchführen, auf den Tag genau 110 Jahre nach der Einweihung der großen Synagoge am Hans-Sachs-Platz. Dieser Tag wurde zum wohl schönsten und würdigsten Familienfest in unserer Gemeinde.

Das Stadtoberhaupt appellierte in seiner Ansprache an alle Bürger:

„Wir können durch derartige Leistungen die Vergangenheit nicht bewältigen, wenn dies auch mancher gerne möchte. Wir können aber den Weg gemeinsam in eine Zukunft gehen, die frei von Rassenhaß und frei von Verfolgung ist."

Arno Hamburger, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde weihte den Bau mit folgenden Worten:

„Dieses Haus ist ein Zeichen für die demokratische Gesinnung unserer Stadt, für die Hilfsbereitschaft der Bürger Nürnbergs, für das Verständnis der Religionen untereinander. In enger Zusammenarbeit christlicher und jüdischer Bürger dieses Staates und dieser Stadt entstanden, ist dieses Gemeindezentrum ein erneuter Anlauf, die jüdische

Gemeinde in dieser Stadt als integralen Bestandteil zu etablieren. Mögen alle Bewohner dieses Heimes, Christen und Juden in Sicherheit und Ruhe ihren Lebensabend verbringen. Und nachdem am heutigen Tag, entgegen den Prophezeiungen des Unmenschen vom 10. August 1938, wieder eine Synagoge ihre Pforten in dieser Stadt geöffnet hat und einlädt zur Andacht und zum Gebet, soll nie mehr eine Zeit kommen, in der Menschen, gleich welcher Religion und Anschauungen, nur eben wegen dieser Religion und Anschauung um ihr Leben bangen müssen.

Wenn sich im Gemeindezentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg alle Bürger dieser Stadt in Freundschaft und Achtung voreinander treffen, dann war das Bemühen all derer nicht vergebens, die sich um den Neubau verdient gemacht haben. Lassen Sie mich diese Synagoge ihrer Bestimmung übergeben mit dem Wort aus dem Buch des Propheten Jesaja:

KI BETI BET TEFILLA JIKARE LECHOL HA-AMIM

Denn mein Haus wird ein Bethaus geheißen für alle Völker. Amen."

Mit der Einweihung des Zentrums waren die räumlichen Probleme der Gemeinde gelöst. Der Israelitischen Kultusgemeinde stehen nunmehr zur Verfügung: ein modernes komfortables Seniorenwohn- und Pflegeheim mit rund 90 Betten und ein Mehrzwecksaal, der sowohl den Bewohnern des Heimes als auch der Gemeinde zur Verfügung steht. Als Krönung des Ganzen aber die Synagoge, die von allen Besuchern als Schönheit bezeichnet wird.

Das Altenwohnheim steht allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig ihres Glaubens offen. Allerdings stellte sich alsbald heraus, daß die ursprünglich eingeplanten 16 Pflegeplätze nicht reichen würden. Wir mußten Schritt für Schritt die Pflegeabteilung vergrößern. Heute haben wir von den rund 90 zur Verfügungen stehenden Plätzen rund 60 als Pflegeplätze ausgebaut.

Im Jahre 1985 erhielten wir von dem Oberasbacher Johann Wild ein Geschenk, das uns große Freude bereitete. Er übergab uns eine Porzellansäule, die einst in der Eingangshalle der Hauptsynagoge am Hans-Sachs-Platz gestanden hatte. Herr Wild hat uns geschildert, wie er zu dieser Säule gekommen war: Sein Vater mußte als Zimmermann im August 1938 bei den Aufräumungsarbeiten nach dem Abbruch der Synagoge am Hans-Sachs-Platz helfen. Der Hausmeister zeigte ihm die Säule, die er aus den Trümmern der zerstörten Synagoge gerettet hatte. Der Vater erklärte sich bereit, das kleine Kunstwerk zu verstecken. Er verstaute es in einem Kartoffelsack und legte es unter seine Werkzeugkiste. Vom Hans-Sachs-Platz brachte er es mit einem Handwagen nachts nach Gebersdorf. Dort wurde die Säule 70 cm tief in die Erde vergraben. Im Jahre 1945 holte er die Säule wieder hervor. Als der Vater 1948 im Sterben lag, bat er den Sohn eindringlich, das Erinnerungsstück an die Juden zurückzugeben, wenn sich die politischen Verhältnisse stabilisiert hätten. Als der 84jährige Johann Wild dann in der Zeitung über das neue Gemeindezentrum gelesen hatte, fiel ihm der „Schatz" wieder ein. Und so kehrte diese Säule zurück zur IKG Nürnberg. Sie hat heute einen Ehrenplatz im Foyer unseres Gemeindezentrums. 1986 konnten wir die erste Hochzeit in der Synagoge feiern. Unter einem neu angefertigten Brauthimmel vollzog Rabbiner Brandt aus Hannover zusammen mit unserem Kantor Baruch Grabowski die Zeremonie, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß viele weitere Trauungen folgen sollten.

Anfang des Jahres 1987 weilte ein prominenter Gast in unserer Gemeinde, Professor Shalom Ben Chorin. Anläßlich der Woche der Brüderlichkeit zu Besuch in Nürnberg, äußerte er sich lobend über den Gottesdienst, ganz besonders über die hervorragenden Leistungen unseres Kantors.

Im Verlauf des Jahres 1987 gelang es uns, eine Sefer-Thora, eine Thorarolle, zu erwerben. Diese stammte aus der Tschechoslowakei. Nach langwierigen, zähen Verhandlungen gelang es uns, die Thora zu erstehen und sie wieder ihrer wirklichen Bestimmung zuzuführen. 1987 erinnerten wir uns auch an den 125. Geburtstag der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg. 1850, 350 Jahre nach der Vertreibung der Juden aus Nürnberg im Jahre 1499, bekam der erste Jude, ein gewisser Josef Kohn, das Bürgerrecht in Nürnberg. Aber erst im Jahre 1862, konnte sich mit Hilfe des Stadtmagistrates eine Gemeinde konstituieren. Wir errinnerten in einer Sonderbeilage unserer Zeitung an die seinerzeitige Gründung. Ruth Ceslanski, die diese Beilage verfaßte, schloß mit folgendem Satz:
„Zum Jahreswechsel 5747/5748 (1987) blicken wir auch auf 125 Jahre Israelitischer Kultusgemeinde zurück und bauen darauf, daß in unserer schmerzlichen und leidvollen Geschichte in dieser Stadt nunmehr endgültig der Aufbruch in eine bessere Zeit des Friedens, der Toleranz und der Gleichberechtigung mit unseren Mitmenschen gekommen ist."

Am 23. September 1987 kehrte der sogenannte „Judenstain" in die Gemeinde zurück. Dieser Stein, der Thoraaufsatz aus der im Jahre 1499 zerstörten Synagoge, war 1909 von der damaligen Israelitischen Kultusgemeinde erworben und in der Synagoge am Hans-Sachs-Platz eingemauert worden. Als die Synagoge 1938 abgebrochen wurde, verschwand der Stein und auch eine darunter angebrachte Tafel. Nach dem Krieg fand man das Relikt im Keller des zerstörten Polizeipräsidiums. Der Stein wurde der Stadt Nürnberg als Leihgabe übergeben, die ihn im Fembohaus ausstellte. Nach der Errichtung unserer neuen Synagoge baten wir um die Rückgabe. Das Erinnerungsstück fand seinen, wie wir hoffen, endgültigen Platz in der Mauer unserer Synagoge.

Das Jahr 1988 war geprägt von der 50jährigen Wiederkehr der Nacht der Schande, der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. Am 7. August 1988 übergab der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Peter Schönlein, ein Denkmal seiner Bestimmung, das an die vor 50 Jahren durch die Nazis zerstörte Hauptsynagoge erinnert. In einem Schweigemarsch, an dem über 1.000 Menschen teilnahmen, zogen Nürnbergs Stadtoberhaupt und die Bürger vom Hauptmarkt zum Hans-Sachs-Platz. Es war eine ergreifende und würdige Feier.

Am 9. November 1988 enthüllte Bürgermeister Willy Prölß ein Mahnmal zur Erinnerung an die Synagoge in der Essenweinstraße, die in der sogenannten Kristallnacht den Flammen zum Opfer gefallen war. Am Abend des gleichen Tages wurde in der Frauenkirche der Geschehnisse vor 50 Jahren gedacht. Dekan Kellerer für die katholische Stadtkirche und Dekan Dobbert für die evangelische Kirche sprachen Worte der Erinnerung an jene schmachvolle Nacht. Auch ich erinnerte in meiner Rede an die schreckliche Progromnacht:

„Der Prophet Maleachi sagt uns im 10. Vers des 3. Kapitels:

‚Haben wir nicht alle einen Vater?
Hat uns nicht ein Gott geschaffen?
Warum sind wir treulos Einer gegen den Anderen?'



Silberner Thoraaufsatz mit dem bayerischen Löwen.
(Im Besitz der IKG-Nürnberg)

Innerlich tief bewegt stehe ich heute, am 9. November 1988, in diesem Haus vor Ihnen, um Ihnen zuzurufen: SACHOR, GEDENKE!

Gerade dieses Haus des Gebetes, in dem wir uns befinden, ist, wie keine andere Stätte in Nürnberg, geeignet, der Geschichte der Jüdischen Gemeinden in Nürnberg zu gedenken. Ich habe mir bei der Vorbereitung zu meinen Worten heute abend überlegt, was wohl wäre, hätten die Pogrome der Jahre 1298, 1349, die Vertreibung der Juden 1499 und die schrecklichen Ereignisse der Jahre 1933–1945 nicht stattgefunden. Stünden wir dann heute hier in einer Synagoge und hätte vielleicht die Frauenkirche daneben ihren Platz gefunden? Aber solche Gedanken sind müßig, denn die Ereignisse, von denen ich eben gesprochen habe, sind Geschichte.

Wenn ich daran denke, daß heute, vor rund 640 Jahren, gläubige Mitglieder der Jüdischen Gemeinde hier, wo wir jetzt stehen, zum Gebet versammelt waren: Von diesen Menschen haben 562 zwischen dem 5. und 7. Dezember 1349 ihr Leben lassen müssen, während die Überlebenden aus der Stadt getrieben worden sind, ihre Habe verteilt, ihr Friedhof zerstört und ihre Synagoge niedergerissen worden ist. Wenn ich daran denke, daß wenige Meter entfernt von hier, in der Judengasse, vor knapp 500 Jahren erneut eine Synagoge zerstört wurde, und wenn ich weiter daran denke, daß vor 50 Jahren, wiederum nur einen Steinwurf von dieser Stelle entfernt, die Hauptsynagoge dem verblendeten Wahn der Nationalsozialisten zum Opfer fiel, dann muß es schon gestattet sein, die Frage zu stellen, welchen Sinn es wohl hat, daß heute wieder jüdische Menschen in unserer Stadt wohnen, arbeiten und beten.

Rechte Seite: Die 1984 eingeweihte Synagoge der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg mit dem restaurierten „Judenstein"


מי אתה עומד

Und ich will diese Frage auch gleich aus unserer Sicht beantworten. Wir, die Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, betrachten es als eine unserer wichtigsten Aufgaben, das Gedächtnis an frühere jüdische Gemeinden in Nürnberg wachzuhalten.

Und dazu gehört es, unseren Mitmenschen in Erinnerung zu rufen, was die Mitglieder der Jüdischen Gemeinschaft im Mittelalter, aber besonders in den Jahren 1933–1945 in diesem Land und vor allem in unserer Stadt erleiden mußten. Es gibt keinen anderen Abend, der dafür besser geeignet wäre. Gerade in Nürnberg, in der Stadt, in der ein „Stürmer" und sein Herausgeber – seinen Namen will ich hier mit Absicht nicht nennen – die Emotionen gegen die Juden in perverser Weise anheizte, lief die Nacht vom 9. zum 10. November 1938 ausgesprochen grauenvoll ab. Nicht nur, daß die Synagoge in der Essenweinstraße angezündet und ein Raub der Flammen wurde, nicht nur, daß jüdische Geschäfte und Wohnungen kurz und klein geschlagen wurden, nein, zehn Prozent aller in dieser Nacht im Großdeutschen Reich umgebrachten jüdischen Menschen wurden in Nürnberg ermordet; neun Menschen wurden von den Horden erschlagen oder auf andere Weise getötet. Zehn Menschen, darunter Persönlichkeiten, die sich um ihre Vaterstadt große Verdienste erworben hatten, gingen in dieser Nacht oder am folgenden Tag freiwillig in den Tod; sie konnten die Demütigungen nicht ertragen und entschlossen sich, aus dem Leben zu scheiden.

Aber wir betrachten es auch als unsere Aufgabe, mit allen Menschen guten Willens darauf hinzuwirken, daß in unserer Stadt, in unserem Land, in Israel und auf der ganzen Welt der eine in dem anderen den Mitmenschen sieht, mit dem er gemeinsam eine Zukunft aufbauen kann, in der die Menschheit von solchen Schrecknissen bewahrt bleibt.

Wenn die gemeinsame Gedenkstunde heute abend in dieser Kirche – einst der Platz einer Synagoge – uns alle in diesem Vorhaben bestärkt, dann hat sie ihren Sinn erfüllt."

Auch an der offiziellen Gedenkstunde der Stadt Nürnberg im alten Rathaussaal nahm eine große Anzahl Bürger teil. 1989 beschloß der Vorstand den Bau eines Saales, der in einer Rekordzeit von nur drei Monaten errichtet wurde. Die neuen Räume werden sowohl von den Heimbewohnern als auch von den Mitgliedern der Gemeinde sehr gut angenommen.

Gegen Ende des Jahres 1990 zeichnete sich ein Problem ab, mit dem sich die IKG Nürnberg in der nächsten Zeit auseinandersetzen muß. Es ist die Aufnahme und Integration von Glaubensschwestern und -Brüdern aus der Sowjetunion, die sich in der Bundesrepublik niederlassen wollen. Die Vorgespräche, die stattgefunden haben, lassen hoffen, daß wir mit Hilfe der Stadt und unseren Mitgliedern, den „Neuen", die nötige Hilfe und Unterstützung werden angedeihen lassen können.

Freundschaftsvertrag mit Hadera

Es gab keine feierliche Unterzeichnung, keinen Empfang, keine Gastgeschenke und keine Pressekonferenzen. Vielmehr brachte Stadtrat Arno Hamburger den unterschriebenen Freundschaftsvertrag im Fluggepäck mit. So gesellte sich die israelische Stadt Hadera im Januar 1986 ganz ohne Glanz und Gloria zum erlesenen Partnerschaftszirkel der Stadt Nürnberg. Und sicher wissen noch heute viele Bürger unserer Stadt nicht, daß freundschaftliche Bande jetzt bis ins Heilige Land reichen.

Dabei braucht sich die 46 000-Seelen-Gemeinde wahrlich nicht zu verstecken. Sie kann zwar nicht auf eine 1000jährige Geschichte zurückblicken, doch in den über 100 Jahren seit der Stadtgründung haben ihre Bewohner genug gekämpft, erlebt, geleistet und erarbeitet. Araber gaben der Stadt ihren Namen. „El Hudschira" heißt „Die Grüne", was jedoch keineswegs mit fruchtbar gleichzusetzen ist. Denn dahinter verbargen sich Sümpfe, die den ersten Siedlern Krankheit und Tod durch die Malaria brachten. Erst nach der Trockenlegung konnten sie der Seuche Herr werden. Und auch heute noch kämpft ganz Hadera gegen lästige Moskitos. Kein Fenster ohne feinmaschige Fliegengitter und kaum eine Steckdose ohne chemischen Mückentod.

In Hadera finden sich zwar keine historischen Bauwerke oder geschichtsträchtigen Straßen und Plätze. Doch auch ein 100jähriger Eukalyptusbaum-Riese ist einen Besuch wert. Vor allem, weil überliefert ist, daß er von den Stadtgründern, die bis zu den Knien im Wasser wateten, mit den Zehen in den sumpfigen Boden gepflanzt wurde. Und im „Khan", dem ältesten Gebäude des Ortes und ehemaligen Zentrum der Siedler, lassen sich herrliche Geschichten aus der Gründerzeit erzählen, vom Kampf gegen Naturgewalten, aber auch von feindlichen Nachbarn.

Und schließlich ist da das Meer – für uns Binnenländer sicher ein besonderes Lockmittel, noch dazu mit solch einem sieben Kilometer langen Sandstrand und ohne Touristenrummel. Allerdings hegt die Verwaltung Haderas unter Bürgermeister Nehemia Lahav schon lange Pläne, ihren Strandanteil in ein attraktives Ferienzentrum umzugestalten. Dabei dürfte nur das riesige Kraftwerk ein wenig stören, das – leider immer in Sichtweite – als mächtige Kulisse in den meist strahlendblauen Himmel reicht. Das monumentale Kohlekraftwerk „Meor David" zeigt die Schwierigkeiten, die dieses Land prägen. Um vom Öl unabhängig zu werden und damit gleichzeitig Geld einzusparen, wurde dieses modernste und größte Kraftwerk Israels am Strand von Hadera gebaut. Wenn alle vier Turbinen einsatzbereit sind, kann damit die Hälfte des Elektrizitätsbedarfes im Land gedeckt werden. Doch dies geht zu Lasten des Natur- und Umweltschutzes, der in Israel noch in den Kinderschuhen steckt, was verschmutzte Bäche und Flüsse, aber auch die unzähligen Plastiktüten im Landschaftsbild belegen.

Die Straßen Haderas sind an den Wochentagen von vielen Händlern geprägt, die in der glühenden Hitze Obst, Gemüse und Blumen anbieten. Darunter duftende Rosenbündel aus den nahen Plantagen oder Nelken von umliegenden Feldern geschnitten. In den Cafés wird starker arabischer Kaffee ge-

schlürft und Eis gelöffelt. Und wohlmeinende Freunde raten dem Fremden „Don't forget, you are in the middle east," was für blaßgesichtige Mitteleuropäer bedeutet: Nie ohne Kopfbedeckung in die Sonne, keinen Alkohol vor Sonnenuntergang, Vorsicht beim Handeln und viel Geduld, wenn man's besonders eilig hat.

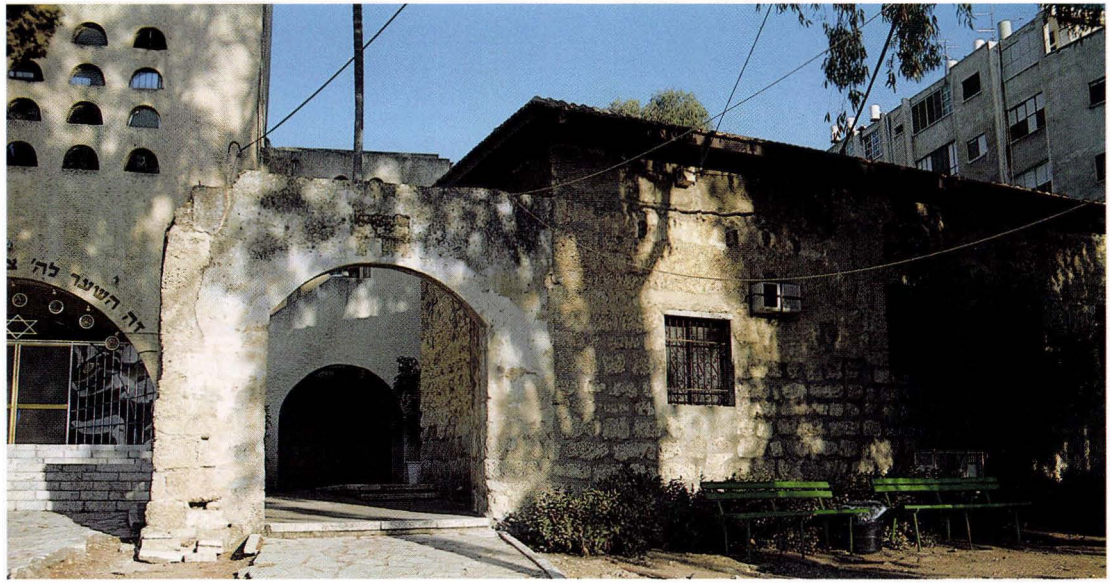
Hadera ist das Zentrum des westlichen „Schomron". Damit fallen ähnliche überörtliche Aufgaben und Ausgaben an, wie sie der Stadtkämmerer für Nürnberg beklagt. So ist z.B. das Krankenhaus "Hillel Jaffe" für 250 000 Menschen, darunter 50 000 Bewohner der Westbanks, zuständig. Daneben müssen 72 Kindergärten, 17 Grundschulen, zwei Berufsfachschulen, zwei Mittelschulen, eine landwirtschaftliche Schule, zwei religiöse Schulen, vier Gemeindezentren, eine Schwesternschule, drei Bibliotheken, Kunstschule mit Künstlerhaus, eine Volkshochschule, 11 Jugendclubs sowie ein offenes College betreut werden.

Doch zurück zu den Gründerjahren. Jüdische Organisationen aus Europa kauften das „grüne Land". Siedler gründeten 1891 darauf Hadera. Landwirtschaft und Viehzucht bestimmten viele Jahrzehnte das Leben der Stadt. Und noch heute ist Hadera, oder richtiger „Chedera", von einem Wald von Orangen- und Avocadobäumen umgeben. Die Geschichte der Stadt ist wie die des Staates Israel von Einwanderungswellen, Landkäufen durch reiche europäische Juden, mörderischen Kämpfen und vom Siedlungsbau geprägt. Immer wieder wurden neue Stadtteile für die Aussiedler gegründet, später für Flüchtlinge des Naziregimes und heute für Neueinwanderer aus Afrika, der zerfallenen Sowjetunion, ja sogar aus China. 1936 stieg das Dorf zur Kleinstadt und 1952 zur Stadt auf, die sich heute über ein Gebiet von 53 000 Dunam (ein Dunam = 1000 Quadratmeter) erstreckt.

Soziale Probleme gibt es in diesen Einwanderungsstadtteilen genügend. Neben Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten fehlt es an Arbeit für die kinderreichen Familien, die aus den ärmsten Ländern und Gegenden der Welt nach Israel geflüchtet sind, um dort eine neue Heimat zu finden. Sozialarbeiter gehen in die Familien und versuchen, ihnen den Start zu erleichtern, aber gesellschaftliche Konflikte prägen ihren Neuanfang und erschweren die Integration. Dazu kommt die schwierige politische Situation. Die nördliche Grenze zum Libanon ist auch nach den hoffnungsvollen Friedensbemühungen immer wieder Schauplatz heftiger Kämpfe mit der Hisbollah. Nach einem historischen Handschlag zwischen Yitzhak Rabin und Yassir Arafat wird Frieden im „Heiligen Land" plötzlich zur greifbaren Möglichkeit.

Doch auch der Besucher aus der deutschen Partnerstadt kommt nicht unbefangen. Freunde luden mich zu einem Ausflug ein, an dem auch ein Ehepaar teilnahm, das Auschwitz überlebt hatte. Doch meine Scheu war unbegründet. Vorurteilslos halfen mir die beiden über die Klippe meiner Sprachlosigkeit hinweg, ließen mich Picknickschmankerl probieren und freuten sich, wieder einmal deutsch zu reden. Ob im Laden an der Ecke, wo es die süße Sesamschleckerei Chalva zu kaufen gibt, oder in der Wechselstube, viele sprechen deutsch, und die Aufnahme war immer herzlich.





Die Synagoge Haderas (links), daneben der „Chan", das älteste Gebäude der Stadt.

Seit 1980 lädt die Stadt Nürnberg jedes Jahr ehemalige jüdische Mitbürger zu einem Besuch in ihre frühere Heimat ein. Die meisten reisen mit gemischten Gefühlen nach Nürnberg, denn viele waren seit ihrer Vertreibung durch die Nazis nie mehr in Deutschland gewesen. Während eines zehntägigen Besuchsprogramms können die Besucher wieder Kontakt zu früheren Freunden und Bekannten, zu den Orten ihrer Kinder- und Jugendzeit, aber auch zum wiederaufgebauten „neuen" Nürnberg aufnehmen. Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein kleidet dieses Bestreben in Worte: „Wir hoffen, Sie können erleben, daß in der Stadt ein anderer Geist weht." Im Juli 1993 faßte der heute in Israel lebende Daniel Heimann die Gefühle der Besuchergruppe zusammen: „Wir sind hergekommen, um unsere Vergangenheit zu suchen, und wir haben tief in ihr gegraben. Auf den Spuren der Familiengeschichte und bei der Erinnerung an die eigene Kindheit mußte mancher schwere persönliche Kämpfe durchstehen." Dennoch nähmen wohl alle eine schöne Erinnerung an diese Tage und an ein demokratisches Nürnberg mit zurück in die neue Heimat.

Foto oben: Besuchergruppe 1993.

Doch seit dem Aufflammen von Rechtsradikalismus ist die Angst vor neu erwachtem Rassismus, vor gewalttätigen Rechtsradikalen, vor unverhohlenem Antisemitismus im wiedervereinten Deutschland plötzlich spürbar. „Was tut ihr dagegen?", „Warum reagieren Politiker und Polizei nicht?", „Woher kommen die vielen Neonazis?" Der da so ängstlich fragte, war den Nazischergen entkommen, hatte beinahe schon seinen Frieden gemacht mit der Bundesrepublik. Das neue große Deutschland dagegen fürchtet der Mann mit der KZ-Nummer am Unterarm.

Auch Muna Lubin, zusammen mit Günther Beckstein einer der Initiatoren der Partnerschaft mit Nürnberg, hakt nach: „Na, ihr habt ja im Augenblick genug Probleme!" Seine Familie ist bereits seit dem letzten Jahrhundert in Hadera zu Hause, doch aufmerksam verfolgt er in den Medien die Ereignisse im fernen Deutschland, das er viele Male besucht hat. Die Entwicklung bereitet ihm Sorge.

Der Austausch von Jugendgruppen stagniert, da dieses von der Bundesregierung finanzierte Programm aus Geldmangel stark beschnitten wurde. Lubin hat sich viele Jahre dafür engagiert, daß sich deutsche und israelische Jugendliche kennenlernen. Doch jetzt ist er ratlos. Mordanschläge gegen Ausländer, Heil-Hitler-Rufe, hochgereckte Arme, geschändete Judenfriedhöfe, Drohbriefe an israelitische Kultusgemeinden, das alles läßt ihn fragen: „Müssen Juden auch in Nürnberg wieder Angst haben?"

Auf viel Verständnis stößt dagegen die Asyldebatte, denn diese Probleme kennen die Israelis allzugut. Zwar eint sie mit ihren Neueinwanderern das Judentum, doch die sozialen Probleme mit zehntausenden von Äthiopiern und noch mehr Juden aus der zerfallenen UdSSR belasten das kleine Land bis an die Schmerzgrenze.

„Ein Stück meines Herzens bleibt immer in Nürnberg, doch hier fühl ich mich sicher", hatte David Shaavit zu mir gesagt, der als David Schönwalter 1924 in Nürnberg geboren wurde, in der Roonstraße lebte und zusammen mit seinen Eltern und Geschwistern 1934 nach Palästina auswanderte. Heute verstehe ich, was David damit meinte.

„Jetzt wird es höchste Zeit, daß dieser Freundschaftsvertrag mit Leben erfüllt wird", fordert der Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Stadtrat Arno Hamburger, der bei seinen Besuchen in Israel auch die Kontakte zu Hadera immer wieder ankurbelt. Das könnte durch Ausstellungen, Konzerte, aber auch über einen Schüleraustausch geschehen. Zwar gibt es schon private Kontakte zwischen Sportgruppen und Chören, und Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Peter Schönlein brach während des irakischen Bombenterrors im Februar 1991 zu einer Solidaritätsreise in die Stadt am Mittelmeer auf. Doch um die Freundschaft nicht gleich wieder einschlafen zu lassen, braucht es mehr als gelegentliche Besuche. Die Partnerschaft zu Hadera beruht nicht auf historischen Bindungen, doch sie gibt Nürnberger Bürgern die Chance, Toleranz statt Vorurteilen, Kennenlernen statt sich aus dem Weg zu gehen und Gespräche statt Schweigen zu praktizieren. Oder sind Wiedergutmachung und Versöhnung nur Lippenbekenntnisse in einer Stadt, in der zwar die „Straße der Menschenrechte" des Israelis Dani Karavan errichtet wurde, aber die noch heute das Kainsmal des Dritten Reiches trägt?!

Elie Wiesel:

Erinnere dich und halte das Gedenken lebendig.

Erinnere dich und halte das Gedenken lebendig. Ich gehöre einem Volke an, dessen Leiden so alt ist, wie das Leid der Erde. Ich gehöre zu einem Volk, das die Erinnerung an das Leid wachhält, ich gehöre zu einem Volk, das sich mühte, das Leid zu mildern, es in seine Schranken zu weisen, es zu entwaffnen und es – soweit dies möglich ist –, menschenwürdig zu machen.

Mein Volk ist ein Volk der Geschichte. Wir haben Geschichte gemacht –, mein Volk hat die Geschichte erfunden. Kein Volk gedenkt so wie das meinige sowohl seiner Feinde wie seiner Freunde. „Zachor v`shamor b'dibur echad – Uns wurde gesagt: Erinnere dich und halte das Gedenken lebendig". Wie gleichsam die übrigen Tage geschaffen sind um des einen Sabbat-Tages willen, so möchte ich sagen, sind uns alle anderen Worte gegeben um des einen Wortes willen: Gedenke!

Das Ereignis des Massenmordes am jüdischen Volk hat seine zentrale Stellung in unserem Leben und in der Weltgeschichte. Jenes gewaltige Geschehen lastet auf unserem Gewissen und in unserem Bewußtsein. Was immer wir tun oder lassen, wir sind bewegt von dem, was damals geschah in jenem Reich der Finsternis. Was immer wir zu erreichen oder aufzugeben hoffen, was immer wir unterdrücken oder offenbaren möchten, wir werden stets auf jenes unsichtbare Mysterium starren, wo sich Gott und Mensch voller Entsetzen in die Augen schauten. Vor diesem Hintergrund muß alles, was bisher Geltung hatte, in Frage gestellt werden.

Nach Auschwitz haben die Worte ihre Unschuld verloren, nach Treblinka ist Stille gefüllt mit neuer Bedeutung, nach Majdanek hat der Wahnsinn seine mystische Anziehungskraft wieder erlangt. Des Menschen Verhältnis zu seinem Schöpfer, aber auch zur Gesellschaft, zur Politik, zur Kunst, zu den Mitmenschen und zu sich selbst muß neu in Frage gestellt werden. Jenes Geschehen beraubte den Menschen all seiner Masken.

Auf Seiten der Henker war die ganze Gesellschaft vertreten: Philosophen und Psychologen, Gelehrte und Ingenieure, Staatsanwälte und Aristokraten, Künstler und Dichter, Verbrecher und Sadisten mußten ihre Kräfte vereinen, damit jene Fabriken des Todes entstehen und funktionieren konnten. Es war ein vereintes Bemühen. Die menschliche Gesellschaft war in all ihren Schichten vertreten.

Nicht anders war es auf Seiten der Opfer: es wurde niemand geschont, es gab Mitleid für keinen. Jeder Jude wurde gebrandmarkt, wurde isoliert, verurteilt und hingemetzelt! Alle teilten ein gemeinsames Schicksal: alte, junge, reiche, arme, Prinzen, Bettler, Kinder samt ihren Großeltern. Jeder Jude hatte zu verschwinden von dieser Erde.

Von Gott vergessen und verlassen waren sie allein, starben und kämpften sie ganz allein. Alleingelassen sahen sie sich den mächtigsten Legionen Europas gegenüber. Alleingelassen, ohne Verbündete,

ohne Freunde, vollkommen verzweifelt. Und allein. Heute versucht man die Opfer zu töten, indem man sie ihrer Vergangenheit beraubt. Und nichts könnte niederträchtiger, boshafter sein als das. Ich wiederhole, nichts ist in meinen Augen so häßlich, so unmenschlich wie der Versuch, die toten Opfer ihres Todes zu berauben. Daher meine tiefe Überzeugung: jeder, der sich nicht aktiv und ständig mit der Erinnerung beschäftigt und andere mahnt, ist ein Helfershelfer des Mordens. Umgekehrt: wer auch immer dem Verbrechen widersteht, muß sich auf die Seite der Opfer stellen, muß ihre Berichte verbreiten, ihre Berichte über Einsamkeit und Verzweiflung, über Stille und Trotz.

In einem Zug nach Treblinka schrieb eine Frau einen Brief und vertraute ihn dem Wind an. In einem Bunker in einem polnischen Getto verfaßte ein Mädchen ein Gedicht und schrieb die Worte in den unsichtbaren Himmel. In einem Dachboden in Wilna sprach ein Weiser ganz allein den Lobpreis Gottes, und er fragte sich, ob jemand ihn hört, ob es jemanden etwas angeht. Ein Gedenken bewahren, das war alles, was sie wollten. Sie hofften nicht mehr, daß ihnen geholfen würde, sie wußten, sie waren jenseits aller Hilfe, aber sie wollten, daß ihrer gedacht würde. Ihres Namens, ihres Gesichtes, ihrer Lieder, ihrer Geheimnisse, ihres Kampfes und ihres Todes.

Elie Wiesel,
Friedensnobelpreisträger des Jahres 1986

Impressum:

Verlag: W. Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Nürnberg

Herausgeber: Stadt Nürnberg, Presse- und Informationsamt

Redaktion: Liane Zettl
Grafische Gestaltung: Herbert Kulzer (Stadtgrafik)

Fotos: Stadtarchiv Nürnberg, Staatsarchiv Nürnberg,
Germanisches Nationalmuseum, Landeskirchliches Archiv,
Stadtgeschichtliche Museen, Archiv Gortner,
Israelitische Kultusgemeinde,
Karlheinz Daut, Bildstelle der Stadt Nürnberg,
Privat.

Wiedergabe der Kartenausschnitte S. 4/S. 8 mit Genehmigung
der Stadt Nürnberg, Stadtvermessungsamt, Nr. 120

Gesamtherstellung: W. Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH,
Nürnberg

Auflage: 3000

Stand: Dezember 1993

ISBN 3-921590-17-5